echo der arbeit 3

3 W 2503 D · 1963 · NUR FÜR BETRIEBSANGEHÖRIGE



„Wir vermissen Sie auch“

Es ist eine alte Weisheit, daß man erst dann etwas zu schätzen weiß, wenn man es nicht mehr besitzt. Der Zeitungsstreik, der kürzlich über New York hereinbrach, war dafür ein treffliches Beispiel. Für die New Yorker war es eine Selbstverständlichkeit, daß ihnen pünktlich jeden Morgen ihre Zeitung ins Haus flatterte. Dann kam der Streik. New York, Mekka des amerikanischen Geschäftslebens, blieb über 3 Monate ohne Zeitungen. Sie fehlten als gewohntes Attribut zum Frühstücksei und knusprigen Toast. Der wirtschaftliche Pulsschlag verlangsamte sich. Die Umsätze der Kaufhäuser purzelten nach unten. Die Makler blieben auf Häusern und Grundstücken sitzen. In der Stadt am Hudson-River herrschte das große Gähnen. Die große Zeit der Meinungsforscher brach an. Jetzt endlich ließ sich feststellen, was der New Yorker an seiner Zeitung besonders schätzt. Die Umfragen ergaben, daß die Nachrichten — mit 73% — am meisten vermißt wurden.

Was für eine Tageszeitung gilt, muß nicht für eine Werkzeitung zutreffen. Die Aufgaben sind anders, die Probleme sind anders. Sicher aber ist, daß auch eine Werkzeitung erst dann für den Leser unentbehrlich wird, wenn sie ihren Wert als echte Informationsquelle unter Beweis gestellt hat. Eine Werkzeitung, die vor den Werkstoren haltmacht, und statt dessen in ihrer Themenwahl quer durch den feuilletonistischen Gemüsegarten geht, verliert an Glaubwürdigkeit. Sie ist keine Werkzeitung.

Aber nicht nur die Leser in New York vermißten ihre Zeitungen, den Zeitungen fehlten die Leser ebenso. Auf großen Plakaten, die an den verwaisten, traurig aussehenden Zeitungskiosken angeschlagen waren, ließen sie ihre Leser wissen: We miss you too — wir vermissen Sie auch. Mit diesem Satz war die alte journalistische Weisheit, daß Zeitungen für den Leser und nicht um ihrer selbst Willen gemacht werden, auf eine kurze aber treffende Formel gebracht. Freilich setzt die auf den Leserkreis zugeschnittene „Maßanzug-Zeitung“ mehr voraus als die Kontaktfreudigkeit ihrer Redakteure. Die Zeitung erwartet das Echo ihrer Leser und damit Zustimmung, Kritik und aktive Mitarbeit. Zustimmung und Kritik, um in der Tretmühle des Alltags nicht an Lebendigkeit und Gegenwartsnähe zu verlieren. Aktive Mitarbeit aber, damit Gesicht und Inhalt der Zeitung nicht in Gefahr geraten, ein einseitiger Meinungsspiegel zu werden.

In einem demokratischen Staat hat jeder innerhalb der selbstgewählten Spielregeln Platz, aktiv am politischen Leben teilzunehmen. Es ist durchaus nicht so abwegig, diesen Grundsatz unseres politischen Zusammenlebens auch auf die Zeitung im allgemeinen und im besonderen auf die Werkzeitungen zu übertragen. Schließlich ist sie nicht nur für die Mitarbeiter gemacht, sie soll auch von ihnen aktiv mitgestaltet werden. Dann erst wird sie ihrem Titel „echo der arbeit“ gerecht, den ihre Leser vor 13 Jahren selbst gewählt haben.

cl.

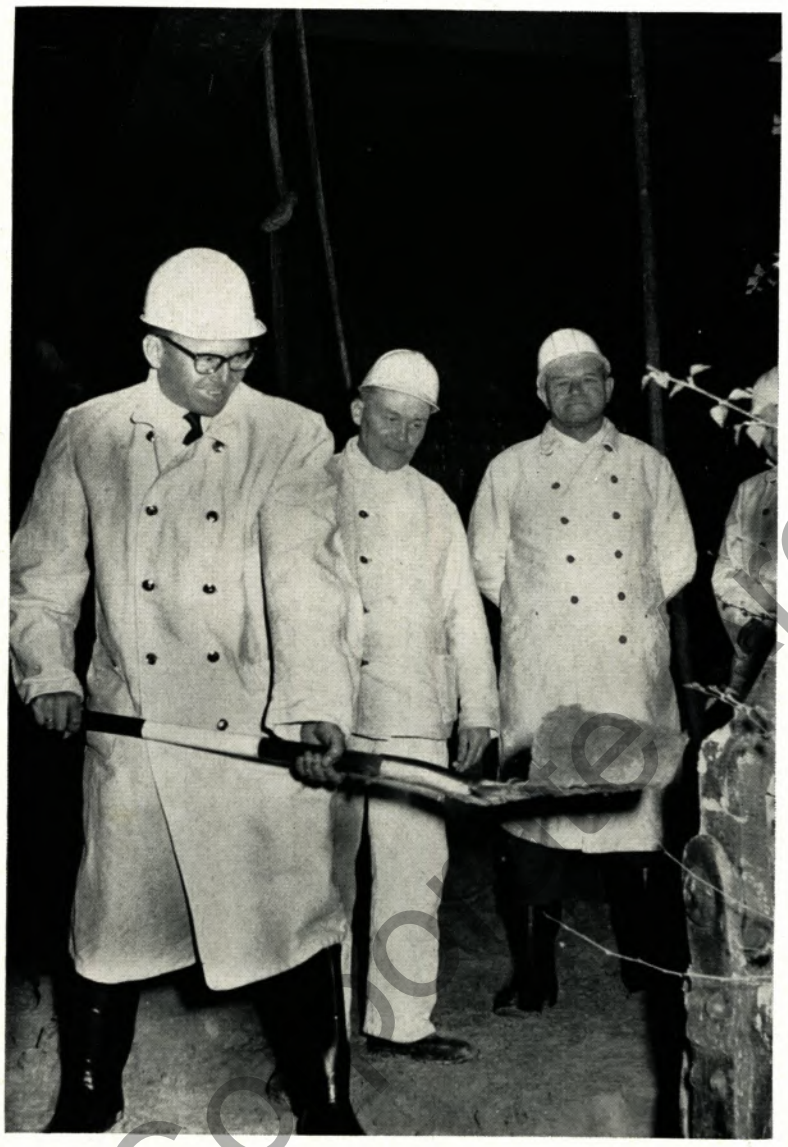
UNSER TITELBILD



Entschlossenheit und Berufsehre läßt der Gesichtsausdruck des Hochöfners Paul Nowak erkennen, erhellt durch die Glut des Ofenabstichs. Selbstbewußtsein ist das Merkmal der herangewachsenen, neuen Arbeitergeneration.

echo der arbeit Werkzeitschrift der Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft, Oberhausen (Rhld.) Verantwortlich: Direktor Karl Strohmenger. Redaktion: Karl-Heinz Sauerland und Caren Straeter. Anschrift der Redaktion: Oberhausen (Rhld.), Essener Straße 66 (Hauptverwaltung), Telefon 24681, Werksruf 4267 und 2347. Zustellung kostenlos. Textbeiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen die Meinung des Autors und nicht unbedingt die der Redaktion dar. Herstellung: VVA-DRUCK, Vereinigte Verlagsanstalten G.m.b.H., Oberhausen (Rhld.) + Düsseldorf. Klischee-Herstellung: Vignold, Essen (Ruhr), Gärtnerstraße.

Mut zu einem Schritt vorwärts



Nahezu 290 Mill. t Kohlenvorräte mußte unser Bergbau aufgeben, da sie unter den heutigen Bedingungen nicht mehr wirtschaftlich zu gewinnen sind. Neue Vorräte müssen deshalb vorzeitig erschlossen werden. Die dadurch bedingte Verlagerung des Förderschwergewichtes nach Norden hat allerdings zur Folge, daß die Frischwetterversorgung der dort einzurichtenden Betriebe einen neuen Wetterschacht erfordert. Vor wenigen Tagen wurde von Bergassessor a. D. Klaus Haniel der erste Spatenstich zum Bau des „Nordschachtes“ an der Straße Zum Ravenhorst getan, der diesen Zweck erfüllen soll. 1965 soll der Wetterschacht fertig sein. Er wird eine Endteufe von ca. 1000 m erhalten und in jeder Minute 28000 Kubikmeter Frischluft liefern. Der Abbau von Kohlevorräten im Norden des Feldes Hugo Haniel als auch im Nordwesten des Feldes Franz Haniel wird damit möglich.
Vor Aufnahme der Arbeiten mußten die zu durchteufenden Gebirgsschichten erkundet werden. Die gezogenen Gebirgskerne sind von zwei voneinander unabhängigen Stellen daraufhin untersucht worden, bis zu welcher Teufe Schwimmsande anstehen und welche Festigkeit das Gestein unterhalb des Schwimmsandes aufweist. Die Untersuchungen ergaben, daß die Gesteinsfestigkeiten bis zu einer Teufe von 320 Metern gering sind. Der Schacht muß deshalb als Gefrierschacht niedergebracht werden. Rechts: Bergrat a. D. von der Linden von der Schachtbaufirma Haniel & Lueg, daneben Betriebsführer Hellberg von dem gleichen Unternehmen.

Schnappschüsse

FRISCH IM WERK

Wie in jedem Jahr, so wurden auch diesmal die neuen Lehrlinge, in Begleitung ihrer Eltern, in einer kleinen Feierstunde im Werksgasthaus als neue Mitarbeiter begrüßt. Insgesamt waren es in Oberhausen 108 junge Menschen, die auf der Hüttenseite des Unternehmens eingestellt wurden. Von ihnen haben sich 74 Lehrlinge als Facharbeiter, 10 männliche Lehrlinge für den Beruf des Industriekaufmanns, 2 männliche Lehrlinge für den Krankenkassenverwaltungsdienst und 22 Mädchen für den Dienst als Bürogehilfinnen entschieden. Der Leiter der Abteilung Aus- und Fortbildung, Dipl.-Ing. Bruno Kaempf, wies in seiner Ansprache darauf hin, daß auch das Elternhaus entscheidend mit dazu beitragen könne und müsse, die berufliche Entwicklung der Jungen und Mädchen zu unterstützen. Die aufmerksamen Zuhörer auf unserem Foto, von links nach rechts: Karl-Heinz Essing, Günter Fiest, Dieter Klafken und Gerhard Heß gehören zu den gewerblichen Lehrlingen.



Krupp Co

Koreaner sammeln Erfahrung in der Stahlindustrie



Die beste Anlage nutzt nichts, wenn keine Fachleute vorhanden sind, die sie bedienen können. Die Hilfe, die wir den Entwicklungsländern heute geben, erschöpft sich deshalb nicht in der Lieferung von Maschinen und Anlagen zum Ausbau und Aufbau industrieller Unternehmen. Genauso wichtig und notwendig ist die Vermittlung technischen Wissens. Die deutsche Bundesregierung hat sich deshalb im Rahmen einer Kredithilfe für den ersten koreanischen Fünfjahresplan auch bereit erklärt, bei der Ausbildung von 60 koreanischen Jungingenieuren behilflich zu sein. Drei von ihnen, Il Jon Jin, Hwa Seung Shin und Woo Sang Yoo, die übrigens schon recht gut deutsch sprechen, arbeiten zur Zeit bei der HOAG. Sie wollen hier weitere Betriebserfahrungen sammeln, um sie später in ihrer Heimat verwerten zu können. Unser Bild zeigt zwei von ihnen am Hochofen A.

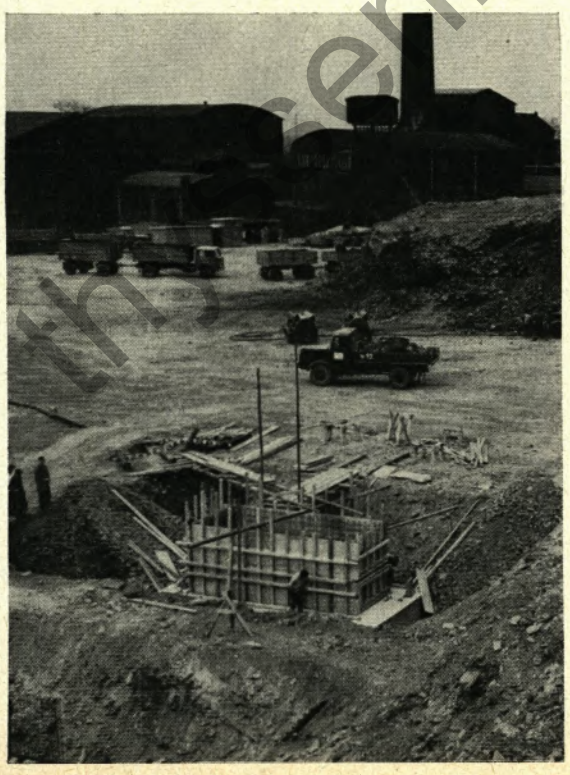


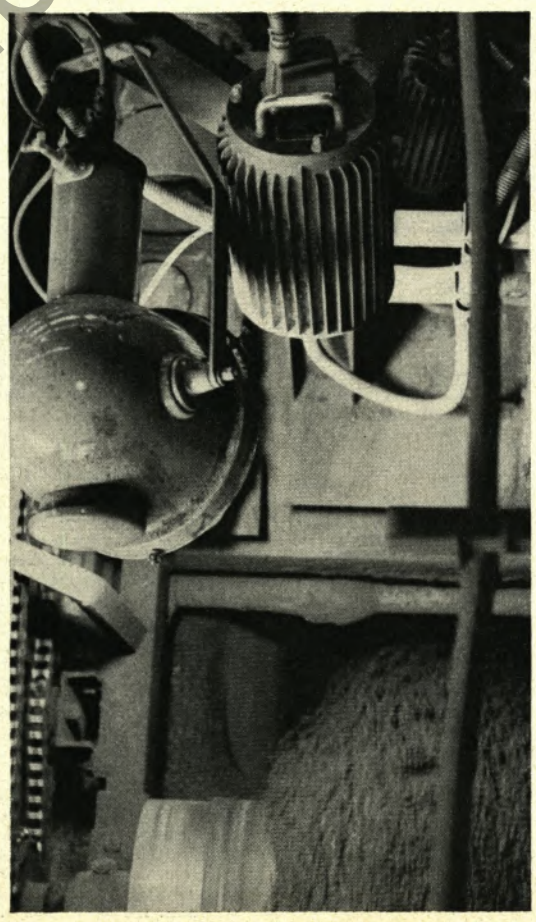
Doch kein Lohnstreik in NRW

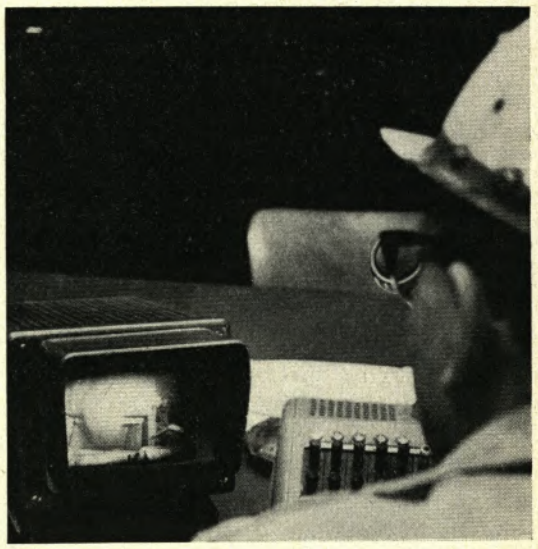
Bei der Urabstimmung, zu der die IG Metall in den Betrieben der metallverarbeitenden Industrie in Nordrhein-Westfalen aufgerufen hatte, gaben im Werk Gelsenkirchen 1274 Belegschaftsmitglieder ihre Stimme ab. Bezogen auf die Zahl der Stimmberechtigten haben sich 82 Prozent für einen Streik zur Durchsetzung der IG-Metall-Forderung entschieden. Das Ergebnis in der Stadt Gelsenkirchen lag bei 84,3 Prozent, in NRW bei 83,6 Prozent. Die Ja-Stimmen im Gelsenkirchener Drahtwerk lagen verglichen mit den Gesamtergebnissen leicht unter dem Durchschnitt.

Band-Zerteilanlage im Bau

Auf dem Gelände der früheren Zeche Oberhausen begannen kürzlich die Fundamentierungsarbeiten für die Zerteilanlage, die im Zusammenhang mit dem Dreiecksvertrag zwischen ATH, Mannesmann und HOAG errichtet wird. Auf dieser Anlage werden die von den Partnerfirmen gelieferten Kalt-Breitband-Coils adjustiert und auf die gewünschten Abmessungen geschnitten.







Materialfluß – ferngesehen

Zur besseren und kontinuierlicheren Überwachung des Materialflusses wurden in der Sinteranlage Walsum fünf Fernsehkameras eingesetzt. In der Warte können jetzt ständig Bunkerfüllung und reibungsloser Austrag der Bunker kontrolliert werden.

Unsere Aufnahme links zeigt eine Kamera am Verteilerband. Das Foto rechts wurde in der Warte aufgenommen. Nach einem vorgeplanten Rhythmus schalten sich nacheinander die fünf Kameras ein. Die Automatik kann aber auch außer Betrieb gesetzt und nur das Bild einer Kamera eingeschaltet werden.

Die Lage im letzten Quartal:

Wo stehen wir?

ABSATZLAGE

Der Bruttoauftragseingang an Walzstahl lag im Zeitraum Januar bis März 1963 unter dem entsprechenden Vorjahresstand; dagegen wurde das im Vorquartal erreichte Niveau trotz rückläufiger Halbzeugbestellungen durch die Zunahme der Aufträge an Walzstahlfertigerzeugnissen überschritten.

Der starke Rückgang der Inlandsaufträge an Halbzeug wurde durch den Anstieg der Bestellungen aus den übrigen Montanunionsländern und den Dritten Ländern nur wenig gemildert.

Bei den Walzstahlfertigerzeugnissen ist die Zunahme vor allem auf Bestellungen aus Dritten Ländern und dem Inland zurückzuführen, während der Auftragseingang aus den übrigen Montanunionsländern sich nur geringfügig erhöhte.

Der jahreszeitliche Tiefstand des Stahlverbrauchs — in diesem Jahr verstärkt durch die lang anhaltende Kälteperiode — und nur wenig veränderte Walzstahlvorräte bei Verbrauchern und Händlern bestimmten im Berichtszeitraum die inländische Stahlnachfrage.

Dagegen hat sich das Angebot durch den Zugang neuer Kapazitäten erweitert. Auch die Einfuhren an Walzstahlfertigerzeugnissen hielten sich auf einem hohen Stand. Der Markt wurde durch Niedrigpreisangebote aus Dritten Ländern empfindlich gestört. Die sprunghaft angestiegenen Angleichungen an die Angebote Dritter Länder gingen nach Verschärfung der Angleichungsvorschriften durch die Hohe Behörde zurück. Die vom Bundestag beschlossene Anhebung der Umsatzausgleichssteuer um 2 Prozent wird die bestehenden umsatzsteuerlichen Verzerrungen abmildern. Die Einfuhren an Walzstahlfertigerzeugnissen waren an der inländischen Marktversorgung in den letzten Monaten mit rd. 18 Prozent beteiligt. Demgegenüber beträgt dieser Anteil in Großbritannien 4 bis 5 Prozent, in den USA 5 bis 7 Prozent und in Japan etwa 1 Prozent.

Gegenüber dem Vorquartal nahmen die Inlandsbestellungen an Walzdraht, Oberbau, Mittel-, Grob- und Feinblech zu, während sie bei Formstahl, Breitflanschträgern und Stabstahl rückläufig waren.

Der Anstieg des Auftragseingangs aus den übrigen Montanunionsländern ist auf höhere Bestellungen an Blechen zurückzuführen.

Aus Dritten Ländern wurden vor allem Walzdraht, Stabstahl, Grob-, Mittelblech und Formstahl gebucht. Dabei mußten aus Beschäftigungsgründen die schlechten Erlöse in Kauf genommen werden. Die Fremdlieferungen an Walzstahl lagen im Zeitraum Januar bis März 1963 unter dem im Vorquartal erreichten Stand.

Der walzbare Auftragsbestand hat sich erhöht, da die Lieferungen die Auftragseingänge unterschritten. Er reicht bei dem niedrigen Stand der derzeitigen Lieferungen im Durchschnitt für eine Beschäftigung von rd. 2 Monaten.

WERK GELSENKIRCHEN

Der Auftragseingang erreichte nicht den Stand des Vorquartals. Die Inlandsbestellungen gingen stärker zurück als die Auslandsaufträge. Der Ende März 1963 vorliegende Auftragsbestand sichert im Durchschnitt eine Beschäftigung von rd. 2 Monaten.

VERSORGUNGSLAGE

Die Versorgung verlief trotz der Erschwernisse, die die Kälteperiode verursachte, reibungslos. Die Bestände an Kohle/Koks, Erz und Schrott wurden abgebaut. Bei den Betriebsmaterialien waren die Preise überwiegend stabil.

BELEGSCHAFTSENTWICKLUNG

Die Arbeiterbelegschaft hat sich im Berichtszeitraum in Oberhausen rückläufig entwickelt. Ersatzgestellungen erfolgten nur in dringend notwendigen Fällen. Zusätz-

BETRIEBSLAGE

Durch den starken Frost wurde die Bauindustrie weit mehr als sonst im Winter üblich behindert und kam fast völlig zum Erliegen. Das gleiche gilt für die Rheinschiffahrt, so daß An- und Abtransport von Rohstoffen und Fertigprodukten auf dem Wasserweg unmöglich wurden.

Diese Schwierigkeiten führten zu einem starken Erzeugungsrückgang. Der Versand von Zement und Thomasmehl war nicht mehr nennenswert. Um die Produktion der Hochöfen aufrechtzuerhalten, wurden die Erzbestände in Vondern, Walsum und im Hochofenbetrieb selbst unter Einsatz der Werksbahn und vor allem Lastkraftwagen stark abgebaut. Da erst Mitte März die Behinderung durch den Frost völlig aufhörte, war auch erst ab diesem Zeitpunkt eine Belebung der Auftragslage spürbar.

Die Walzstahlproduktion einschl. Halbzeug für Fremde betrug demzufolge im 1. Quartal 1963 nur 315238 t und lag im Monatsdurchschnitt etwa 17,3% unter dem Monatsmittel der letzten drei Geschäftsjahre mit 127000 t.

Die Rohstahlerzeugung wurde dem geringeren Walzstahlbedarf angepaßt. Sie betrug 432080 t und ist mit einem Monatsmittel von 144000 t etwa 16% niedriger als der Monatsdurchschnitt des oben angeführten Zeitraumes mit 172000 t.

Das Thomaswerk arbeitete im 1. Quartal voll. Im Martinwerk IIa standen sämtliche Öfen, während im Martinwerk IIb beide 200-t-Öfen durchliefen. Das Martinwerk I arbeitete durchschnittlich mit 4 Öfen.

An Roheisen wurden im 1. Quartal 1963 383778 t erschmolzen. Das ist ein Monatsdurchschnitt von 127500 t, was einer Senkung von ca. 10% gegenüber den Mengen von 140500 t des Vergleichszeitraumes entspricht.

Die durch den Frost zusammengefrorenen Erze mußten zum größten Teil unklassiert im Hochofen eingesetzt werden, so daß der Vorteil der Erzbrech- und -klassieranlage in diesem Winter kaum ausgenutzt werden konnte.

Die Erzeugung an Zement, Hüttensteinen und Fremdversand von Hochofenschlacke kam zum Beginn des Jahres durch den Frost fast völlig zum Erliegen. Erst gegen Ende des Quartals war eine Belebung merkbar.

Die Produktion dieser Erzeugnisse ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

	1. Quartal 1963	Vierteljahresdurchschnitt GJ 1961/62	Vierteljahresdurchschnitt GJ 1960/61
Zement (t)	22200	83500	87200
Hüttensteine (Mill. Stück)	8,14	13,20	13,35
Fremdversand Hochofenschlacke (t)	85 303	216 330	168 738

Auch die Thomasmehlfabrikation konnte kaum noch aufrechterhalten werden. Es wurden nur 22097 t versandt. Die restliche anfallende Schlacke mußte ganz auf Lager gefahren werden.

Im Werk Gelsenkirchen waren die Auswirkungen des Frostes nicht im selben Maße spürbar, so daß im 1. Quartal 1963 die vorhandenen Produktionsanlagen noch einigermaßen ausgenutzt werden konnten. Der Gesamtversand an Draht und Drahterzeugnissen betrug 24666 t.

UMSATZ

Der Umsatz der Hütte an die Kundschaft (ohne Bergbau) ist im Zeitraum Januar bis März 1963 gegenüber dem Vorquartal um 4,7 Prozent zurückgegangen, während der vergleichbare Vorjahresstand um 14,7 Prozent unterschritten wurde. Der Rückgang ergab sich in den Monaten Januar und Februar 1963, die im Zeichen des ungewöhnlich strengen Frostes standen. Im März hat sich der Umsatz wesentlich erhöht.

Das erste Halbjahr des laufenden Geschäftsjahres

Im Vergleich zum 1. Halbjahr des Geschäftsjahres 1961/62 entwickelten sich Förderung, Erzeugung und Gesamtumsatz in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres 1962/63 wie folgt:

		1. Halbjahr 1961/62	1. Halbjahr 1962/63	Veränderung in v. H.
Gesamtumsatz	in Mio DM	549,6	532,8	— 3,1
Bergbau		167,7	192,1	+14,5
Hütte		381,9	340,7	—10,8
Steinkohlenförderung	in t	2 337 602	2 545 986	+ 8,9
Kokserzeugung	in t	828 769	840 212	+ 1,4
Stromerzeugung	in Mio kWh	645 805	750 288	+16,2
Roheisenerzeugung	in t	776 062	764 455	— 1,5
Rohstahlerzeugung	in t	935 389	887 310	— 5,1
Walzstahlerzeugung	in t	707 236	658 216	— 6,9
Belegschaft		28 722	28 265	— 1,6
Bergbau		13 659	13 291	— 2,7
Hütte		15 063	14 974	— 0,6

Der Gesamtumsatz des Unternehmens ging im 1. Halbjahr des Geschäftsjahres 1962/63 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3,1 Prozent zurück. Beim Bergbau wurden während der Kälteperiode die Förderung und die Erzeugung an Koks erhöht. Neben dem Absatz der laufenden Produktion konnten auch die Haldenbestände beträchtlich abgebaut werden. Der erhebliche Anstieg des Bergbauumsatzes milderte die rückläufige Entwicklung des Umsatzes bei der Hütte, die auf geringere Mengen und schlechtere Erlöse zurückzuführen ist.

Thyssen Krupp Corporate Archives

liche Einstellungen sind lediglich für die neue Drahtstraße durchgeführt worden. Ein Nachholbedarf ist immer noch bei den Handwerkern zu verzeichnen.

In Anpassung an die Lage des Unternehmens wurde die Belegschaft veranlaßt, den Jahresurlaub vorzuziehen. Zudem sind erhöhte innerbetriebliche Umsetzungen notwendig gewesen. In der zweiten Februarhälfte mußte für das Werk eine Feierschicht eingelegt werden.

Die Zahl der Angestellten verminderte sich um 17.

Im Werk Gelsenkirchen ist bei Neueinstellungen starke Zurückhaltung geübt worden, obwohl sich das Angebot an Arbeitskräften spürbar erhöht hat.

Am 31. März 1963 waren auf der Hüttenseite (einschl. Werk Gelsenkirchen und Walsum) 13080 Arbeiter und 1967 Angestellte beschäftigt. Auf der Bergbauseite unseres Unternehmens betrug die Belegschaftsstärke 11733 Arbeiter und 1558 Angestellte.

BETRIEBSKRANKENKASSE

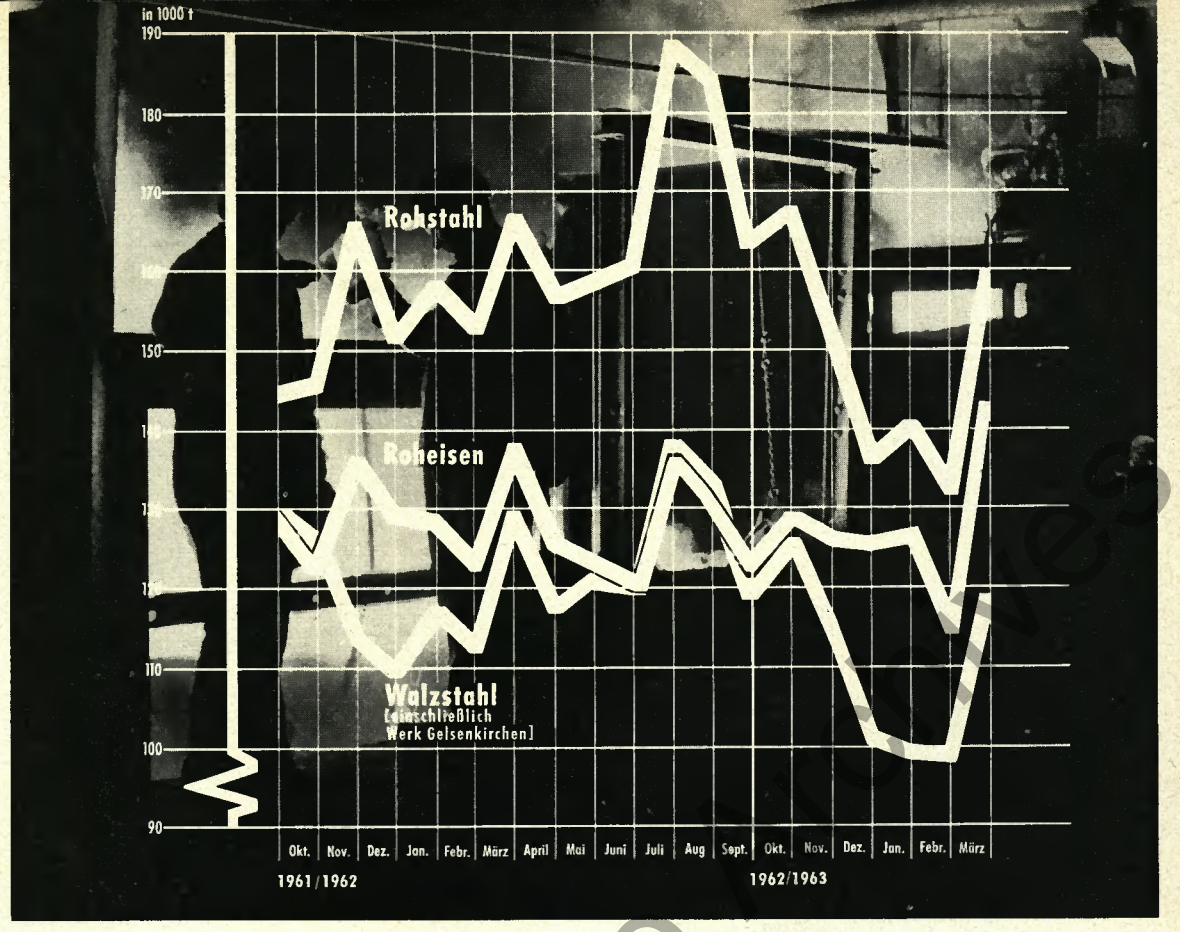
Der Krankenstand einschl. Heilverfahren betrug in Oberhausen im Januar 7,42 Prozent, im Februar 8,89 Prozent und im März 6,05 Prozent. Die hohen Krankenziffern in den ersten Monaten des Quartals waren auf die ungünstigen Witterungsverhältnisse, verbunden mit zahlreichen Grippeerkrankungen, zurückzuführen.

AUS- UND FORTBILDUNG

In diesem Jahr war die Zahl der Lehrlingsbewerber geringer als in den Vorjahren. Insgesamt 108 Lehrlinge wurden in Oberhausen und 19 in Gelsenkirchen eingestellt.

ARBEITSSCHUTZ

Bezogen auf 1 Mio verfahrene Arbeitsstunden ereigneten sich in Oberhausen im Januar 49,6; im Februar 43,5 und im März 43,5 Betriebsunfälle mit mehr als einem Tag Arbeitszeitausfall. Gegenüber dem vorherigen Quartal (55) ist eine geringfügige Besserung zu verzeichnen.







Aufsichtsrat besichtigte Betriebe

Der Aufsichtsrat besichtigte in diesen Tagen die neue Drahtstraße sowie die Kokerei Zeche Osterfeld. Bei dieser Gelegenheit machten sich die Aufsichtsratsmitglieder vertraut mit dem wichtigsten Investitionsobjekt der letzten Zeit, sowie dem Stand der technischen Rationalisierung in den Kokereibetrieben.





ssenkrupp Corporate Archives

In Afrika beginnt die Eisen-zeit



Afrika mit seinen 250 Millionen Einwohnern und einer Fläche von etwa 30 Millionen Quadratkilometern ist zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor geworden. Vor allem in der Erzeugung bestimmter Agrarprodukte, wie Baumwolle, Sisal, Naturgummi, Kaffee, Tee, Kakao, nimmt der „Schwarze Erdteil" im Welthandel eine hervorragende Stellung ein. Aber auch mit einigen mineralischen Rohstoffen, wie Kobalt, Gold, Mangan, Chromerzen und insbesondere bei Diamanten ist der Anteil Afrikas an der Welterzeugung beherrschend.

Für die Rohstoffversorgung der Bundesrepublik spielte Afrika bisher noch keine überragende Rolle. Im letzten Jahr führte Westdeutschland aus Afrika Waren im Werte von rd. 2,5 Mill. DM ein, das sind 5,75 Prozent der Gesamteinfuhr der Bundesrepublik. In der gleichen Zeit wurden Waren im Wert von etwas mehr als 2,2 Mill. DM oder 4,65 Prozent der westdeutschen Gesamtausfuhr nach Afrika ausgeführt.

Für die Eisen schaffende Industrie der Welt beginnt Afrika jedoch zu einer wichtigen Erzquelle zu werden. Es besteht kein Zweifel daran, daß die Erzlieferungen Afrikas, die heute 15 Mill. t je Jahr betragen, sowohl die Bedeutung Kanadas (ca. 20 Mill. t) als Lateinamerikas (ca. 37 Mill. t) erreichen werden.

Außerdem begünstigen die reichen Erzvorkommen den Aufbau einer eigenen afrikanischen Stahlindustrie, die bereits beachtliche Anfänge zeigt. Im Augenblick aber würde die Gesamtproduktion an Eisen und Stahl auf dem afrikanischen Erdteil ohne die Südafrikanische Union, die mit einer Jahresproduktion von 2,5 Mill. t das bei weitem größte Stahlerzeugungsland Afrikas ist, kaum in Erscheinung treten. Insgesamt hatte der gesamte afrikanische Kontinent an der Weltstahl-Erzeugung von rd. 370 Mill. t einen Anteil von noch nicht einmal 1 Prozent. Einschließlich der kleinen Eisenwerke einiger Minengesellschaften besitzt ganz Afrika nur 14 Hochöfen, was etwa den Erzschmelzanlagen eines mittelgroßen europäischen Hüttenwerkes entspricht.

Im Stahlverbrauch wird Afrika nur von Asien unterboten, wo jährlich fünf bis zehn Kilo auf je einen Einwohner entfallen. Dagegen bringt es Afrika dank der stark industrialisierten Südafrikanischen Union immerhin auf 17 kg je Kopf und Jahr.

Dabei ist Afrika — historisch gesehen — uraltes Eisenland. Schon vor 6000 Jahren kannte man in Ägypten bearbeitetes Eisen. Eine im Grabe des Rechmire gefundene Wandmalerei aus der Zeit um 1450 v. Chr. zeigt sogar die Einzelheiten eines Schmelzvorganges. Im frühen Mittelalter gab es auch in Zentralafrika, im Sudan und am Niger Kulturen, die die Kunst der Eisenherstellung beherrschten. Afrikanisches Eisen wurde damals auf den Wasserstraßen und Karawanenwegen an die Ostküste transportiert und gelangte von dort bis nach Kleinasien und Indien.

An diese Tradition knüpft die junge Stahlindustrie Afrikas jedoch nicht an. Die wenigen in Afrika vorhandenen Hüttenwerke sind erst in diesem Jahrhundert entstanden und liegen von den ältesten Stätten afrikanischer Eisengewinnung geographisch weit entfernt. Die bedeutendsten Hüttenwerksanlagen liegen in Nord- und Südafrika.

Es lassen sich jedoch auch in anderen Bereichen des Schwarzen Erdteils Bemühungen feststellen, die auf den Aufbau einer eigenen Hüttenindustrie gerichtet sind. Die geologischen und die rohstoffmäßigen Voraussetzungen dafür sind in einer ganzen Reihe von Ländern gegeben, die über abbauwürdige Vorräte an Eisenerz, Kohle, Erdöl und Erdgas verfügen. Bedeutende Erzlagerstätten, deren Eisengehalt bis zu 70 Prozent reicht, finden sich insbesondere in Mauretanien, Libyen, bei Assuan in Ägypten, in Liberia, Guinea, bei Mekambo in Gabun und in der Südafrikanischen Union.

So haben dann auch einige Länder, z. B. Angela, Ghana, Nigeria, Niger, Marokko und Tunesien, ihre Wirtschaftsplanung auf die Schaffung einer eigenen Eisen- und Stahlindustrie ausgerichtet. An der Spitze der afrikanischen Stahlindustrie steht mit weitem Abstand die South African Iron and Steel Corporation Ltd. (Iscor) mit ihren Werken in Pretoria und Vanderbijlpark. Von der Iscor wurde 1928 durch deutsche Firmen das erste Hüttenwerk in Afrika errichtet. Die derzeitige Leistungsfähigkeit des Unternehmens von 2,3 Mill. Jahrestonnen soll bis 1969 auf 4 Mill. t Rohstahl ausgebaut werden. Um die finanzielle Voraussetzung dafür zu schaffen, soll eine Teilprivatisierung des in der öffentlichen Hand befindlichen Kapitals erfolgen. Mit dem Ausbau der Erzeugungskapazität dringt südafrikanischer Stahl, der bis vor einigen Jahren ausschließlich zur Versorgung des Inlandsmarktes diente, mehr und mehr auf dem Exportmarkt vor. Die Ausgangsposition scheint nicht ungünstig zu sein, da die Rohstoffquellen zu den billigsten der Welt zählen und außerdem die Arbeitskosten relativ niedrig sind. Außer den Werken der Iscor sind in der Südafrikanischen Republik noch weitere drei Werke, die African Metals Corporation (Amcor) mit den Werken Newcastle und Natal, an der die Iscor beteiligt ist, die Union Steel Corp. of South Africa Ltd. und die Scaw Metals Ltd., Johannesburg. Die Amcor, bei der in Kürze ein dritter Hochofen angeblasen wird, machte kürzlich von sich reden, als sie mit der japanischen Yawata Iron and Steel Company ein Lieferabkommen über 5 Mill. t Roheisen abschloß.

Aber nicht nur in Ägypten, sondern auch in Algerien, Marokko und Tunesien bestehen ähnliche Pläne. In Algerien sind Steinkohlen und Eisenerze vorhanden, die bereits seit länger als einem Jahrzehnt abgebaut werden. Dazu kommen als weitere Energiequellen Erdgas und Erdöl. Zwei Hüttenwerke arbeiten bereits in Algerien. Das bedeutendste, die Société Bônoise de Sidérurgie in Bône, ist bereits mit neuzeitlichen Anlagen ausgerüstet. Es hat drei Konverter, die nach dem Sauerstoff-Aufblaseverfahren arbeiten, mit einem Fassungsvermögen von je 60 t. Das Werk, dessen Bau von der französischen Regierung betrieben wurde, soll in Kürze eine Rohstahlerzeugung von 900000 t jährlich erreichen.

In Marokko sind in letzter Zeit ebenfalls Entscheidungen über den Bau zweier Hüttenwerke herangereift. Feste Gestalt angenommen hat inzwischen der Plan über die Errichtung eines Werkes im Nordosten des Landes bei Nador, das mit einer Jahres-Rohstahlerzeugung von zunächst 250000 t von einer deutschen Firma erbaut werden

Thyssen Krupp Corporate Archives

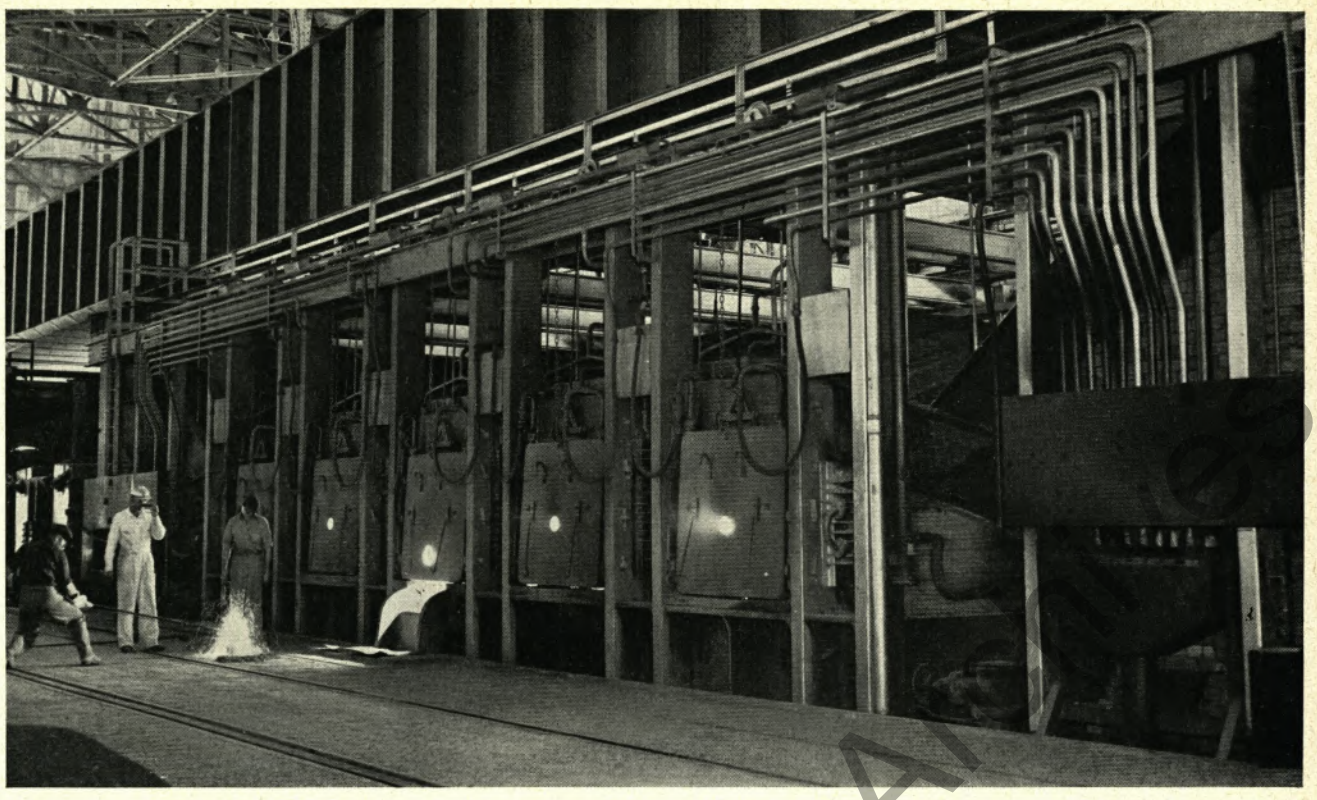
soll. Außerdem sollen in Nador 20000 t Ferro-Mangan hergestellt werden. Die Anfangsinvestitionen für dieses Werk werden auf rd. 130 Mill. DM geschätzt. Bis Anfang 1965 soll die erste Ausbaustufe erreicht sein. Vor allem sollen Feinbleche für die marokkanische Konservenindustrie gewalzt werden. Außerdem sollen jährlich rd. 40000 t Baustahl hergestellt werden sowie Walzdraht, der für die Drahtziehereien in Casablanca und Tetuan bestimmt ist. Erst in der zweiten Ausbaustufe — bis zum Jahre 1970 — ist zur Verhüttung der hochwertigen Rif-Eisenerze an die Errichtung eines Hochofenbetriebes gedacht.

Auch Tunesien plant auf der Grundlage seiner Eisenerzvorkommen mit mehr als 50 Prozent Fe-Gehalt ein eigenes Hüttenwerk bei Menzel-Bourgiba. Es wird einen Hochofen mit einer Erzeugungsmöglichkeit von jährlich 30000 t Roheisen, ein Sauerstoff-Aufblasstahlwerk, eine Gießerei und Walzanlagen für Bau- und Flachstähle erhalten. Der Erzeugungsbeginn des Werkes, das etwa 11000 Menschen beschäftigen soll, ist für Ende 1963 vorgesehen.

Wie aus dem Königreich Libyen verlautet, sollen Pläne über die Errichtung eines Hüttenwerkes in der Libyschen Wüste vorerst zurückgestellt worden sein. Grundlage dafür sollen die Eisenerzvorkommen von Brak und Fezzan sein. Das Erz liegt dicht an der Oberfläche und hat einen Fe-Gehalt von 44 Prozent. Das Lager wird auf 250 bis 300 Mill. t geschätzt und dürfte für den Wüstenstaat sicherlich bald die gleiche Bedeutung erlangen wie die Erdöl-Vorkommen.

Sowohl die Libyen benachbarte Republik Niger als auch das angrenzende Nigeria haben auf Grund der auf ihren Territorien festgestellten Eisenerzvorkommen den Aufbau von Stahlindustrien in Erwägung gezogen. In Niger untersucht zur Zeit eine französische Sachverständigengruppe die Abbaumöglichkeiten der Erzvorkommen von Say, die mehrere Milliarden t hochwertiger Eisenerze umfassen sollen. Als Energiequelle für den Aufbau einer eigenen Stahlindustrie würde Kohle zur Verfügung stehen, die auf dem Wasserwege aus dem benachbarten Nigeria herangeschafft werden könnte.

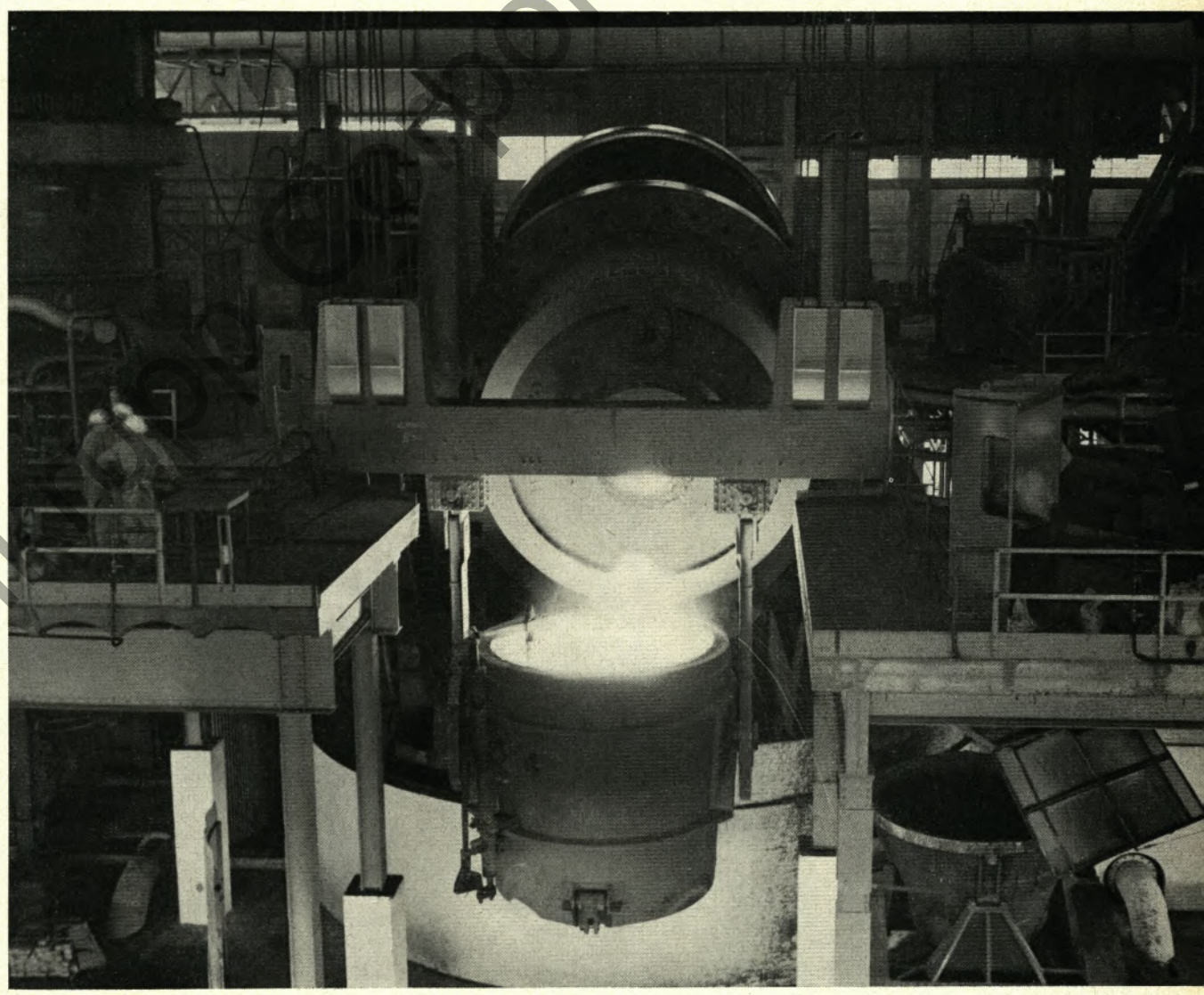
In Nigeria, dem volkreichsten Staat Afrikas, bestehen ebenfalls Pläne zur Errichtung einer Eisen- und Stahlindustrie. Die Absatzmöglichkeiten sind in Nigeria besonders günstig, da auf vielen Gebieten eine starke Investitionstätigkeit festzustellen ist, die die Nachfrage nach Eisen- und Stahlerzeugnissen anregt. Zur Zeit liegt die jährliche Einfuhrmenge bei 150000 t. In Nigeria ermutigen nicht zuletzt die reichen inländischen Erzvorkommen zum Aufbau einer eigenen Stahlindustrie. Eine deutsche Sachverständigengruppe, die kürzlich an Ort und Stelle die Verhältnisse prüfte, schlägt die Errichtung eines Werkes mit einer jährlichen Rohstahlkapazität von höchstens 200000 t vor, da es im Lande keine ausreichende stahlverarbeitende Industrie gibt. Das Werk soll errichtet werden im Erzgebiet von Lokoja am Zusammenfluß von Niger und Benue. Eine amerikanische Studiengruppe hält ein Werk mit einer Kapazität zwischen 400000 und 500000 t Rohstahl für wirtschaftlich. Diese Gruppe vertritt die Meinung, daß bei einer Auslegung auf eine solche Kapazität die Rentabilität durchaus gewährleistet wird, wenn als Energiequelle Erdgas benutzt wird, das vom Niger-Delta in Rohrleitungen an die Erzlager von Lokoja herangeführt werden müßte. Zur Errichtung des Werkes wollen die Amerikaner Nigeria einen Kredit von 225 Millionen Dollar einräumen.



Afrika ist ein Kontinent der Gegensätze. Außer modernen Hüttenwerken in Ägypten und der Südafrikanischen Union gibt es im Inneren des Erdteils noch primitive Völker, denen Eisen und Stahl noch weitgehend unbekannt sind. Unser Bild gibt Einblick in das Siemens-Martin-Werk der South African Iron and Steel Corporation (Iscor) in Pretoria, Südafrika. Das Werk wurde 1928 durch deutsche Firmen, darunter auch die Gutehoffnungshütte, erbaut.



So erfolgt die Beschickung eines „Hochofens" der Matakam, einem Negerstamm in den Bergen Nordkameruns. Dazu werden die Kräfte der Magie beschworen. Am unteren Ende des Ofens erkennt man das Abstichloch.



Bei der Iscor arbeitet ein Rotor-Stahlwerk nach dem Graef-System mit bestem Erfolg. Die Rohstahlkapazität der Iscor soll von augenblicklich 2,3 Mill. t jährlich bis 1969 auf insgesamt 4 Mill. Jahrestonnen erweitert werden.

An der westafrikanischen Küste ist Ghana mit der Planung eines Stahlwerkes mit einer Erzeugungsfähigkeit von 30000 bis 40000 t beschäftigt. Das Werk, das in Tema errichtet wird, soll zunächst auf Schrottbasis arbeiten. Später will man auch eigene Erze verhütten.

Die Föderation Rhodesien ist nach der Südafrikanischen Union und Ägypten der drittgrößte Stahlerzeuger Afrikas. Grundlage dafür sind die umfangreichen Eisenerz- und Steinkohlevorkommen. Die im Tagebau gewonnenen südrhodesischen Eisenerze haben einen Fe-Gehalt von über 60 Prozent. Große Erzmengen werden ausgeführt, vor allem nach Japan. Die rhodesische Stahlindustrie besteht im wesentlichen aus zwei Werken der Rhodesian Iron and Steel Commission (Riscom) in Que-Que und Bulawayo. Beide Werke liegen in Gebieten mit bedeutenden Erzvorkommen. Das Werk Que-Que der Riscom hat zwei Hochöfen, zwei Siemens-Martin-Öfen, zwei Thomaskonverter, einen Elektroofen sowie Walzanlagen. Im Werk Bulawayo bestehen die Produktionseinrichtungen aus zwei Hochfrequenzöfen, einem Elektroofen und Walzwerksanlagen. Man plant, bei Fort Victoria ein weiteres Hüttenwerk zu errichten.

Schlaf Dich sicher

● Arbeitsbeginn wie zu Urgroßväters Zeiten

● Zu kurze Nachtruhe gefährdet Sicherheit

Arbeitsplatzgestaltung unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit war das Thema eines Vortrags, den Professor Schmidtke vom Max-Planck-Institut, Dortmund, kürzlich im Werksgasthaus hielt. Professor Schmidtkes arbeitswissenschaftliche Untersuchungen sind weit über die Grenzen Deutschlands bekannt geworden. Seine in enger Zusammenarbeit mit der Industrie gewonnenen Kenntnisse wissen sich viele Betriebe des In- und Auslandes zunutze zu machen.

Der Begriff Rationalisierung ist in den letzten Jahren fast zu einem Schlagwort geworden. Tatsächlich verbergen sich hinter ihm aber die vielfältigen Bemühungen, die Produktionskosten zu senken, die Arbeitsausführung zu vereinfachen und die physische und psychische Belastung auf ein Minimum zu reduzieren. Neben diesen Bestrebungen gewinnt ein weiterer Gesichtspunkt zunehmend an Bedeutung: durch zweckmäßige Gestaltung des Arbeitsplatzes die Arbeitssicherheit zu erhöhen. Sicherheit am Arbeitsplatz beginnt schon bei der Konstruktion des Arbeitsmittels.

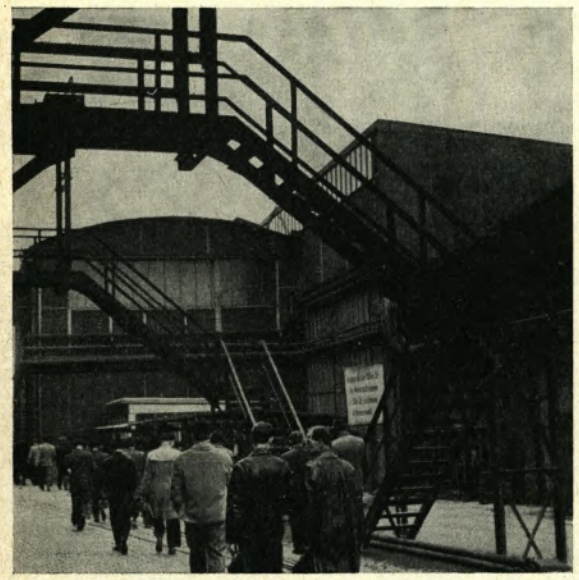
Professor Schmidtke wies an einigen Lichtbildern nach, daß Werkzeuge und Maschinen zwar technisch ihre Funktion erfüllen, sich aber bei der Überprüfung auf Unfallsicherheit als gänzlich unzulänglich erwiesen haben.

Eine sehr wesentliche Bedeutung mißt Professor Schmidtke der organisatorischen Arbeitsgestaltung bei, wobei ihn insbesondere die Regelung der Arbeitszeit interessiert. Die Länge der wöchentlichen Arbeitszeit sei heute kein wissenschaftliches Problem mehr, sondern primär ein sozialpolitisches. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit und durch den technischen Fortschritt seien die körperlichen Belastungen beachtlich zurückgegangen, doch stelle sich der Arbeitswissenschaft die Frage, ob die Verteilung der Arbeitszeit unter den heutigen Gegebenheiten noch sinnvoll sei. „Eine Frage, die mich sehr beschäftigt", führte Professor Schmidtke aus, „ist die Frage nach dem Arbeitsbeginn. Wir sind es bis heute noch gewohnt, unsere Arbeit zu einem Zeitpunkt zu beginnen, der im Zeitalter unserer Urgroßväter sinnvoll war." Der heutige Mensch habe in immer stärkerem Maße den Zugang zu kulturellen Einrichtungen wie Theater, Kino und Fernsehen gefunden. Das Ende des abendlichen Feierabends sei heute in den weitaus meisten Fällen identisch mit dem Ende des abendlichen Fernsehprogramms, mithin also erst gegen 23 Uhr. Bedingt durch die Länge der Anmarschwege würde die Nachtruhe etwa um 4.30 Uhr enden. Fünf Stunden Schlaf seien aber zu wenig. Übermüdungserscheinungen, die häufig zu Unfällen führten, wären die Folge. Es stelle sich deshalb die Frage, ob der soziale Fortschritt, an dem ja alle teilhaben sollen, nicht auch in die Arbeitszeitregelung eingebaut werden müsse. Die Aversion gegen eine den veränderten Verhältnissen angepaßten Neuregelung des Arbeitsbeginns sei nur aus Traditionsgründen verständlich. Die Tatsache, daß die Fähigkeit des Menschen, Beschwernisse zu ertragen, sehr viel ausgeprägter ist als seine Fähigkeit, diese abzustellen, führt Professor Schmidtke als Beweis für die Widerstände gegen eine Neuregelung der Arbeitszeit an. Er habe in einer Befragung festgestellt, daß der freie Nachmittag erst nach einem ausgiebigen Schlaf genutzt werde. Wenn man das Schlafbedürfnis nach nur fünfstündiger Nachtruhe durch eine Verlängerung um eine Stunde kompensiere, würde die effektive Freizeit dadurch keinerlei Einbuße erleiden.

Ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit am Arbeitsplatz untersuchte Professor Schmidtke die Pausenregelung. Arbeitspausen hätten den Sinn, eine Ermüdungsakkumulation zu vermeiden. In Ermüdungserscheinungen sei aber die Hauptursache menschlicher Fehlleistungen zu sehen. Der Pausenregelung müsse deshalb noch größere Beachtung geschenkt werden.

Professor Schmidtke ging zum Schluß seiner Ausführungen auf die psychologischen Gesichtspunkte bei der Arbeitsplatzgestaltung ein. Er warnte sowohl vor einer Überschreitung als auch Unterschreitung der individuellen Eignungsnorm, denn in beiden Fällen sei die eigene und die Sicherheit anderer gefährdet. Das Vorbild des Vorgesetzten, seine Fähigkeit, Menschen zu führen und seine Unnachgiebigkeit gegenüber jeder Verletzung der Unfallvorschriften würden sehr wesentlich die Arbeitssicherheit beeinflussen. „Alle wohlgemeinten Bemühungen um technische und organisatorische Arbeitsgestaltung", schloß Professor Schmidtke, „würden in der letzten Konsequenz wirkungslos bleiben, wenn es nicht gelänge, auch die psychologischen Faktoren zu aktivieren."

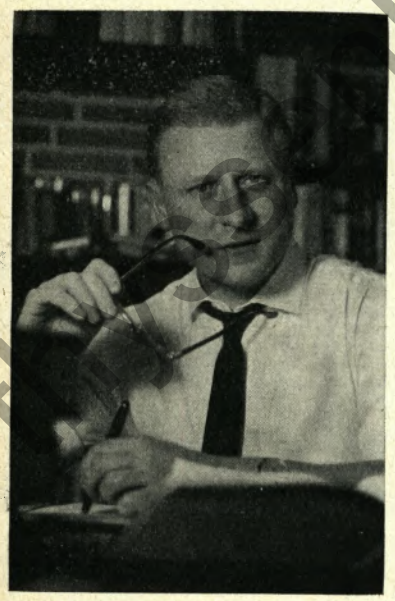
Immer wieder muß man feststellen, daß Sicherheitseinrichtungen nicht benutzt werden. Professor Schmidtke wies auf die Fußgängerüberwege über den Ruhrschnellweg hin, die ein gefahrloses Überschreiten der Straße ermöglichten, aber kaum begangen würden. Nicht anders hier im Betrieb. Auf Drängen der Belegschaft ist 1953 ein Übergang über die Rollgänge der 550er Straße gebaut worden. Kürzlich ergab eine Stichprobe: Von etwa 750 Belegschaftsmitgliedern nutzten beim Schichtwechsel von der Nacht- zur Morgenschicht zwei und beim Wechsel um 14 Uhr zwölf Mann den Laufsteg. Ein paar Treppen zur eigenen Sicherheit waren für 736 Belegschaftsmitglieder zuviel!



Vor kurzem ergab eine Umfrage, daß jeder fünfte vor dem Fernsehschirm einschläft. Die vier anderen aber halten durch bis zum Ende, das selten vor 23 Uhr liegt. 5 bis 6 Stunden Nachtruhe sind aber zuwenig. Soll man den Arbeitsbeginn verlegen?



Liebe Leser!



„Junger Mann", so sagte mein damaliger Chefredakteur, bei dem ich erste journalistische Sporen zu verdienen erhoffte, „schreiben kann heute jeder, viel wichtiger ist, daß Sie lernen, den Menschen als das Ziel all ihrer Schreibereien zu sehen." An die Worte dieses Mannes „aus der alten Schule des großen Journalismus" mußte ich denken, als ich vor beinahe elf Jahren von der Tageszeitungs-Redaktion zur Werkzeitschrift überwechselte. Eine Werkzeitschrift — was war das schon? So etwas machte ein cleverer Journalist mit dem kleinen Finger der linken Hand. Und heute, nachdem ich mich dazu durchgerungen habe, dieses mir so lieb gewordene Tätigkeitsfeld zu räumen, weiß ich: Eine gute Werkzeitschrift zu machen, das ist in vielem weitaus schwieriger als eine Tageszeitung zu redigieren. Auf jeden Fall ist die Werkzeitschrift ein höchst diffiziles Instrument der Meinungspflege, und wie auf kaum einem anderen Gebiet der Publizistik kommt es darauf an, die menschliche Sphäre zu erfassen.

Daß er mir dies mit auf den Weg gegeben hat, dafür bin ich meinem Lehrmeister von einst in den letzten zehn Jahren oftmals dankbar gewesen. Denn das Wissen um den Menschen ist für jeden Werkzeitungs-Redakteur zumindest genauso wesentlich wie etwa die Beherrschung der Stilkunst oder die Kenntnis von bestimmten wirtschaftlichen und technischen Vorgängen. Und überhaupt: Wie konnte ich armer Tor nur annehmen, eine Werkzeitschrift zu gestalten, das sei so ein Job, der einem im übrigen viel Zeit lasse, anderen Dingen nachzugehen. Nun, nachdem ich bald erkannt hatte, wie gründlich ich mich in diesem Punkte geirrt hatte, blieb mir wohl nichts anderes übrig, als nach vorn zu desertieren. Das habe ich dann mit solch einer Hingabe getan, daß ich bald gar nicht mehr das Gefühl hatte, zu arbeiten. So sehr waren Lust und Liebe mit im Spiel. Eigentlich ein Idealzustand, wenn berufliche Pflicht und persönliche Liebhaberei sich derart verquicken...

Dabei ist es gewiß nicht immer ein unverfälschtes Vergnügen gewesen, sich mit den Dingen, die Unternehmen und Belegschaft beschäftigten, auseinanderzusetzen. Oftmals bin ich mir vorgekommen wie jener Reiter auf dem Bodensee. Bestimmt hat die große Mehrzahl der Leser keine Vorstellung davon, in wieviel Fettnäpfchen man als Redakteur einer Werkzeitschrift hineinstolpern kann. Schließlich aber liegen in der rauhen Wirklichkeit des betrieblichen Alltags die Fallstricke, mit denen jeder Werkjournalist früher oder später einmal in Berührung kommen wird, nur so herum. Die einen machen den Vorwurf, die Werkzeitschrift sei ein ausgesprochenes Unternehmerorgan, während man von anderer Seite aus diesem oder jenem Bericht wiederum eine ganz andere Tendenz herauszulesen glaubte. Objektivität ist eine Tugend, doch die Werkzeitschrift wird leider allzuoft nur aus der subjektiven Perspektive der verschiedensten Betrachterkreise gesehen.

Während der Redakteur einer Tageszeitung an der Höhe der Auflage ablesen kann, wie seine Zeitung „ankommt", wird der Werkzeitschriften-Redakteur vielfach nicht danach gefragt, ob und wie seine Zeitschrift gefällt, sondern was sie bewirkt hat. Wenn es nur um das Gefallen ginge, dann brauchte man kaum etwas anderes als Kurzweil und Unterhaltung zu bieten. Eine gute Werkzeitschrift aber soll in erster Linie betriebliches Informationsmittel sein, ferner das gegenseitige Verstehen und die Zusammenarbeit fördern sowie nicht zuletzt — doch gerade dies ist oft unpopulär — Verständnis wecken für die Beseitigung bestimmter Mißstände, wie überhöhte Unfall- und Krankenzahlen usw. Aber auch hierin bin ich von der Mehrzahl der Belegschaft immer verstanden worden. Ich möchte sogar behaupten, daß ich unter den Mitarbeitern im Betrieb und in der Verwaltung viele echte Freunde gewonnen habe.

Gerade deswegen fällt mir der Abschied von Oberhausen nicht ganz leicht. Doch was auf Jubilarfeiern ansonsten immer wieder betont wird, braucht für Journalisten nicht unbedingt zu gelten. Ich meine, daß nach einem Jahrzehnt ununterbrochener Tätigkeit in Oberhausen eine „Luftveränderung" nicht schaden könnte.

In diesen zehn Jahren ist bei der HOAG tatsächlich Werksgeschichte gemacht worden, und ich bin dankbar dafür, daß ich Chronist dieses Zeitabschnittes sein durfte. Allerdings sind einige fromme Wünsche, deren Erfüllung ich in der Werkzeitschrift gerne entsprechend herausgestellt hätte, bis heute leider nur sehnsuchtsvolle Träume geblieben. Das wäre vor allem die grundlegende Besserung der Lage unserer Eisen- und Stahlindustrie und des Bergbaus, dann endlich mal ein Jahr ohne Unfalltote, letztlich dann noch: Rot-Weiß in der Bundesliga. Mit der Hoffnung, daß mein Nachfolger, der sich übrigens in der nächsten Ausgabe vorstellen wird, bald im positiven Sinne hiervon berichten kann, möchte ich mich verabschieden.

Dem Werk und allen ihm verbundenen Menschen, ebenso unserem „echo der arbeit"

ein herzliches Glückauf!

Karl-Heinz Sauerland

thyssenkrupp Corporate Archives



ThyssenKrupp Corporate Archives

BLECH IST KEIN „BLECH"

Wie oft kommt das in unser aller Alltagsleben vor: Man liest die Zeitung oder ein Buch, man hört Rundfunk, man diskutiert mit Freunden, und plötzlich sagt man, je nach Temperament und Erziehung, leise zu sich selbst oder laut zu seiner Umgebung: „Das ist ja alles Blech!" Das klingt, wenn man's ausspricht, wie das Geschepper alter Konservendosen. Und man bekundet damit, daß einem der Inhalt des Buches, der Zeitung, der Rundfunksendung, des Gespräches unwichtig und unnütz erscheint. Das Wort „Blech" hat im deutschen Sprachgebrauch den Beigeschmack von etwas Wertlosem. Doch völlig zu Unrecht, wie wir hier aufzeigen wollen.

In einer Stadt im Kohlenrevier fand kürzlich eine Ausstellung statt. Kunstschätze von unermeßlichem Wert aus dem Gebiet von Rhein und Ruhr dokumentierten die Einheit des Abendlandes und seiner Kultur. Bewundernd zog der Strom der Besucher an den vielen Reliquienschreinen, an dem schillernden Sternenmantel König Heinrichs, an den kostbaren Schnitzereien vorüber, um dann — fast geblendet — vor der goldenen Madonna von Essen zu verweilen. „Und bitte beachten Sie", unterbricht der Museumsführer das Schweigen, „diese Holzstatue der Madonna ist über und über mit feinstem Goldblech belegt."

Ja, Blech! Man könnte zweifeln an der Trennschärfe unserer Sprache, wenn man sich klarmacht, wie viele unterschiedliche, ja gegensätzliche Bedeutungen ein einziges Wort haben kann. Der verrostete Eimer, die wertlos gewordene ausgediente Konservendose auf dem Abfallhaufen — das ist Blech. Das müßige Geschwätz, die hohle Phrase — das ist Blech. Und die höchste Vollendung eines Kunstwerks — auch das ist Blech. Was für eine Geschichte hat dieses Wort, das so vieles ausdrücken kann, und die Begriffe, die hinter ihm stehen?

Blech ist so alt wie die Bearbeitung von Metallen. Die älteste Form ist das getriebene Weichmetall, das Gold-, Silber- oder Kupferblech. Aber auch die Eisenverarbeitung zählt nicht eben zu den jüngsten Künsten. Funde haben uns gelehrt, daß schon 4000 bis 3000 Jahre vor Christus die Ägypter, die Chinesen, die Araber, die Inder nützliche Werkzeuge und Geräte aus Eisenblech herstellen konnten. Mit der Entwicklung der Technik jener Zeit wurde das Eisenblech immer feiner und widerstandsfähiger. Bei den Griechen hatte sich schon 600 vor Christus eine regelrechte Eisen- und Blechindustrie entwickelt. Theophrast berichtet, daß die Athener bereits Eßgeschirre aus Weißblech herstellten, und schildert anschaulich den Produktionsprozeß. „Die Athener

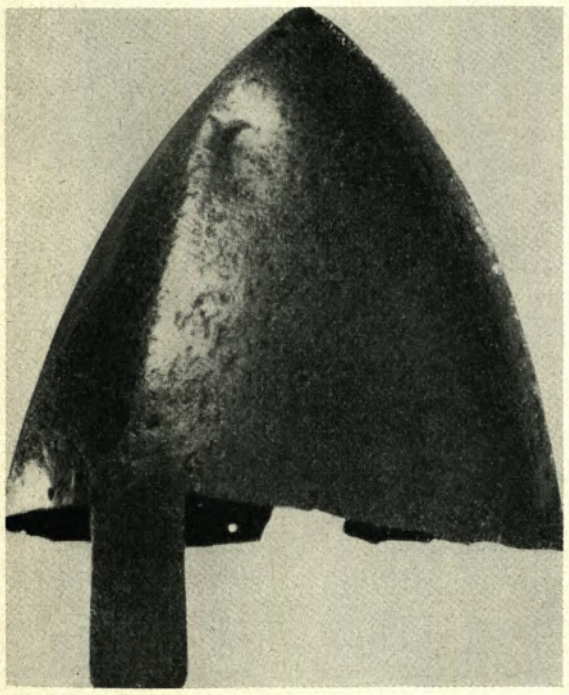




Die älteste Darstellung eines Blechschlägers (links) stammt aus dem Jahre 1544. Auch das obere Bild zeigt, wie Bleche im 16. Jahrhundert von Hand ausgeschmiedet werden. Doch waren schon im 14. Jahrhundert mit Wasserkraft betriebene Hammerwerke bekannt.

→

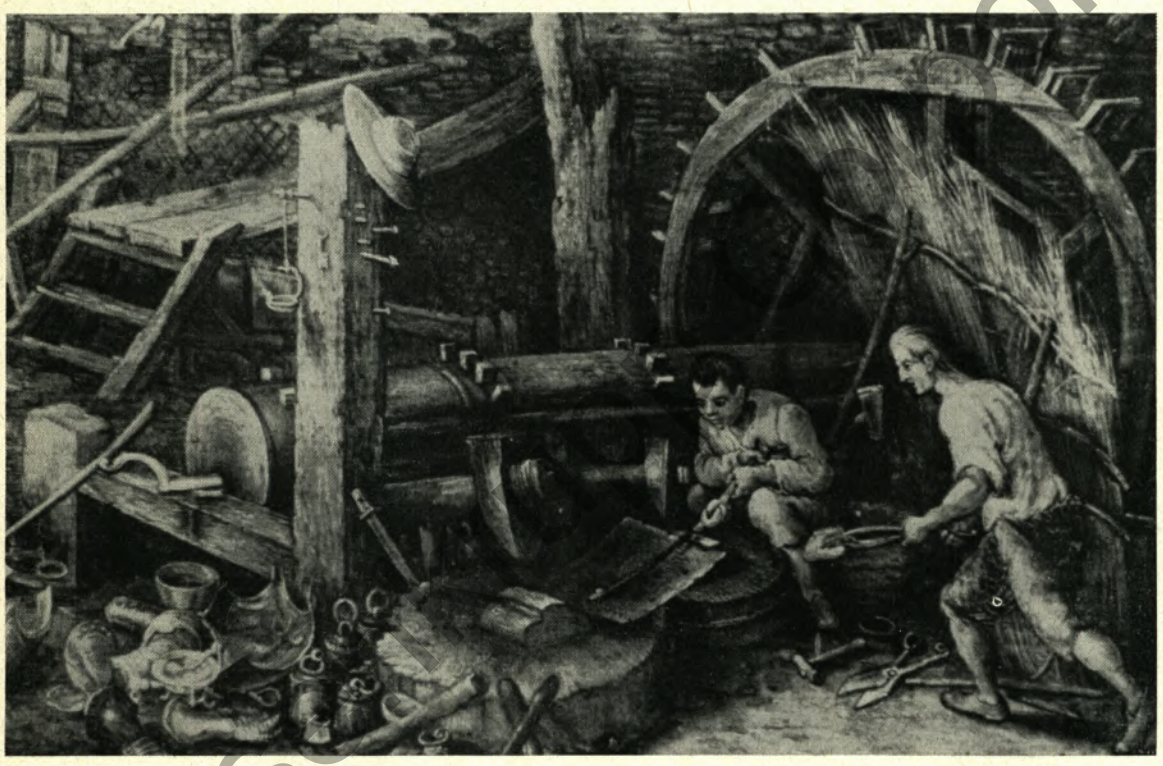
tauchten rotglühendes und blankes Eisen in ein Erzgefäß und setzten hierbei Zinn zu. Dies geschah nicht wegen des Gewichtes, sondern des Geschmackes wegen."
Würde nicht jeder von uns darauf schwören, daß die Konservendose aus verzinntem Eisenblech, in der die Nahrungsmittel ihren ursprünglichen Geschmack bewahren, eine Errungenschaft der neuesten Zeit ist? Wer würde ihr das ehrwürdige Alter von zweieinhalbtausend Jahren geben?



Alter normannischer Helm mit Nasenschutzeisen aus handgeklopftem Eisenblech aus der Zeit um 1100 n. Chr. Durch die Kriegskunst, insbesondere durch die Entwicklung von Schutzwaffen, wurde die Erzeugung von Blechen entschieden beeinflußt. Blechschmiede hatten einen hohen sozialen Rang.



Im Mittelalter wurde aus der Blechschmiederei durch die Herstellung von Ritterrüstungen ein regelrechtes Kunsthandwerk. Diese Eisenarbeiten können sich mit den besten Werken der damaligen Goldschmiedekunst messen, zumal sprödes Eisen viel schwieriger zu bearbeiten war als Edelmetalle.



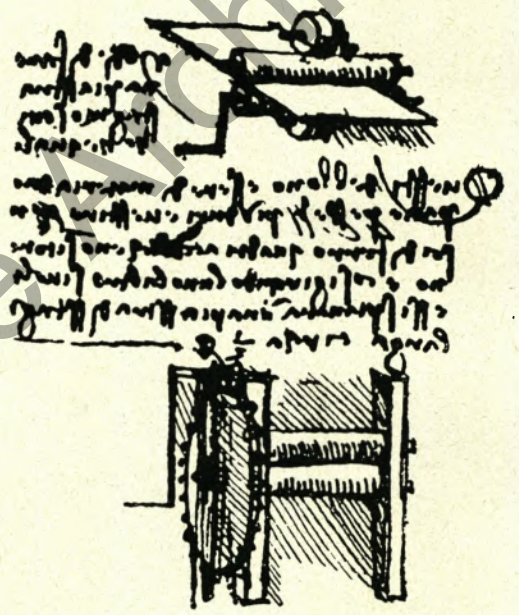
Und das ist bereits die Verwendung von Eisenblech auf dem „zivilen Sektor", wie man heute sagen würde. Auch hier, wie bei so vielen Dingen, hatte die Entwicklung lange vorher beim Militär eingesetzt. Die Römer hatten von dem alten Kulturvolk der Etrusker schon im vierten vorchristlichen Jahrhundert die Kunst der Eisenbearbeitung gelernt und bedienten sich für ihre zahllosen Feldzüge der Vorteile des Eisen- und Stahlblechs. Aus dem mit Eisenplättchen belegten Lederwams wurde der Schuppenpanzer entwickelt, und als um 350 v. Chr. die römischen Feldherren überlegten, wie sie die schweren Mannschaftsverluste verringern könnten, wurden die Legionen mit aus Eisenblech gehämmerten Helmen ausgerüstet. So weit liegen die Anfänge eines der modernsten militärischen Ausrüstungsstücke, des Stahlhelms, zurück. Schließlich lieferten die römischen Rüstungsindustrien, die in vielen Teilen des riesigen Imperiums von Damaskus bis zur Steiermark arbeiteten, Kriegsmaterial aller Art aus Eisen und Stahl.

Auf den Straßen, die der Soldat gebaut oder erobert hatte, zog auch der Kaufmann seine Bahn. Aber Handelsware war empfindlicher als Kriegsmaterial. Wie verlustreich war der Transport wichtiger Güter über die holprigen Straßen!

Immer wieder brachen die Wagen zusammen, versagten die Räder, brachen die Naben... Kostbare Zeit ging verloren, und die Wegelagerer hatten leichtes Spiel. Aber da saßen in den Alpenländern die sehr einfallsreichen Kelten, tüchtige Schmiede, bei denen die Pferde beschlagen wurden. Sie kamen wohl als erste auf die Idee, feines Eisenblech zum Beschlagen von Radfelgen und Naben zu verwenden.

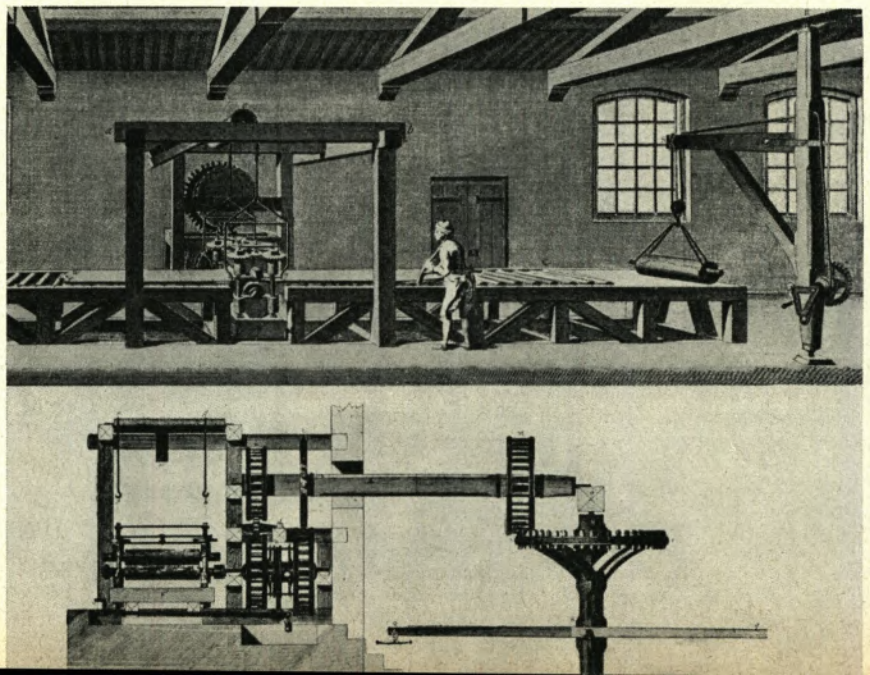
Ursprünglich wurden die Bleche von Hand ausgeschmiedet; seit dem 14. Jahrhundert verwandte man mehr und mehr auch Wasserhämmer dazu. Unser Bild gibt einen Ausschnitt wieder aus Jan von Breughels (1568 bis 1625) Gemälde „Die Schmiede des Vulkan".

Fortan wurden die Wagen der großen Handelshäuser mit diesen neusten Errungenschaften der Technik ausgerüstet; die dunkelhaarigen keltischen Schmiede vergrößerten ihre Werkstätten und exportierten ihre Erfindungen nach Nord und Süd.
Blech war begehrt. Blech war kostbar geworden. Im ersten Jahrtausend nach Christus wäre niemand auf den Gedanken gekommen, geringschätzig von Blech zu sprechen. Wir blättern in Berichten aus jener Zeit, wir lesen die Beschreibung eines feierlichen Staatsaktes, der um 800 n. Chr. stattfand. Vom Dom zu Aachen tönte feierliches Geläut. Eine unübersehbare Menschenmenge füllte die Stadt und verstopfte die Zufahrtsstraßen. Vor dem Dom waren die höchsten Repräsentanten des Heiligen Römischen Reichs versammelt, um Kaiser Karl zu begrüßen, der nun langsam, in sein üppiges Purpurgewand gehüllt, mit Szepter und Reichsapfel in den Händen, die Stufen des Doms hinabschritt, auf dem Haupt die Kaiserkrone. Diese Kaiserkrone war... aus Blech, aus äußerst kunstvoll geschmiedetem Eisenblech, Und in Rüstungen aus feinstem Eisenblech, das Schwert in der Hand, schützten seine Vasallen das Reich! Die Krone aus Blech — ein Symbol von tiefer Bedeutung!



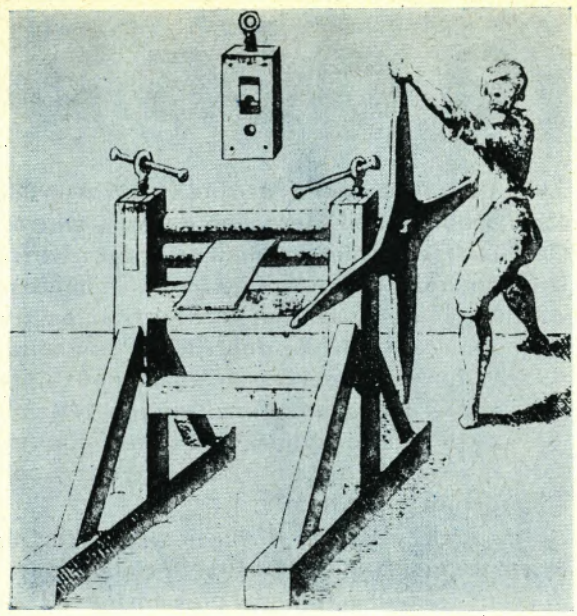
Leonardo da Vinci, der große Künstler und Techniker, entwarf um 1500 dieses Blechwalzwerk. In seiner eigentümlichen Spiegelschrift beschreibt er die beiden Skizzen, von denen die obere schon Gegendruckrollen — das Prinzip des Vierwalzengerüstes — zeigt: „Eine Art, eine dünne und gleichmäßige Platte aus Metall herzustellen. Diese (Walzen) sollen aus Glockenmetall gefertigt sein, damit sie härter sind, und man versehe sie mit eisernen Achsen, damit sie sich nicht verbiegen. Indem auf diese Weise eine Walze die andere umdreht, strecken sie eine Platte aus, die ungefähr eine halbe Elle breit ist." Es dauerte jedoch Jahrhunderte, bis sich Leonardos Idee, die Arbeitswalzen abzustützen, sich in der Walzwerkstechnik durchsetzte.

Erst waren es nur einige wenige Schmiede, die die Kunst der Eisenverarbeitung beherrschten. Dann wurde sie handwerklich in kleinsten Betrieben ausgeübt, jahrhundertelang. Als man lernte, die schweren Hämmer, die das Eisen zu Blech schlugen, mit Wasserkraft zu betreiben, entstanden so viele Betriebe, die Blech in größeren Mengen produzierten, daß man um 1500 schon von einer Industrie sprechen kann. In Krain und Kärnten, Tirol, der Steiermark, im Sieger- und im Sauerland, in Thüringen und Sachsen, in der Oberpfalz arbeiteten Blechhammermühlen, in denen das mit Holzkohle erschmolzene Eisen auf ungelenken Wasserhämmern zu Blech geschlagen wurde. Aber den großen Aufschwung



Zum Walzen von größeren Blechen genügte der Handantrieb, mit dem man lange Zeit ausgekommen war, nicht mehr. Bald führten die Walzwerkskonstrukteure Wasserrad und Göpel ein. Dieses auf einem alten französischen Stich dargestellte Walzwerk, hielten sechs Mann und sechs Pferde in Betrieb. Mit Hilfe einer Umkehrkuppelung, die der Querschnitt zeigt, konnten die Walzen in gegenläufige Bewegung gesetzt werden. Ein Rollgang diente zum Transport des Walzguts. Nach dem gleichen Prinzip wurden um 1700 in Hamburg bereits Bleche für Schiffsböden gewalzt.

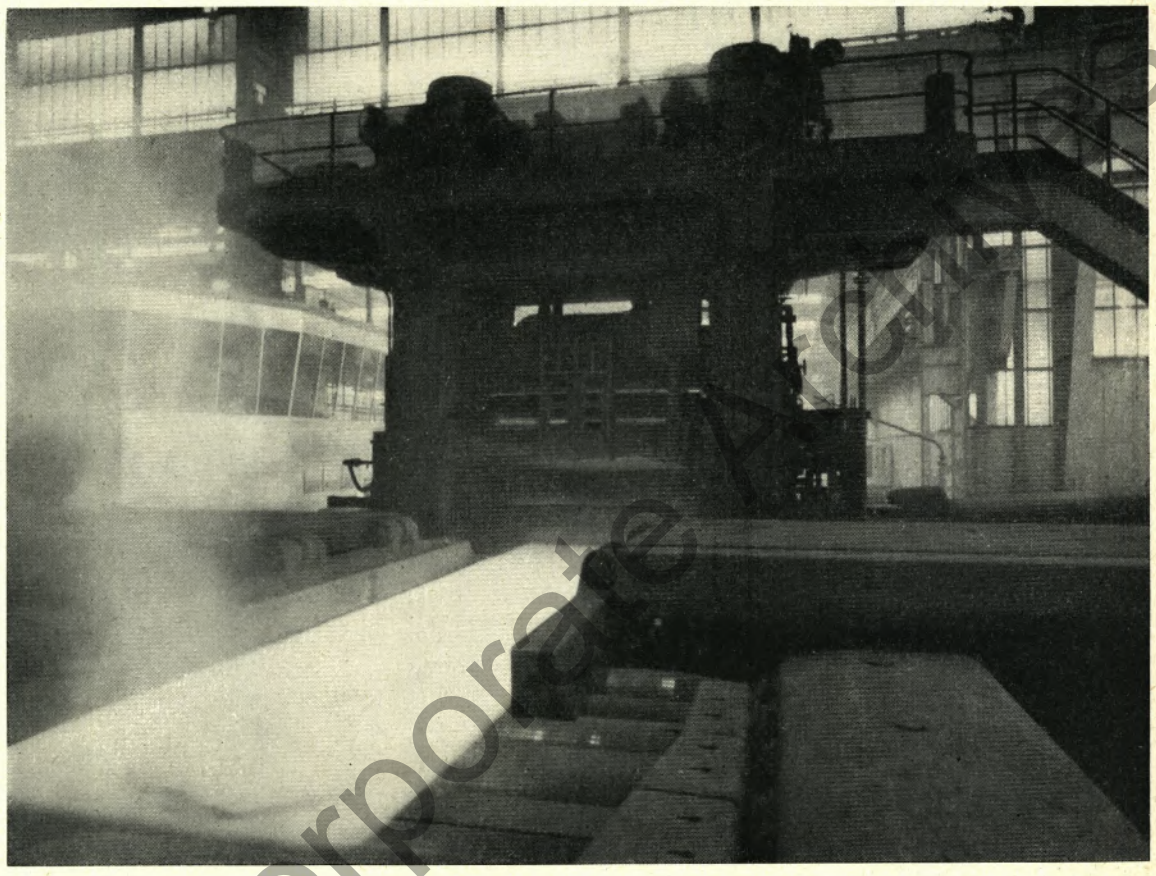
Archiv



▲ **Jahrhundertelang walzte man nur weiche Metalle. Die Gerüste waren aus Holz gezimmert. Eine der beiden Walzen wurde unmittelbar durch ein Handrad angetrieben, während sich die zweite durch die Reibung mitdrehte. Durch das über dem Gerüst dargestellte Einbaustück konnte durch Drehen der Schraubspindel die Oberwalze zur festgelagerten Unterwalze verstellt und dadurch der Walzspalt verändert werden.**

nahm die Blechherstellung erst, als man das Walzen des Eisens erfand. In den Klöstern, wo man zur Ehre Gottes aus Edelmetallen kostbare Kelche und Monstranzen herstellte, hatte man schon im 11. Jahrhundert ein Walzverfahren entwickelt. Aber erst zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges, als der Bedarf an Eisengerät immer größer wurde, begann man diese Technik auch auf Eisen anzuwenden. Die erste bildliche Darstellung eines Walzwerkes stammt aus dem Jahre 1615. Größere Eisenwalzwerke entstehen zuerst um 1700 in Schweden. Rund 40 Jahre später wurde in England das erste Patent für Feinblechwalzen erteilt. Kurz vorher war es gelungen, Eisen mittels Steinkohle (Koks) zu erschmelzen. Man fertigte und verarbeitete Weißbleche, die man lackierte („japanische Blechwaren"). Dann ging es sprunghaft weiter, fast jedes Jahr brachte neue Erfindungen und Patente auf diesem Gebiet. Das Warmwalzen wurde erfunden. Die Ära der Großproduktion von Blechen begann, das Blech wurde eines der wichtigsten Bauelemente, ohne das die Technik nicht mehr auskommen kann.

Wie oft kommt das in unser aller Alltagsleben vor: Obwohl wir's schon gewohnt sind, staunen wir immer wieder über die Tausendfältigkeit der technischen Errungenschaften, die das Leben der Menschheit gerade in der letzten Zeit revolutionär verwandelt hat. Welche hervorragende Rolle hat das Blech dabei gespielt! Wir brauchen nur an die Bahnen, Schiffe, Autos, Flugzeuge oder gar an die modernsten Monsterraketen zu denken.
Die Sprache, mit der wir uns verständigen, ist von dieser Entwicklung in vielem überholt worden. Auch unser Denken vermag der rapiden Umstellung unseres äußeren Weltbildes nicht so schnell zu folgen. Wäre es anders, wir würden die Redewendung „Das ist ja alles Blech!" nur anerkennend gebrauchen.

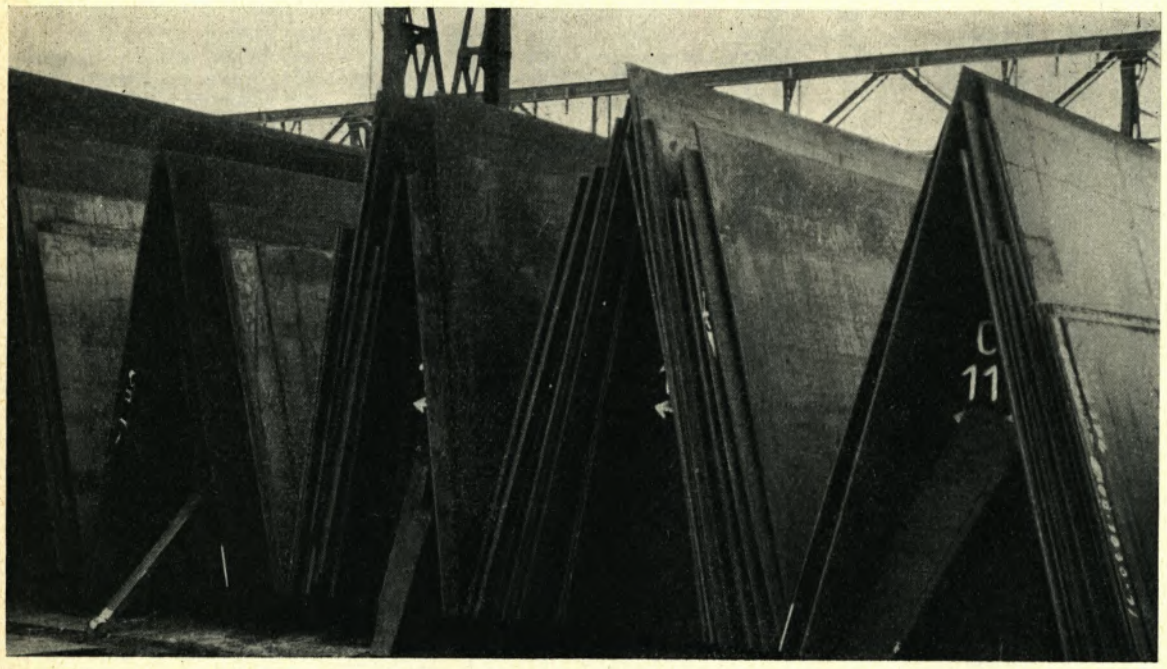


Quarto-Grobblechwalzwerk der HOAG. Auf diesem Walzwerk können Bleche bis zu 3000 mm Breite und einer Dicke von 5 mm an aufwärts gewalzt werden. Das Vier-Walzen-System bedingt, daß die dicken Stützwalzen ein Durchbiegen der Arbeitswalzen vermindern, was genauere Dickentoleranzen ermöglicht. Da es sich um ein Umkehrwalzwerk handelt, wechseln die Walzen von Stich zu Stich ihre Umlaufrichtung. ▶

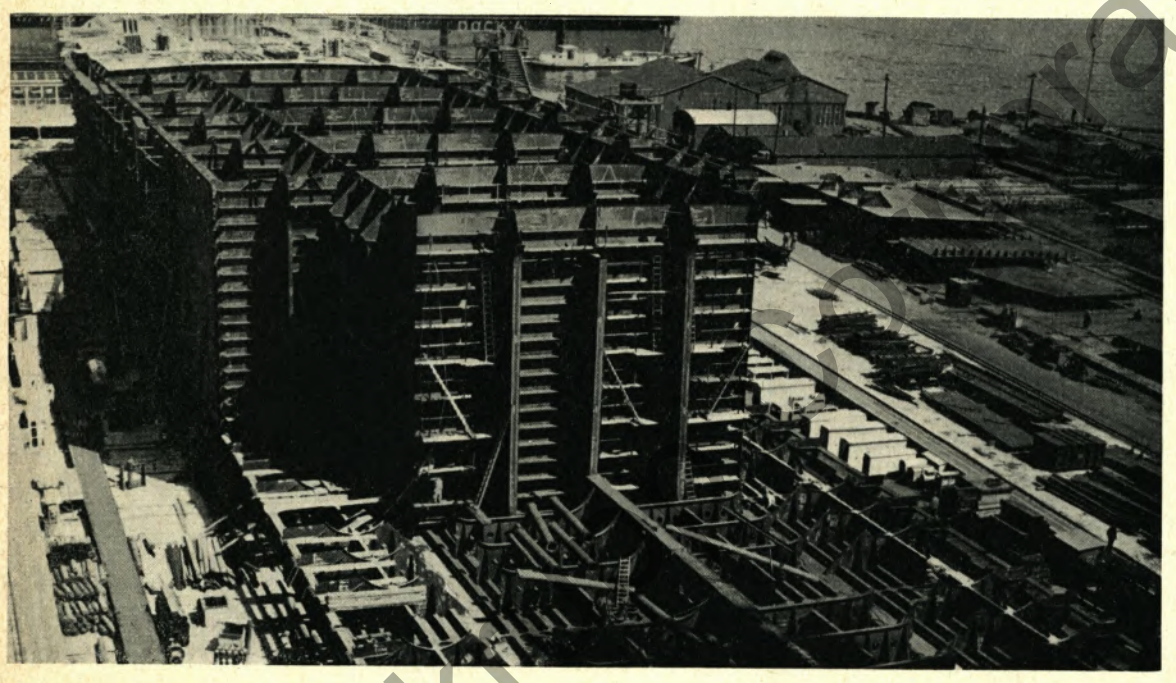
In erster Linie werden Grobbleche im Schiffbau verwendet. Hierüber berichten wir auf den nächsten Seiten. Dadurch ist die Werftindustrie mit den Hüttenwerken eng verbunden. Unser Bild zeigt den Transport von Grobblechen auf einer Werft. Von der Konservendose über Automobil-Karosserien bis zum Schiffbau reicht die Verwendung von Stahlblechen. Auch heute noch erobert das Blech sich immer neue Anwendungsgebiete. ▼

Thyssen Corporate Archive

Stahl - Grundlage des S



An Hallen und Helligen vorbei führt auf der Werft der Weg zu dem Lagerplatz, auf dem die Schiffsbleche auf ihre Verwendung warten. Eines Tages holt man hier die Bleche ab, legt sie unter die Schneidemaschine und schneidet sie in die gewünschten Formen. Die zugeschnittenen und weiterverarbeiteten Teile werden zur Helling transportiert, wo die Einzelteile, wie Bleche, Schmiedestücke usw., bereits montagefertig ausgerichtet werden. Eine entscheidende Rationalisierung bedeutete die Vormontage bestimmter Teile.



Das ohrenbetäubende Gedröhn der Preßlufthämmer erfüllt die Helling. Dazwischen zischen Schweißgeräte, deren Aufflammen wie Blitze durch den sich bildenden Schiffskörper zuckt. Dieses Bild vom Bau eines Frachters zeigt deutlich, welch große Mengen Stahl der Schiffbau braucht. Allein das Gewicht der Bleche eines mittelgroßen Schiffes von 30000 BRT beträgt runde 7000 t. Dazu kommt die große Menge der anderen stählernen Schiffbauteile. Aufs engste ist der Schiffbau dadurch mit der Stahlindustrie verbunden.

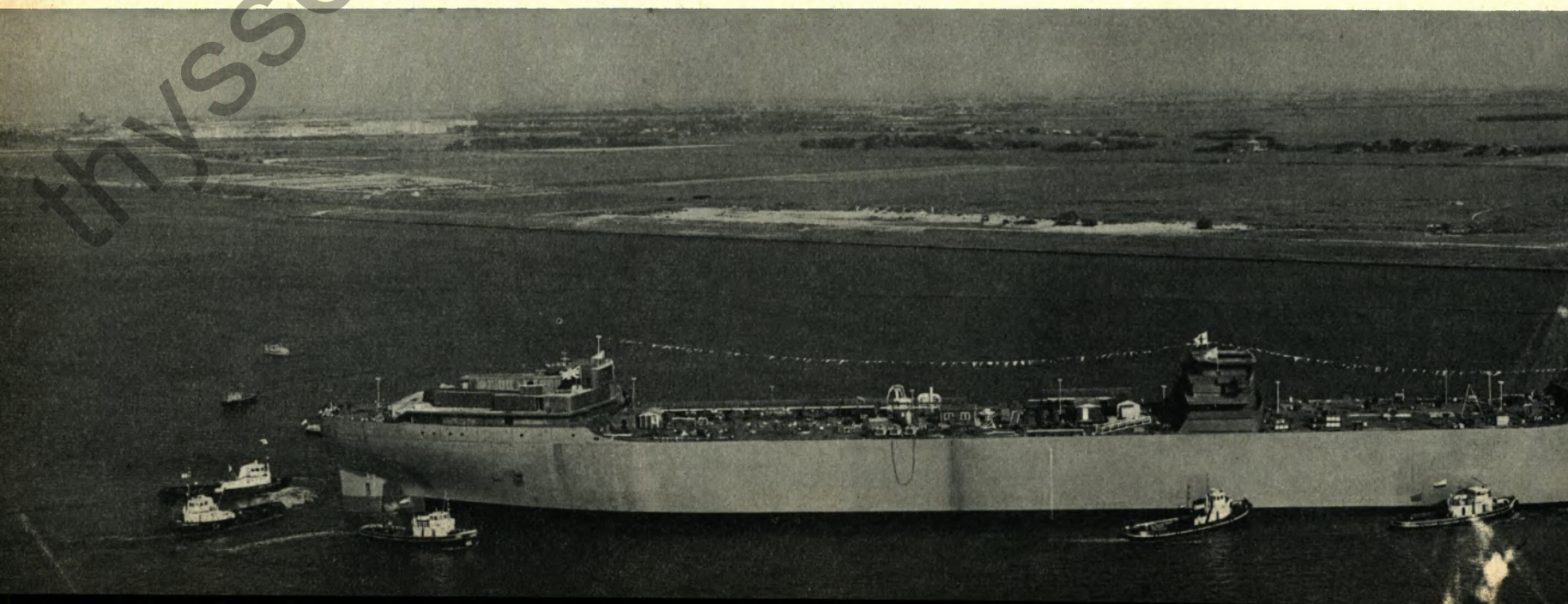
Ein Riesen-Tanker kurz nach dem Stapellauf, dem großen Augenblick für die Schiffbauer. Von der Vormontage großer schiffbaulicher Einzelteile in den Montagehallen über den Zusammenbau auf den Helgen bis zum Stapellauf ist ein langer Weg. Stahl ist dominierender Werkstoff des Schiffbaus. Auch die Hüttenwerker haben an jedem Neubau, der die Werft verläßt, ihren Anteil.

Zwei Drittel unserer Erde sind von Wasserfläch
schaftsräume. Seit Menschen denken, war es
Das Schiff ist das älteste Fahrzeug der Menschh
Die Tonnage der Welthandelsflotte ist heute mi
von den Handelsschiffen transportierten Güt
Tonnen erreicht. In Zentnersäcken aneinander
metern. Ein modernes Düsenflugzeug mit einer
nahezu drei Jahre, um diese Zentner-Kette abz
fahrt nicht mehr denkbar. Und so war dann auc
flotte maßgeblich beteiligt; in der Weltproduk
Japan an dritter Stelle.
Seit einiger Zeit ist jedoch die deutsche Werftind
Subventionierung der Werften in vielen andere
in Frankreich und Italien), die günstigen Kredi
und in Japan erschweren die Wettbewerbslag
erfolgte DM-Aufwertung hat ihr zusätzlich ei
brauchen faire Wettbewerbsbedingungen, dam
bleibt.
Mit dem Schicksal der deutschen Werftindustri
Das Auf und Ab des Schiffbaus strahlt auch in e
unter denen die eisenschaffende Industrie eine
Auch von den Werften wird ein Abbau der Wett
dem ausländischen Schiffbau konkurrenzfähig
für die Voraussetzungen zu schaffen.

Stahl ist der für den Schiffbau bei weitem wichtigste Werkstoff. Das war jedoch nicht immer so. Am Anfang stand das Holz, der ausgewölbte Baumstamm und das Floß, Ursprungsformen des Schiffes. Durch Jahrtausende hindurch waren das Holzschiff und die handwerkliche Schiffszimmerei schlechthin dominierend. Mit der Entwicklung der technischen Mittel wurden die Schiffe immer größer, schneller und komplizierter, die Riemenarbeit wurde durch Segelantrieb und später durch Maschinenkraft ersetzt; aus der Schiffszimmerei entwickelte sich die Werftindustrie.

Dabei galt das Schiff aus Eisen der Welt einmal als Utopie. Wie sollte Eisen schwimmen? Warf man ein Stück Eisen ins Wasser, so erlebte man ja, wie schnell es versank. Schließlich wußte man aus der Physik, daß die Fähigkeit des Schwimmens gemeinhin nur Körper besitzen, die leichter sind als Wasser, z. B. Holz. Man kannte aber auch das vor rund zweitausend Jahren von dem Griechen Archimedes herausgefundene Prinzip, wonach ein in eine Flüssigkeit getauchter Körper einen Auftrieb (Gewichtsverlust) erfährt, der gleich dem Gewicht der von ihm verdrängten Flüssigkeit ist. Folglich mußte auch ein stählernes Schiff schwimmfähig sein; vorausgesetzt, daß der Auftrieb des gesamten wasserverdrängenden Schiffsrumpfes also immer erheblich größer sein mußte als das Gesamt-Schiffsgewicht einschließlich Ladung.

Es war in England, das der Welt eine ganze Reihe grundlegender technischer Umwälzungen bescherte, der schon durch die Konstruktion von Hochdruckkraftmaschinen



thyssenkrupp Corporate Archives

hiffbaus

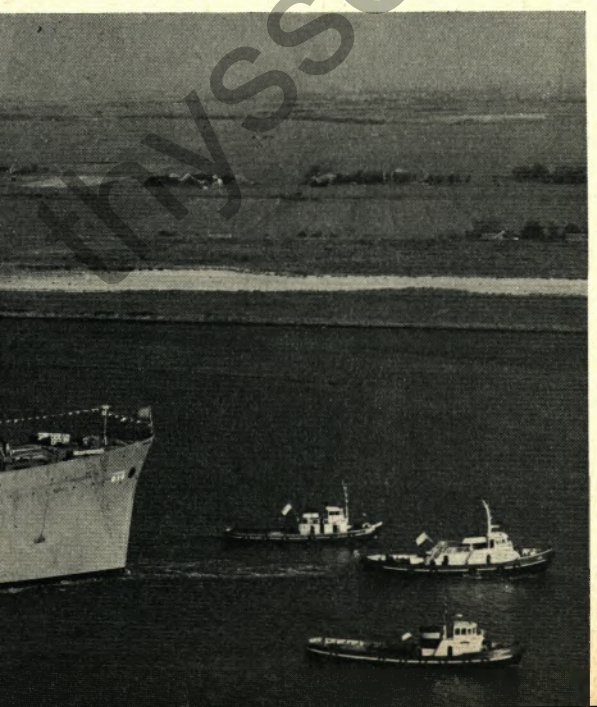
eckt. Sie trennen Völker, Kontinente und Wirt-
treben, diese Wassergrenzen zu überbrücken.
eute kreuzen 38000 Schiffe über die Weltmeere.
ill. BRT doppelt so groß wie im Jahre 1939. Die
en im vergangenen Jahr über 1,1 Milliarden
t wäre das eine Strecke von 22 Millionen Kilo-
indigkeit von 1000 Stundenkilometern brauchte
n. Heute ist unser Wirtschaftsleben ohne Schiff-
leutsche Schiffbau am Ausbau der Welthandels-
Neubauten steht er hinter Großbritannien und

n eine schwierige Lage geraten. Die großzügige
ern (bei den EWG-Partnerstaaten hauptsächlich
n skandinavischen Ländern, in Großbritannien
leutschen Werftindustrie. Die vor zwei Jahren
rten Schlag versetzt. Die deutschen Werften
Weltgeltung des deutschen Schiffbaus erhalten

icht nur das ihrer Beschäftigten eng verknüpft.
chem Maße auf die zuliefernden Industrien aus,
ge Stelle einnimmt.
osverzerrungen gefordert, damit sie gegenüber
. Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, hier-



▲ Das Vollschiff „Deutschland", das erste in Deutschland erbaute stählerne Schiff. Der Tiefwassersegler wurde 1858 im Auftrag der Hapag gebaut auf der Hamburger Reiherstiegwerft, aus der später die Deutsche Werft hervorging. Die „Deutschland" war 50 m lang, 10 m breit und mit 810 BRT vermessen. Mit dem vorigen Jahrhundert ging auch die Zeit der Windjammer vorbei. Der Untergang der „Pamir" brachte sie noch einmal ins Gespräch. Die Dampfmaschine befreite die Schiffahrt von der Rücksicht auf Wind und Flut.



hervorgetretene Ingenieur Richard Trevithick, der sich als erster im Jahre 1810 ernsthaft mit dem Gedanken beschäftigte, ein größeres Schiff aus Stahl zu bauen. Wesentlich vorangetrieben wurde die Planung von stählernen Schiffen durch die Entwicklung der Dampfmaschinen, die — nachdem der Amerikaner Robert Fulton 1802 die ersten Dampfboote konstruiert hatte — mehr und mehr als Antriebskraft verwandt wurden. Im Jahre 1819 fuhr das erste Schiff mit Dampfantrieb über den Ozean, die „Savannah", ein Dreimast-Segler, in den man eine Hilfsdampfmaschine von 90 PS Leistung eingebaut hatte. Während der 29 Tage dauernden Überfahrt war die Maschine jedoch nur 85 Stunden in Betrieb. Das entscheidende Jahr für die Entwicklung der Hochseedampfschiffahrt aber war das Jahr 1838. Im April dieses Jahres legten in New York im Abstand von nur wenigen Stunden zwei Schiffe an, die den Atlantik ausschließlich mit Dampfkraft überquert hatten, die „Syrius" von 703 t und 300 PS und die von dem genialen britischen Schiffbauer Isambart Kingdom Brunel erbaute „Great Western" von 88 m Länge über alles 1300 t Tragkraft und 750 PS Antriebskraft. Das Zeitalter der Dampfschiffahrt hatte begonnen.

Doch zunächst waren alle diese Schiffe aus Holz gebaut. Mit der Zeit jedoch verlangte die technische Entwicklung nach einem anderen Werkstoff. Die sich fortsetzende allgemeine Einführung schwerer Schiffsdampfmaschinen ließ das hölzerne Schiff allmählich unmöglich werden. Eine große Dampfmaschine mit ihren gewaltigen Bewegungsenergien und ihren fortgesetzten Kolbenstößen konnte nicht mehr in ein Holzschiff „installiert" werden — nun mußte der Stahl als Helfer heran.

Bereits im Juni 1787 hatte der Engländer John Wilkinson auf seiner Werft ein kleines Flußboot aus Eisen vom Stapel gelassen. Die guten Erfolge dieses Versuches ermutigten ihn, zwei weitere Eisenschiffe in Dienst zu stellen, ein Kanalboot für den Verkehr zwischen Dover und Calais und ein kleines Segelschiff. Von dem Kanalboot wissen wir, daß es 21,3 m lang und 2 m breit war. Es war aus 8 mm dicken Blechen zusammengenietet, die Spanten bestanden aus Holz. Doch dauerte es noch viele Jahre, bis sich das Stahlschiff gegenüber dem Holzschiff durchzusetzen vermochte. Tatsächlich war der stählerne Schiffsrumpf insofern eine zweifelhafte Sache, als die Stähle jener Zeit nur eine geringe Widerstandsfähigkeit gegen die Korrosion boten, gegen Rost und Salzwasser. Es kam immer wieder vor, daß Lecks entstanden, ohne daß dem Schiff etwas anderes passiert war als die Berührung mit Seewasser, also seinem eigentlichen Element. Erst mit der Entwicklung besserer Stähle wurde das Stahlschiff mehr und mehr Wirklichkeit.

Wieder war es der untersuchungslustige Schiffbauer I. K. Brunel, der den Gedanken der technischen Neuerung aufgriff. 1843 baute er die „Great Britain", den ersten Atlantikdampfer aus Eisen, ein Schiff von 98 m Länge, 3500 t Wasserverdrängung und einer 1000-PS-Maschine. Bis dahin waren die Dampfschiffe allesamt Raddampfer mit riesigen Schaufelrädern, die bei bewegter See leicht in Schwierigkeiten gerieten. Obwohl auch die „Great Britain" ursprünglich als Raddampfer geplant war, wurden die Schaufelräder im letzten Augenblick durch Schiffsschrauben ersetzt, die kurz vorher erfunden worden waren.

Mit der „Great Britain" begann die Epoche des Stahlschiffes. 1845 trat sie ihre erste Fahrt über den Atlantik an, viele Male ist sie seitdem zwischen Europa und Amerika gefahren. Noch heute wird das Schiff als Kohlenhulk auf den Falklandinseln verwendet. Vor allem leitete die Entwicklung des Stahlschiffes über zum Großschiffbau. Holz war nur in bestimmten Längen verfügbar. Stahlbleche ließen sich zu jeder x-beliebigen Größe aneinandernieten. So baute Brunel schon 1858 die „Great-Eastern", ein Super-Schiff, das mit 207 m Länge, 25 m Breite und 27000 t Wasserverdrängung bis zur „Mauretania", 50 Jahre später, das größte Schiff der Welt war. Es war sowohl mit Schrauben, Schaufelrädern und Segeln ausgestattet, verfügte über Gas und Elektrizität und bot den Passagieren allen nur mög-

→

Krupp Archives

lichen Komfort. Doch die Baukosten ruinierten Brunel, der noch vor Antritt der Jungfernreise starb. Auch das kaufmännische Ergebnis befriedigte nicht; das Schiff machte nur wenige Reisen, wurde danach als Kabelleger verwendet und lag später in London, wo es als Sehenswürdigkeit bestaunt werden konnte.

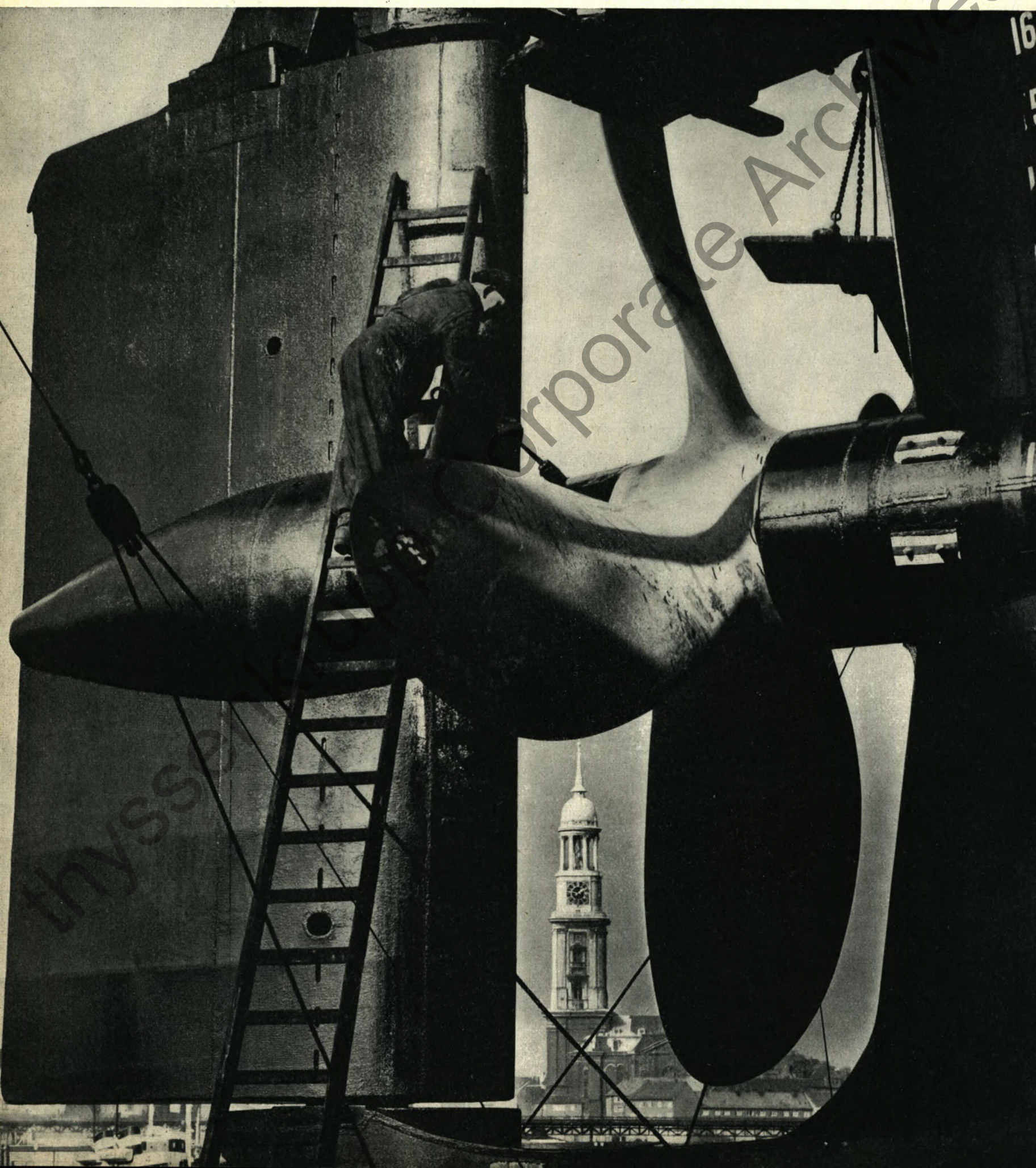
Trotz dieser Enttäuschung entwickelte sich der Bau großer stählerner Schiffe stetig weiter. Vor allem die Kriegstechnik, die die Bestückung der Schiffe mit schweren Panzerplatten vorantrieb, wirkte revolutionierend. Im Krieg der amerikanischen Nordstaaten mit den Südstaaten fuhren 1862 die ersten stahlgepanzerten Schiffe gegeneinander: das mit Lagen von Blechen umgürtete Turmschiff „Monitor" und die eisenbahnschienenumgebene Fregatte „Merrimac". Die beiden Schiffe befeuerten einander stundenlang mit Granaten und Vollkugeln, aber in keines wurde ein Loch gerissen, so daß die Partie remis verlief.

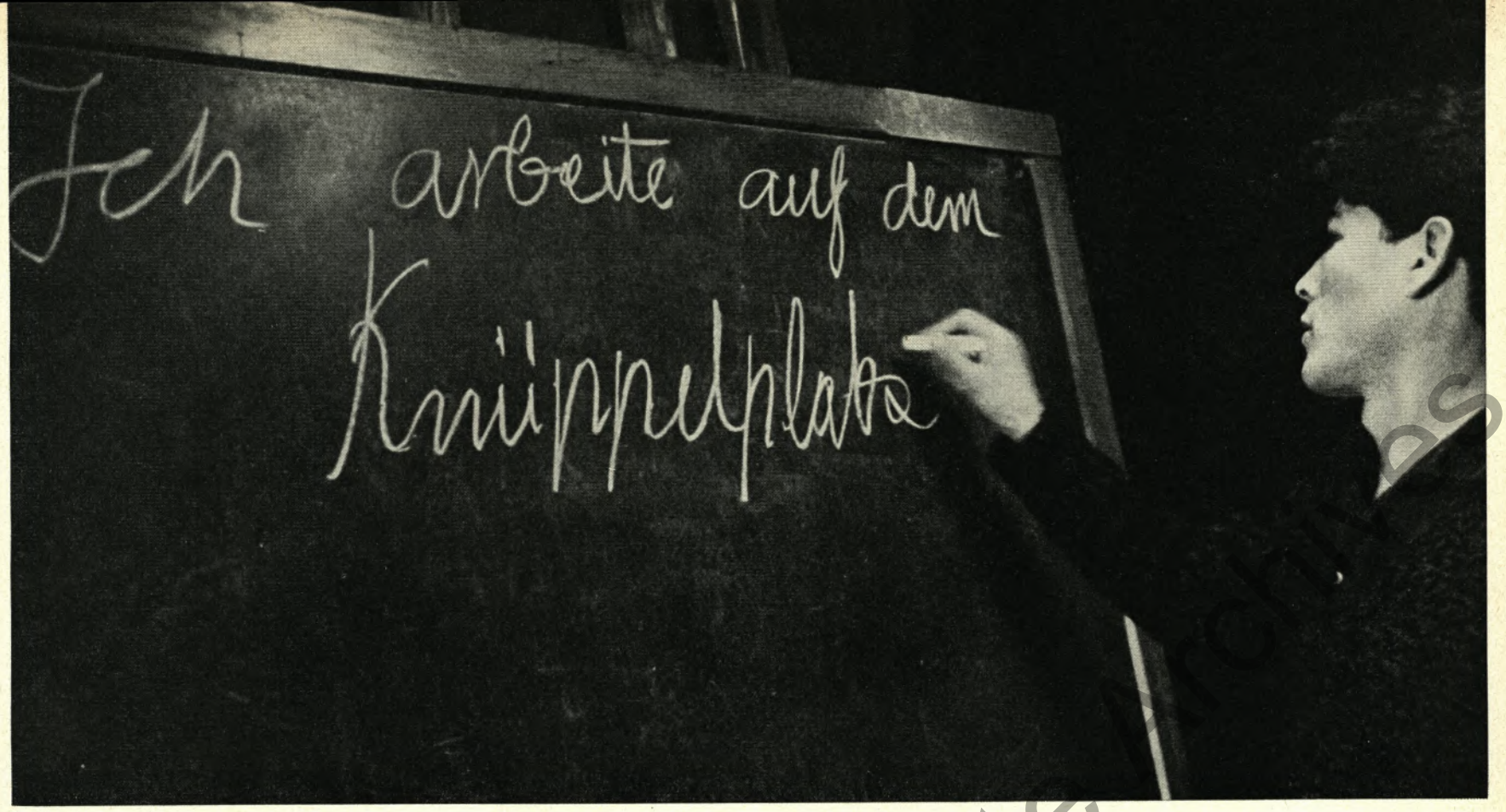
Das Holzschiff ist dann später in der Überseefahrt ganz ausgestorben, sogar die großen Segelschiffe baute man schließlich aus Stahl. So war das erste auf einer deutschen Werft gebaute stählerne Hochseeschiff das Vollschiff „Deutschland". Es lief 1858 auf der Hamburger Reiherstiegwerft vom Stapel, aus der später die Deutsche Werft hervorging. Auftraggeber des 50 m langen, 10 m breiten und mit 810 BRT angegebenen Seglers war die Hapag, die das Schiff im Amerikadienst einsetzte.

Was wäre der Schiffbau heute ohne Stahl? Es ist überhaupt nicht vorstellbar, was hier an die Stelle des Stahls treten sollte. Die ganze Außenhaut eines Schiffes, das ganze Skelett, dazu die Maschinerie, die riesenhafte Schiffswelle, die die Antriebskraft auf die Schraube überträgt, die Schraube selbst, das Ruder — Stahl überall! Holz wird nur noch bei der Innenausstattung verwendet. Aber auch hier werden, hauptsächlich aus Sicherheitserwägungen bei Schiffsbränden usw., Argumente ins Treffen geführt, die auf eine noch größere Stahlverwendung zielen.

Die Stahlindustrie hat dem Schiffbau immer bessere Stähle zur Verfügung gestellt, andererseits haben die Anforderungen der Werftindustrie befruchtend auf die Metallurgen und Stahltechniker gewirkt. So ist die Schiffahrt, vor allem seit sie stählerne Schiffe benutzt, mit der Welt des Stahls aufs engste verknüpft.

Dieses Bild vermittelt einen Eindruck von den gewaltigen Ausmaßen einer Schiffsschraube. Im Hintergrund der „Michel" — die St. Michaeliskirche — ein Wahrzeichen Hamburgs.





„Dilo en alemán"

Spanische Mitarbeiter lernen Deutsch

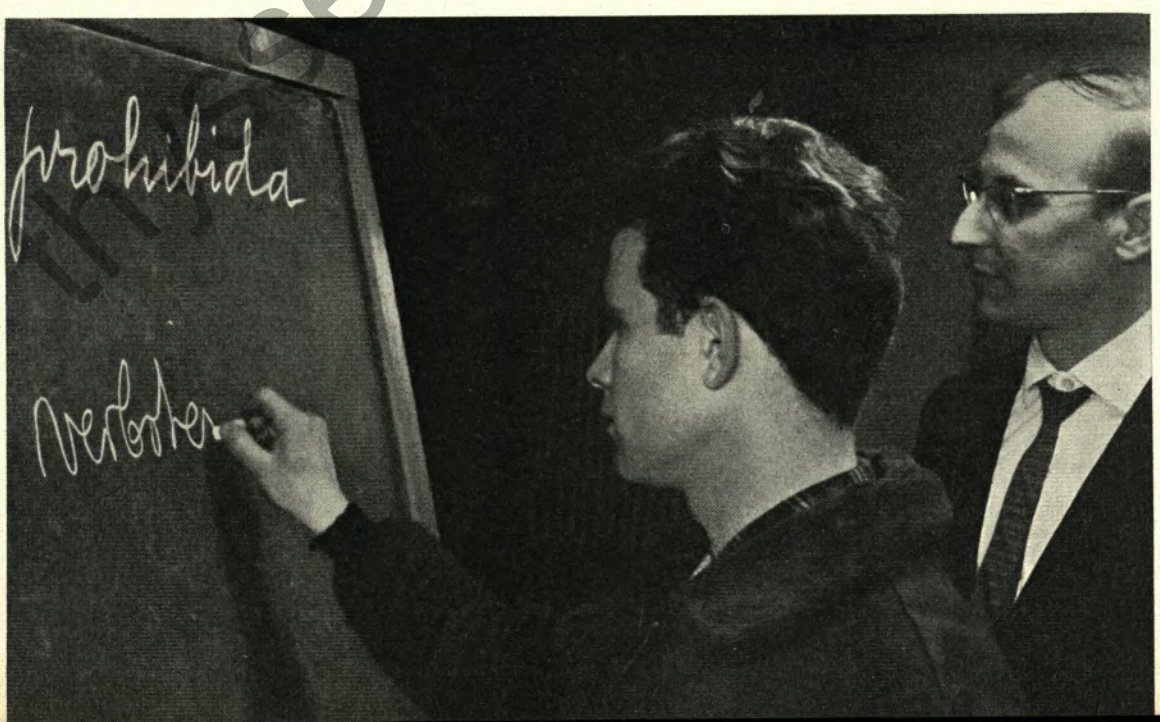
Unter den ausländischen Mitarbeitern, die seit einiger Zeit bei der HOAG beschäftigt sind, stellen auf der Hüttenseite die Spanier das bei weitem größte Kontingent. Um ihnen den Aufenthalt in Deutschland zu erleichtern, findet seit einiger Zeit ein systematischer deutscher Sprachunterricht statt. Dabei geht es vor allem darum, die Spanier mehr und mehr in die Lage zu versetzen, sich im Umgang mit Deutschen sprachlich gut verständigen zu können. Dies gilt insbesondere für die Tätigkeit am Arbeitsplatz im Werk, aber auch für das tägliche Leben.

Daß die deutsche Sprache für Ausländer nicht gerade leicht erlernbar ist, versteht sich von selbst. Es bleibt aber auch festzustellen, daß unsere spanischen Arbeitskollegen bislang nur wenig Initiative zeigten, um mit den sprachlichen Schwierigkeiten fertigzuwerden. Das mag mehrere Gründe haben. Der Hauptgrund aber dürfte darin liegen, daß die spanischen Mitarbeiter durch ihre Unterbringung in der Sammelunterkunft Kleekamp meist unter sich sind und deshalb meinen, ohne besondere deutsche Sprachkenntnisse auskommen zu können. Auch muß berücksichtigt werden, daß die meisten der Spanier nach Beendigung ihres Arbeitsvertrages in ihre Heimat zurückkehren wollen und schon deswegen keine Anstrengungen machen, Deutsch zu erlernen. Anders war es seinerzeit mit den vielen Tausenden von Menschen, die vor dem ersten Weltkrieg insbesondere aus den Ostgebieten ins Ruhrgebiet strömten. Sie fanden hier eine neue Heimat und überwanden auch bald die sprachlichen Schwierigkeiten.

Auf jeden Fall aber ist es wenig schön, wenn unsere spanischen Mitarbeiter, die zum Teil schon länger als ein Jahr in Deutschland sind, sich mit ihren deutschen Kollegen durch Zeichen und Gesten, also sprichwörtlich mit Händen und Füßen „unterhalten". Das hemmt den betrieblichen Ablauf und verstärkt die Unfallgefahren. Hier Abhilfe zu schaffen soll die Aufgabe des deutschen Sprachunterrichtes sein.







Unterrichtsstunde im Lager Kleekamp: Oben an der Tafel Carmelo Rodriguez Oria, weiß schon seinen Arbeitsplatz genau anzugeben. Darunter links: Eduardo Carcia Castillejos, Pascual Beltran Font, Rafael López Exposito, Rey Soler sind, wie alle Unterrichtsteilnehmer, mit ganzer Aufmerksamkeit dabei. Rechts: José Ma. Novoa Armesto, Francisco Peralta Blazquez, Eduardo Carcia Castillejos flöten nicht — sie versuchen die deutschen Sätze kunstgerecht zu modellieren. Unten links: Sicherheit am Arbeitsplatz gilt auch für unsere spanischen Gastarbeiter. Was „verboten" ist, wird Augustin Sapina Moncho unter Anleitung von Peréz Molinar schnell lernen.

Bundestag diskutierte über Arbeitsschutz

Am 6. März 1963 verabschiedete der Deutsche Bundestag das Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz. Schon zweimal hat dieses Gesetz dem Bundestag vorgelegen. Zweimal wurde seine Beratung aus Zeitgründen — die jeweilige Legislaturperiode ging zu Ende — abgesetzt. Die Aufgabe, die der Gesetzgeber an das neue Gesetz stellt, wird in Paragraph 1 umrissen. Danach soll das Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz in erster Linie der Verhütung von Arbeitsunfällen dienen, zum anderen nach Eintritt eines Unfalls den Verletzten, seine Angehörigen oder seine Hinterbliebenen entschädigen. Ob das Gesetz, das am 1. Juli 1963 in Kraft tritt, die Erwartungen erfüllen wird, läßt sich noch nicht sagen, doch weisen Kritiker darauf hin, daß eine stärkere Verhütung von Arbeitsunfällen dadurch kaum zu erwarten sein wird. Aus der Debatte, die im Bundestag im Zusammenhang mit dem Gesetz um die Unfallverhütung geführt wurde, veröffentlichen wir nachstehend einige Auszüge. Unseren Lesern wird sicherlich vieles, was von den Abgeordneten zum Thema Arbeitsschutz gesagt wurde, bekannt vorkommen; schließlich handelt es sich um ein Problem, dessen Bedeutung wir seit Jahren in unserer Werkzeitschrift immer wieder eindringlich herausgestellt haben.

Geiger (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im bisherigen Teil des Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetzes haben wir die wichtigen Abschnitte über die Unfallversicherung und die Entschädigung der vorgekommenen Betriebsunfälle behandelt. Wir kommen jetzt zu dem Teil, der nach Meinung der SPD einer der wichtigsten Teile dieses Gesetzes ist oder zumindest werden sollte, nämlich zur Unfallverhütung.

Wir sind der Auffassung, daß eine wirkliche Reform der Unfallversicherung an den für unser ganzes soziales Wirken wichtigen Fragen der Verhütung von Betriebsunfällen nicht vorbeigehen kann. Auch heute noch gilt das Wort: Vorbeugen ist besser als heilen. Alle sozialpolitischen Maßnahmen müssen in erster Linie auf das Vermeiden von Tatbeständen, die eine Entschädigungspflicht zur Folge haben, hinwirken. Nach Meinung der Sozialdemokratischen Partei müssen jetzt und in diesem Gesetz die entsprechenden Festlegungen getroffen und die Beteiligten verpflichtet werden, alles zu tun, um die Entstehung von Betriebsunfällen auf das unvermeidbare Maß einzudämmen. Wir halten gesetzliche Vorschriften zur Erfüllung dieser Aufgaben für notwendig, ohne daß wir hierzu bis ins einzelne gehende Vorschriften haben wollen.

Die Diskussion um die Probleme der Unfallverhütung ist in vollem Gange. Sie wird in den Kreisen aller Beteiligten geführt, und es wird erkannt, daß das Verhüten von Betriebsunfällen nicht nur wegen der Belastung unserer Volkswirtschaft wichtig ist, sondern daß es vor allem moralische Gründe, Gründe der Menschlichkeit sind, die uns veranlassen, darauf hinzuwirken, daß Betriebsunfälle nicht nur entschuldigt werden, sondern daß in erster Linie alle Voraussetzungen geschaffen werden, um ihr Entstehen auf das schon angesprochene unvermeidbare Maß zu beschränken.

Es geht uns insbesondere darum, das sicherheitsbewußte Interesse der Menschen zu wecken und das Unfallbewußtsein zu stärken. Daß bei einem solchen Bemühen Erfolge erzielt werden können, zeigen die Ergebnisse in anderen Staaten, von denen wir uns teils auch durch Besuche selbst überzeugen konnten. Wenn auch die Statistiken der einzelnen Länder wegen ihrer ungleichen Ausgangsbasis nicht absolut miteinander verglichen werden können, so ergibt sich aus ihnen doch offensichtlich, daß wir, was die Zahl der Betriebsunfälle betrifft, mit an der Spitze liegen. Wir liegen nicht nur an der Spitze, sondern die Zahl der Betriebsunfälle ist darüber hinaus bei uns auch jetzt noch weit über die Zunahme der Beschäftigten hinaus im Steigen begriffen. In den zehn Jahren von 1950 bis 1960 hat sich die Zahl der Beschäftigten in der gesamten Wirtschaft um 16% erhöht, während sich die Zahl der Betriebsunfälle, die eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen zur Folge hatten, mehr als verdoppelt hat. Im Jahre 1961 wurden allein im Bereich der 36 gewerblichen Berufsgenossenschaften 2,7 Millionen Menschen durch Arbeitsunfälle verletzt, d. h. durchschnittlich muß jeder siebente Arbeitnehmer mit einem Unfall in den Betrieben der gewerblichen Wirtschaft oder auf dem Wege zur Arbeit rechnen. Allein 66500 Arbeiter und Angestellte erlitten in diesem Jahre 1961 einen Betriebsunfall, der eine völlige, dauernde oder langjährige Erwerbsunfähigkeit mit sich brachte. Für 5052 Versicherte verlief der Unfall bzw. die Berufskrankheit tödlich. Meine Damen und Herren, das sind 241 Todesfälle mehr als im voraufgegangenen Jahr 1960, obwohl im Jahre 1960 allein im Bergbau, wo die Verhältnisse ja besonders schwierig sind, 766 Männer ihr Leben lassen und den Bergmannstod, wie man so schön sagt, erleiden mußten. Niemand, meine Damen und Herren, will eine so traurige Bilanz, die übrigens auch ein Teil unseres Wirtschaftswunders darstellt. Viele Kräfte wirken, um diese Verhältnisse zu ändern. Es kommt aber jetzt darauf an, die Trägheit zu überwinden und alle Kräfte sinnvoll zusammenzufassen,

(Beifall bei der SPD.)

damit in diesem Gesetz zur Neuordnung der Unfallversicherung nicht nur die Probleme der Entschädigung stattgefundener Betriebsunfälle behandelt, sondern auch die Voraussetzungen zu einer Verbesserung der Unfallverhütung geschaffen werden.

Meine Damen und Herren, es handelt sich bei den Arbeitsunfällen zu einem großen Teil nicht um ein unabwendbares Schicksal für die Betroffenen, sondern um die Frage, wieweit wir Sicherheitsvoraussetzungen schaffen, die das Entstehen von Betriebsunfällen soweit wie möglich verhindern.

Ich habe schon einmal auf die Aufwendungen der gesamten Volkswirtschaft für die Betriebsunfälle hingewiesen. Allein im Jahre 1961 mußten die 36 gewerblichen Berufsgenossenschaften 1,7 Milliarden DM für die Entschädigung von Betriebsunfällen aufwenden. Das sind 17 Prozent mehr als im Vorjahre. Die Fachleute errechneten, daß ein tödlicher Betriebsunfall etwa 100000 DM an Kosten verursacht. Wieviel größer aber, meine Damen und Herren, ist das Leid, das die Familien der Betroffenen tragen müssen!

Wir schlagen sieben konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Betriebsüberwachung und zur Verbesserung der Unfallverhütung vor. Im einzelnen sind dies folgende.

Erstens eine Ergänzung des § 708. Diese Ergänzung geht dahin, daß die Beschäftigten vor ihrer Beschäftigung mit Arbeiten, deren Verrichtung mit außergewöhnlichen Unfall- oder Gesundheitsgefahren für sie oder Dritte verbunden ist, vor Beginn ihrer Beschäftigung auf ihre Eignung ärztlich untersucht werden. Eine solche Verpflichtung besteht bis heute nicht; eine ärztliche Untersuchung wird nur in Einzelfällen durchgeführt. Es kommt deswegen immer wieder vor, daß ungeeignete Menschen mit Arbeiten, die besondere Unfall- und Gesundheitsgefahren in sich bergen, betraut werden.

Zweitens sollen nach unseren Vorschlägen die Berufsgenossenschaften verpflichtet werden, in der Regel einmal im Jahr eine Betriebsinspektion durchzuführen. Für Betriebe mit geringerer Unfallgefahr soll eine Ausnahme gemacht werden können.

Drittens. Für die nach § 718a zu bestellenden Sicherheitsbeauftragten sollen die konkreten Aufgaben in das Gesetz aufgenommen werden, wobei die Verantwortung des Unternehmers für die Arbeitssicherheit nach § 913 noch einmal unterstrichen wird.

Viertens sollen in Betrieben, die in der Regel 2000 oder mehr Versicherte beschäftigen, hauptamtliche Sicherheitsbeauftragte tätig sein. Auch hier sollen den Verhältnissen entsprechend für weniger gefährliche Betriebe nach näherer Vorschrift der Berufsgenossenschaften Ausnahmen gemacht werden können.

Fünftens. In Betrieben mit in der Regel 2000 oder mehr Versicherten soll ein Betriebsarzt beschäftigt werden. Sind 5000 oder mehr Beschäftigte in einem Betrieb, so soll dieser Betriebsarzt hauptamtlich sein. Vor Einstellung und Entlassung von Betriebsärzten sollen der Betriebsrat und der zuständige Gewerbearzt gehört werden. Bei außergewöhnlich hoher Unfall- und Gesundheitsgefährdung sollen die Berufsgenossenschaften auch bei geringerer Beschäftigtenzahl die Bestellung eines Betriebsarztes verlangen können.

Sechstens. Durch Zu- und Abschläge, die in der Regel jeweils mindestens 25 v. H. des Jahresbedarfs für die Unfallversicherung betragen sollen, soll das wirtschaftliche Eigeninteresse der Betriebe an der Unfallverhütung gesteigert werden. Es kommt uns darauf an, daß der Betrieb, der für die Unfallverhütung mehr tut, auch einen entsprechenden wirtschaftlichen Nutzen davon hat.

Meine Damen und Herren, alle diese Maßnahmen sind nach unserer Auffassung eine notwendige Voraussetzung für die Verbesserung des Unfallschutzes. Die Erfahrungen in der Vergangenheit haben gezeigt, daß durch Schaffung dieser Organe bessere Ergebnisse erzielt werden können. Hierüber gibt es auch Empfehlungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, denen wir im Rahmen unserer Verpflichtungen nachkommen müssen. In den Betrieben der Bundesrepublik gibt es bisher nur etwa 300 hauptamtliche Sicherheitsingenieure und 1000 Werksärzte, von denen 400 hauptberuflich tätig sind. Diese Zahlen entsprechen nicht den EWG-Vereinbarungen, vor allem aber auch nicht der Notwendigkeit einer modernen Unfallverhütung.

Siebtens. Um all diese Anstrengungen der Unfallverhütung zu koordinieren und vor allen Dingen das Unfallbewußtsein und das sicherheitsbewußte Verhalten in der gesamten Öffentlichkeit zu fördern, beantragen wir, durch § 894 die Träger der Unfallversicherung zu verpflichten, ein Kuratorium für Unfallverhütung in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins zu gründen. Gerade von solch einer Maßnahme versprechen wir uns für die Verbesserung der Unfallverhütung einen großen Erfolg. Daß auf diesem Gebiete etwas getan und geleistet werden kann und muß, hat nicht nur der Erfolg des Auslandes gezeigt, sondern ist vor allen Dingen auch durch das große von der SPD-Fraktion veranlaßte Hearing von Sachverständigen über Fragen der Unfallverhütung klargeworden. Ebenso hat die Arbeitstagung der Industriegewerkschaft Metall über die Probleme der Unfallverhütung wesentliche Erkenntnisse vermittelt, die ebenfalls in unseren Gesetzesvorschlägen ihren Niederschlag gefunden haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier geht es um ein großes Problem, das zur Bewältigung der Anstrengung aller bedarf. Kleinliche Erwägungen wie die Frage, ob der Gesetzgeber die Bildung eines Vereins zum Gesetzesbefehl machen kann, müssen in den Hintergrund treten. Wenn es möglich ist, durch Gesetz einen Verein zur Durchführung staatlicher Warenteste zu schaffen, muß es erst recht möglich sein, ein Kuratorium für Unfallverhütung zu schaffen, dessen Arbeit für das Lebens- und Arbeitsverhältnis der Menschen von besonderer Bedeutung ist.

(Beifall bei der SPD.)

Wir bitten Sie daher, unseren Vorschlägen zuzustimmen. Es kommt mit der Inkraftsetzung dieses Gesetzes darauf an — ich will das noch einmal besonders betonen —, die Zusammenarbeit aller Interessierten für die Unfallverhütung zu ermöglichen und zu fördern, ebenso wie das unfallbewußte Verhalten der Menschen zu stärken. Es kommt darauf an, durch Forschung über die Unfallursachen neue Erkenntnisse zu ermitteln. Die Sicherheit am Arbeitsplatz ist ein Teil unserer Produktivität. Bei der Behandlung all dieser Probleme muß der

Thyssen Krupp Corporate Archives

Mensch im Mittelpunkt aller Betrachtungen stehen. Eine solche Aufgabe könnte unter Ausnutzung aller modernen Werbemittel und mit Unterstützung namhafter Persönlichkeiten dieses Kuratorium übernehmen.

Wir bitten Sie, meine Damen und Herren, darum im Interesse der Menschen noch einmal um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Schoettle: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Franz.

Dr. Franz (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ganz bestimmt nicht zufällig, daß im Aufgabenkatalog der Unfallversicherung die Unfallverhütung an der ersten Stelle steht. Darüber sind wir uns einig; denn wir wissen, welche gewaltigen menschlichen Probleme alljährlich durch das Unfallgeschehen in den Betrieben aufgeworfen werden und wie hoch die Summen sind, die den einzelnen Familien und unserer Volkswirtschaft durch dieses Unfallgeschehen alljährlich verlorengehen.

Was der Kollege Geiger, auf dessen Ausführungen ich jetzt im Namen der CDU/CSU-Fraktion antworten darf, zu diesem Gesamtkomplex gesagt hat, war für mich äußerst aufschlußreich. Ich darf aus Ihren Ausführungen, lieber Herr Kollege Geiger, zwei Kernpunkte herausgreifen. Sie wollen die Aufgabe der Unfallverhütung erstens durch weitere Institutionalisierung und zweitens durch ein gezieltes finanzielles Engagement der beteiligten Betriebe bewältigen.

Für die letzte Feststellung bin ich Ihnen besonders dankbar. Denn hier haben Sie zum erstenmal zugegeben, daß Sie glauben, in einem Zweig der sozialen Sicherung durch eine Stärkung der Eigenverantwortung — man könnte sie auch „Selbstbeteiligung" nennen — ein sozialpolitisches Ziel erreichen zu können.

Das zweite ist die Frage der Institutionalisierung. Ich muß feststellen, daß es hier noch keinen New Look der sozialdemokratischen Politik gibt. Diesen New Look der sozialdemokratischen Politik wird es wohl nie geben können, wenn Sie sich nicht selber aufgeben wollen. Ihr Glaube an die Institution ist unerschütterlich. Ich meine aber, es gibt niemanden, der vom Unfallgeschehen in den Betrieben weiter weg ist als der Gesetzgeber oder auch als die Exekutive; Sie alle wissen, wie schwerfällig das Verfahren ist, eine neue Berufskrankheit in den Berufskrankheitenkatalog hineinzubringen; eine ungeheuer schwerfällige Maschinerie.

Wir alle haben von den Erfahrungen profitiert, die wir im Laufe des letzten Jahres auf zwei sehr interessanten Auslandsreisen sammeln konnten.

(Abg. Börner [SPD]: Antrag der SPD! — Abg. Ruf: In welcher Beziehung interessant?)

Ich darf sagen, daß ich kein Verständnis dafür habe, wenn da und dort Kritik an solchen Auslandsreisen geübt wird. Die jüngste Erfahrung der deutschen Geschichte sollte uns ja gelehrt haben, daß unter Umständen ein ganzes Volk es sehr teuer bezahlen muß, wenn seine verantwortlichen Männer keinen Überblick haben über das, was in der Welt draußen wirklich los ist.

(Abg. Stingl [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Ich täusche mich bestimmt nicht, wenn ich den Eindruck hatte, daß die Regelung, wie sie in den Vereinigten Staaten von Amerika besteht, Sie sehr beeindruckt hat.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie auch!)

Auch mich hat sie sehr beeindruckt; da gibt es keinen Zweifel. Ich glaube aber, Sie haben aus diesen Eindrücken die falschen Konsequenzen gezogen.

(Abg. Dr. Schellenberg [SPD]: Wir wollen nämlich handeln! — Heiterkeit bei der SPD.)

In den Vereinigten Staaten besteht ein dreigeteiltes System der Unfallversicherung, während bei uns diesem finanziellen Engagement, das aus Ihren Anträgen spricht, durch die Umlage als solche eine ganz natürliche Grenze gesetzt ist. In Amerika ist es den wirtschaftlich führenden Betrieben des Landes erlaubt, das gesamte Unfallgeschehen in eigener finanzieller Zuständigkeit zu regeln, Das hat zur Konsequenz, daß das System der Überwachung bis ins letzte durchorganisiert ist und daß diese Betriebe nur auf die Hälfte der nationalen Durchschnittsquote an Unfällen kommen.

(Abg. Börner [SPD]: Na und? — Abg. Dr. Schellenberg [SPD]: Und was wollen Sie machen?)

Ein weiterer größerer Teil der amerikanischen Wirtschaft — ich möchte ihn als den gehobenen Mittelstand bezeichnen — deckt sein Unfallrisiko bei der Privatversicherung. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß diese Betriebe bis ins einzelne genau kalkuliert werden, daß die Beitragsleistung dieser Betriebe sich im Laufe eines Jahres verzehnfachen kann, wenn das Unfallgeschehen über dem Durchschnitt liegt. Nur der Rest — Gott sei es geklagt: der größere Rest — der amerikanischen Wirtschaft unterliegt der staatlichen Unfallversicherung; mit der Folge, daß diese Betriebe 200 Prozent der nationalen Unfallquote haben. Das ist das System, das wir hier haben, und das habe ich gemeint, als ich sagte, daß Ihr gezieltes finanzielles Engagement an der Umlage als solcher seine ganz natürliche Grenze findet.

Ich möchte behaupten: Die Unfallverhütung — über deren Wichtigkeit wir uns klar sind; ich glaube, ich finde Ihre Zustimmung, wenn ich sage, daß die Unfallverhütung das Politikum dieser heutigen Auseinandersetzung ist — ist keine Verwaltungsaufgabe, sondern eine wirtschaftliche Führungsaufgabe.

(Abg. Dr. Schellenberg [SPD]: Ja, und wie meistern wir sie? Darum geht es doch!)

Vizepräsident Schoettle: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Abg. Dr. Franz [CDU/CSU]: Bitte, Herr Kollege Börner!)

Börner (SPD): Herr Kollege, halten Sie unter Würdigung dieses Gesichtspunktes, daß es keine Verwaltungsaufgabe, sondern eine innerbetriebliche Aufgabe ist,

(Abg. Dr. Franz [CDU/CSU]: Führungsaufgabe!)

unseren Antrag auf Einfügung eines § 718c, der sich mit dem Betriebsarztsystem beschäftigt, für verfehlt, oder würden Sie ihm zustimmen, als Konsequenz Ihrer soeben gemachten Ausführungen?

Dr. Franz (CDU/CSU): Sie meinten, die Frage des Betriebsarztes? Herr Kollege Börner, zu diesem Teil Ihres Antrags möchte ich sagen, daß hier der Gesetzgeber in der Gefahr steht, von seinem Volk etwas zu fordern, was dieses Volk nicht erfüllen kann.

(Abg. Dr. Schellenberg [SPD]: Weil wir auf dem Gebiet des betrieblichen Gesundheitswesens rückständig sind!)

Ich habe das Wortprotokoll über das Hearing genau gelesen. Zuerst müssen Lehrstühle für Arbeitsmedizin errichtet werden, und als Konsequenz davon werden wir in einigen Jahren die nötige Anzahl von ausgebildeten Ärzten haben. Denn, Herr Kollege Geiger, mit dem Erfolg der Ärzte, die nebenamtlich in der Unfallverhütung tätig sind, können die Betriebe wohl noch nicht ganz zufrieden sein, und sie sind es auch nicht.

Ich möchte noch einmal betonen: Es handelt sich nicht um eine Verwaltungsaufgabe, sondern um eine betriebliche Führungsaufgabe. Ich habe mich gefreut, lieber Kollege, daß Sie anerkennen, welche großen Erfolge die Betriebe, die wir in Amerika besichtigt haben, auf dem Gebiet der Unfallverhütung erzielt haben, und ich stehe nicht an, zu behaupten, daß diese Erfolge eine brillante Leistung der freien Wirtschaft sind.

Auch im Zusammenhang mit der Unfallversicherung ist viel vom Mißtrauen die Rede. Es ist gefragt worden, wie hoch denn der Prozentsatz der Betriebsunfälle sei, die auf technisches Versagen zurückzuführen seien im Vergleich zu den auf menschlicher Unzulänglichkeit beruhenden Betriebsunfällen. Hier gilt das Wort, daß sich mit Zahlen trefflich streiten läßt. Sie werden sich sicher an die harten Auseinandersetzungen bei dem Hearing erinnern, die es auch in Ihrer Fraktion gegeben hat.

(Abg. Dr. Schellenberg [SPD]: Sie waren leider nicht da!)

— Aber Sie waren so freundlich, mir das Wortprotokoll zu schicken, wofür ich Ihnen herzlich danke.

Jedenfalls ist der subjektive Faktor — und das ist die Quintessenz einer solchen Diskussion — im betrieblichen Unfallgeschehen außerordentlich groß. Wenn da und dort gesagt wird, daß es bei den Führungskräften im Betrieb am Interesse und bei den untergeordneten Aufsichtsinstanzen an der genügenden Aufmerksamkeit fehle, so muß ich antworten, daß ich darin auch ein Mißtrauen gegen den arbeitenden Menschen sehe; denn die Frage der Unfallverhütung richtet sich direkt an den arbeitenden Menschen. Man kann nicht die ausschließliche Verantwortung bei den betrieblichen Führungskräften suchen. Darüber gibt es gar keinen Zweifel.

(Abg. Dr. Schellenberg [SPD]: Bei beiden!)

Wir sind uns darüber einig, daß es entscheidend auf die Hebung des Sicherheitsbewußtseins insgesamt ankommt. Der Herr Kollege Geiger hat das schon ausgesprochen. Das angelsächsische Beispiel ist wirklich ausgezeichnet. Sowohl in England wie in Amerika werden solche nationalen Aufgaben wie die Unfallverhütung in der modernen Industriegesellschaft irgendwie spontan in Angriff genommen.

Sie fordern in Ihrem Antrag ein Kuratorium. Dabei hat Ihnen ganz sicher das National Safety Council als Vorbild gedient.

(Zuruf von der SPD: Genau! — Abg. Dr. Schellenberg [SPD]: Na und? Ist das nicht ein gutes Vorbild?)

— Ich sehe in Ihrem Antrag, so wie er heute vor uns liegt, ein gewisses Mißtrauen. Ich will es nicht so stark ausdrücken, glaube aber, daß Sie doch nicht ganz auf das vertrauen, was die Berufsgenossenschaften in ihrem Gesamtverband, in ihrer Zusammenarbeit bis zum heutigen Tag getan haben. Sie setzen auch keine besonderen Hoffnungen auf die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit, die von Arbeitgebern und Gewerkschaften in Deutschland gegründet worden ist. Vielleicht hat sie noch keine genügende Anlaufzeit gehabt,

(Abg. Börner [SPD]: Und kein Geld!)

um die ihr zugedachte Aufgabe zu erfüllen. Auf alle Fälle glaube ich, daß ein solches Kuratorium nicht der Weisheit letzter Schluß ist.

Der Bundespräsident auf dem Arbeitsschutz-Kongreß 1963

Wie das Bundespräsidialamt mitteilt, wird Bundespräsident Dr. Lübke nicht nur die Schirmherrschaft über den im November 1963 in Düsseldorf stattfindenden Deutschen Arbeitsschutz-Kongreß übernehmen, sondern sich darüber hinaus in einer Rede zum Arbeitsschutz in Deutschland äußern.

„Angesichts der besorgniserregenden Entwicklung der Arbeitsunfallziffer in der Bundesrepublik, die bereits 1961 die 3-Millionen-Grenze überschritten hatte", so meint der Deutsche Gewerkschaftsbund hierzu, „ist es außerordentlich begrüßenswert, daß der Bundespräsident persönlich die Gelegenheit nutzen will, alle für die Sicherheit bei der Arbeit Verantwortlichen und Tätigen zu größerer Aktivität gegen die Arbeitsunfälle aufzurufen."

Wir wissen, daß in der Frage der Unfallverhütung die Psychologie eine außerordentlich große Rolle spielt. Ich muß gestehen, daß ich hier kein besseres Beispiel als dasjenige anführen kann, das in der Broschüre über dieses Hearing steht: Zwei Betriebe haben ungefähr gleichzeitig eine beschränkte Anzahl der in der Schwer- und Bauindustrie so wichtigen Schutzhelme gekauft. Der eine Betrieb hat die zehn Helme zuerst den betrieblichen Führungskräften gegeben. Die Arbeiter haben darauf so reagiert, daß sie gesagt haben: Die Köpfe der führenden Leute sind anscheinend kostbarer als unsere eigenen Köpfe; wir wollen auch solche Helme haben. Der andere Betrieb hat die gleiche Anzahl an die am stärksten gefährdeten Arbeitskräfte ausgegeben. Diese Kollegen haben sich zum Teil Hohn und Spott gefallen lassen müssen, und kein anderer Arbeiter hat daran gedacht, auch einen solchen Helm haben zu wollen. Ich glaube, dieses Beispiel ist sehr dazu geeignet, die ausschlaggebende Rolle psychologischer Gesichtspunkte in den Fragen der Unfallverhütung herauszustellen. — Bitte, Herr Kollege.

Matthöfer (SPD): Wenn Sie die psychologischen Gesichtspunkte so betonen, Herr Franz, wie erklären Sie dann die unterschiedlichen Unfallquoten in den finanziell unterschiedlich belasteten amerikanischen Unternehmen?

Dr. Franz (CDU/CSU): Es würde jetzt reizen, Herr Kollege, längere Ausführungen darüber zu machen, wie das Unfallgeschehen als solches in Amerika angefaßt wird. Herr Professor Schellenberg wird mir recht geben, wenn ich sage, daß nicht nur die scharfe gezielte finanzielle Belastung der Betriebe der Spitzenklasse und der Mittelklasse dieses günstige Ergebnis gehabt hat, sondern daß man auch vermocht hat, mit den verschiedensten modernen Beeinflussungsmitteln den Arbeitnehmer sicherheitsbewußt zu machen. Ich bin weit davon entfernt zu glauben, daß — wenn es auch eine Rolle spielen dürfte — die zum Teil sehr unzulängliche materielle Sicherung der Arbeitnehmer in manchen amerikanischen Einzelstaaten die Furcht vor dem Unfall erheblich verstärkt. Ich halte das für einen Gesichtspunkt, der am Rande — der Vollständigkeit halber — erwähnt werden sollte.

Ich bin dankbar gewesen, aus dem Munde des Geschäftsführers des Gesamtverbandes der Berufsgenossenschaften gehört zu haben, daß man die sehr zähflüssigen, manchmal unverständlichen, unverdaulichen Sicherheitsvorschriften nun langsam doch in eine etwas menschlich ansprechende und interessante Form zu gießen gedenkt.

(Abg. Dr. Schellenberg [SPD]: Nicht nur langsam, sondern schnell!)

— Ich hoffe darauf, Herr Professor Schellenberg.

Ich habe schon über die große Notwendigkeit der Schaffung von Lehrstühlen für Arbeitsmedizin gesprochen, von denen es jetzt nach meinem Wissen in der Bundesrepublik Deutschland nur einen einzigen gibt. Nur wenn es solche Lehrstühle gibt, werden wir im Laufe einiger Jahre einen geschulten Nachwuchs von Werksärzten haben.

(Abg. Dr. Schellenberg [SPD]: Das können Sie erreichen, wenn Sie unseren Antrag annehmen!)

— Ich habe nicht die Hoffnung, Herr Professor Schellenberg, daß wir mit der Annahme eines Antrages über Nacht die genügende Zahl von Ärzten herbeizaubern können; davon bin ich nicht überzeugt.

Sie werden mir zustimmen, wenn ich sage, daß die Unfallverhütung künftig sowohl auf den Berufsschulen wie auf den Ingenieurschulen und auf den technischen Hochschulen ihren festen und sicheren Platz haben sollte.

(Zustimmung in der Mitte.)

Ich bin der Meinung, daß ein Techniker sich nicht damit zufriedengeben kann, daß die Maschine, die er konstruiert hat, zwar technisch optimal ist, aber keinerlei Rücksicht auf die Sicherheit des Menschen zu nehmen vermag, der später einmal an ihr arbeiten und mit ihr das Brot für sich und die Familie verdienen soll.

Wir waren uns immer einig in der Feststellung, daß die Unfallverhütung eine Frage des Betriebsklimas, eine Führungsaufgabe ist. Da fällt mir ein, daß ungefähr vor Jahresfrist die Frankfurter Allgemeine Zeitung einen hochinteressanten Beitrag darüber gebracht hat, wie das Betriebsklima sich auf den Krankenstand, und zwar auf den objektiven Krankenstand, und auf die Unfallbereitschaft auswirkt. Genauso wie es eine objektive Krankheitsbereitschaft gibt — hervorgerufen durch ungünstige äußere Umstände —, genauso gibt es eine gewisse Unfallbereitschaft.

(Zuruf von der SPD: Arbeitstempo!)

Die Spanne kann man mit 1 : 3 angeben. Das heißt, ein Arbeitnehmer, der berechtigten Grund zur Klage über seinen Vorgesetzten, über seine Arbeitskollegen, über die Situation am Arbeitsplatz hat, ist bis zu dreimal mehr gefährdet, objektiv krank zu werden als ein anderer, bei dem die Umstände am Arbeitsplatz als geordnet gelten können. Das gilt in vollem Umfang auch für den Unfall. Sie werden mir auch recht geben, wenn ich sage, daß ein Arbeiter, der familiär großen Kummer hat, dem ein Kind krank ist, dessen Frau krank ist, objektiv mehr unfallgefährdet ist als irgendein anderer, bei dem die Dinge in der Familie zum besten stehen. Aber ich glaube, an dieser unbestrittenen Feststellung wird auch die Grenze der institutionalisierten Ordnung dieses Problems ganz deutlich sichtbar. Wir wollen einen systematischen Fortschritt auf diesem wesentlichen Gebiete durch eine Art von Rahmenbestimmungen. Wir sind überzeugt, daß wir einen größeren Fortschritt durch vernünftige Darlegungen erreichen werden, wenn sie

Bundesarchiv

zu überzeugen vermögen, als wenn wir versuchen die Leute durch Gesetze zu zwingen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Schoettle: Das Wort hat der Abgeordnete Ollesch.

Ollesch (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Anläßlich der ersten Lesung unseres Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetzes haben wir schon den Ausführungen des Sprechers Ihrer Fraktion, des Herrn Kollegen Professor Schellenberg, entnommen, daß uns in dem vorliegenden Gesetzentwurf nichts Neues bezüglich der Unfallverhütung eingefallen sei und daß dieser Gesetzentwurf überhaupt auf diesem Gebiete bar jeder neuen Erkenntnis sei.

(Abg. Dr. Schellenberg [SPD]: Das haben wir doch im Ausschuß etwas geändert!)

— Nun, Herr Professor, wir waren gespannt auf Ihre neuen Erkenntnisse, und wir haben sie heute hier schriftlich bekommen. Sie wünschen eine verstärkte Überwachung. Sie wünschen die Einrichtung einer neuen Institution ähnlich des National Safety Council in Chikago.

Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung — und meine Fraktion teilt sie —, daß wir mit verstärkter Überwachung und mit neuen Institutionen dem Problem der Unfallverhütung und der Verhinderung von Unfällen nicht näherkommen, sondern daß es auf den einzelnen Menschen ankommt, der allein in der Lage ist, durch Unterlassung von Handlungen und durch sorgsamste Beachtung aller Vorschriften Unfälle zu vermeiden. Es steht unumstritten fest, daß wir die besten und ausgefeiltesten Unfallverhütungsvorschriften haben. Trotzdem — wir geben es zu — liegt unsere Unfallquote höher, als es beispielsweise in den USA der Fall ist. Nur ein Narr könnte es leugnen, wenn man die Dinge einmal verglichen hat. Herr Professor, da gebe ich Ihnen recht.

Aber wie kommt das dort drüben zustande? Warum hat der Amerikaner weniger Unfälle als wir? Nur durch die Einrichtung von Sicherheitsausschüssen oder durch die Einrichtung des National Safety Council? Ich bin der Meinung, dort wirken mehrere Faktoren zusammen, und ich habe — das ist meine Erkenntnis aus der Reise — drei besondere Faktoren vordergründig gesehen. Ich meine, man sollte sie auch einmal aussprechen. Nur im Zusammenwirken dieser drei Faktoren kommen diese Erfolge zustande.

Einmal das bessere Verhältnis des einzelnen Mitarbeiters im Betrieb zu seiner Arbeit, ich will sagen: das bessere Unfallbewußtsein. Es achtet eben von jeher jeder mehr darauf, Unfälle zu verhüten. Es gibt dafür gewisse Parallelen. Meine Damen und Herren, wir haben die besten Straßenverkehrsvorschriften und wahrscheinlich die schärfste Überwachung unseres Verkehrs im Gegensatz zu den anderen Ländern. Aber wir haben mehr Unfälle, als verschiedene andere Länder sie aufzuweisen haben.

(Abg. Killat [SPD]: Auch die Straßenverhältnisse müssen Sie berücksichtigen!)

— Herr Kollege Killat, nicht nur die Straßenverhältnisse, auch unser eigenes Verhältnis zur Technik, zur Maschine! Wir haben wahrscheinlich etwas mehr schlechte Autofahrer als die anderen Länder sie haben. Daran gibt es auch keinen Zweifel. Es gibt gewisse Nationaleigenschaften. Sie wissen, daß beispielsweise der Amerikaner ein gutes Verhältnis zur Maschine hat, daß er beispielsweise ein guter Flugzeugführer ist; das läßt sich auch nicht leugnen.

Ich meine, daß wir diesem Problem nur mit der verstärkten Überwachung und mit der Schaffung von Institutionen nicht näherkommen, wenn es uns nicht gelingt, auch durch eine bessere Menschenführung im Betriebe von vornherein dafür zu sorgen, daß mancher Unfall ausgeschaltet wird. Wir sind doch vielfach auf dem besten Wege dazu. Es ist eben eine Führungsaufgabe. Es gibt eben Menschen, die neigen zum Unfall. Es gibt auch Betriebsangehörige, die neigen mehr zum Unfall als ein anderer. Es gibt typische „Unfaller".

(Zurufe von der SPD: Umfaller! Umfall! — Heiterkeit. — Abg. Börner [SPD]: Mit m oder n?)

— Nein, ich sage ganz deutlich „Unfaller". „Umfaller" soll es in allen Schichten und, ich glaube, auch in allen Parteien geben.

(Erneute Heiterkeit.)

Es ist die Aufgabe der Führung, diese typischen „Unfaller" zu erkennen und sie an ungefährdetere Arbeitsplätze zu bringen. Nur auf diese Art und Weise werden wir in der Lage sein — nicht durch Schaffung neuer Institutionen —, das Unfallgeschehen auf einen vernünftigen Stand herabzudrücken.

Ich bin überhaupt der Meinung, wir sollten weniger Gesetze machen, wir sollten viel weniger in Gesetze fassen und viel mehr der Entwicklung und auch dem gesunden Menschenverstand überlassen. Wir sollten von uns aus versuchen zu leiten und nicht gesetzlich verpflichten.

Auch wir haben aus der Amerikareise eine kleine Erkenntnis gewonnen, Herr Professor: Wir wollen es einmal mit den Sicherheitsausschüssen versuchen. Ob wir große Erfolge erreichen werden, das wissen wir nicht. Denn die beiden anderen Faktoren fehlen bei uns, nämlich einmal die Tatsache, daß der Arbeiter im Falle der Krankheit durch einen Unfall nur noch auf 60% seiner vorher erhaltenen Bezüge kommt. Ich will damit nicht sagen, daß wir unsere Leistungen wieder herunterdrücken sollten. Aber wir wollen doch ganz deutlich feststellen, daß der finanzielle Schaden durch einen Unfall auch ein Anreiz für den Arbeitnehmer ist, darauf zu achten, daß kein Unfall eintritt. Kein vernünftiger Mensch kann diesen starken Anreiz leugnen.

Zum anderen besteht ein Unterschied in der Versicherungsart. Wir erheben unsere Beiträge durch Umlagen innerhalb der Berufsgenossenschaften. Wir haben in Amerika festgestellt, daß in der Mehrheit der Staaten die individuelle Versicherung besteht und daß von daher auch ein stärkerer Anreiz für die Betriebsführung da ist, das leugne ich gar nicht. Wir versuchen einen ähnlichen Weg, soweit er uns gangbar erscheint, mit der Gewährung von Zu- und Abschlägen, die wir nun obligatorisch machen. Das sind Anfänge. Wir wollen einmal abwarten, wie sie sich auswirken werden.

Bezüglich des Kuratoriums, Herr Professor Schellenberg, wollen wir Ihnen heute noch nicht folgen. Wir haben eine Arbeitsgemeinschaft aller Träger der Unfallversicherung. Vielleicht entwickelt sich aus dieser Arbeitsgemeinschaft das, was Sie durch das Gesetz erzwingen wollen. Lassen wir die Dinge lieber reifen! Ich glaube, wir werden denselben Effekt haben.

Damit bin ich eigentlich am Ende. Ich will nur noch einmal betonen: Wir sind der Meinung, daß die besten Gesetze und die besten Vorschriften uns nicht zum Ziel bringen, wenn wir in den Menschen nicht die Erkenntnis wecken, daß der Unfall, der den einzelnen betrifft, ihm Schmerzen und Verdienstausfall und uns insgesamt Schaden bringt. Wir glauben, daß wir mit psychologischen Maßnahmen auf die Dauer gesehen zu besseren Erfolgen kommen werden, als wenn wir durch eine Vielzahl von Gesetzen die Dinge so unübersichtlich machen, daß wir hinterher feststellen: Wir haben die besten Gesetze, wir haben die besten Unfallverhütungsvorschriften, leider haben wir nicht die besten Erfolge in der Unfallbekämpfung.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Schoettle: Das Wort hat der Abgeordnete Killat.

Killat (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man sich die Diskussionsbeiträge der Vertreter der Mehrheitsparteien anhört, kann man den Eindruck gewinnen, daß diese Kollegen für die Anträge sprechen, die wir zum Kapitel Unfallverhütung gestellt haben. Herr Kollege Ollesch hat die Frage gestellt, welche Vorschläge von der SPD vorliegen. Dazu darf ich sagen, einmal sind all die Anträge, die nun hier im Plenum wieder vorgebracht werden, Vorschläge, die wir dem Ausschuß vorgelegt hatten und die Sie abgelehnt haben. Zum anderen darf ich feststellen, daß wir in den Beratungen im Sozialpolitischen Ausschuß Gott sei Dank immerhin einige Maßnahmen mit Ihnen gemeinsam beschlossen haben, die auch der Unfallverhütung und der Gesundheitsfürsorge für die Beschäftigten dienen sollen. Ich denke an den Sicherheitsbeauftragten, an die Sicherheitsausschüsse, an den Unfallbericht, der zu erstatten ist, usw.

Nun ist hier auch vorgetragen worden, daß die Verantwortlichkeit für das Unfallgeschehen, für die Unfallverhütung, für den Gesundheitsschutz nicht nur auf die Unternehmer abzuwälzen ist, daß vielmehr auch die Arbeitnehmer und die Ärzteschaft, vielleicht auch die Öffentlichkeit mitwirken sollen. Herr Kollege Ollesch hat von den psychologischen Momenten gesprochen. Auch das, meine Damen und Herren, ist uns bekannt. Auch dafür gibt es praktische Beispiele im Ausland. Nicht zuletzt hat ja das Hearing, das wir Sozialdemokraten veranstaltet haben, dazu beitragen sollen, das Verständnis für die Notwendigkeit einer zeitgerechten Unfallverhütung zu wecken; und unser Vorschlag, ein Kuratorium zu errichten, das sich mit allen Maßnahmen und Fragen beschäftigt, die zur Unfallverhütung in allen betrieblichen Bereichen führen können, war mit darauf abgestellt, daß nicht nur betrieblich Beteiligte, sondern auch Wissenschaft und Forschung sowie der Staat und sonstige an der Unfallverhütung Interessierte herangezogen werden sollen. Zu unserem großen Bedauern müssen wir feststellen, daß Sie diesen sehr lockeren Vorschlag für einen ersten Versuch abgelehnt haben.

Nach unserer Meinung — das möchte ich hier ganz eindeutig zum Ausdruck bringen — darf es auf die Dauer von niemandem mehr hingenommen und ertragen werden, daß die Bundesrepublik mit ihren steigenden Unfallquoten an der Spitze der modernen Industriestaaten in der westlichen Welt steht. Die Beispiele in anderen Ländern haben gezeigt — das ist auch bei unseren Besuchen in diesen Ländern nachgewiesen worden —, daß ihre Unfallquoten durch die Maßnahmen, die diese Länder vorgeschlagen und in den letzten sieben, acht oder zehn Jahren eingeführt haben, gesunken sind.

(Beifall bei der SPD.)

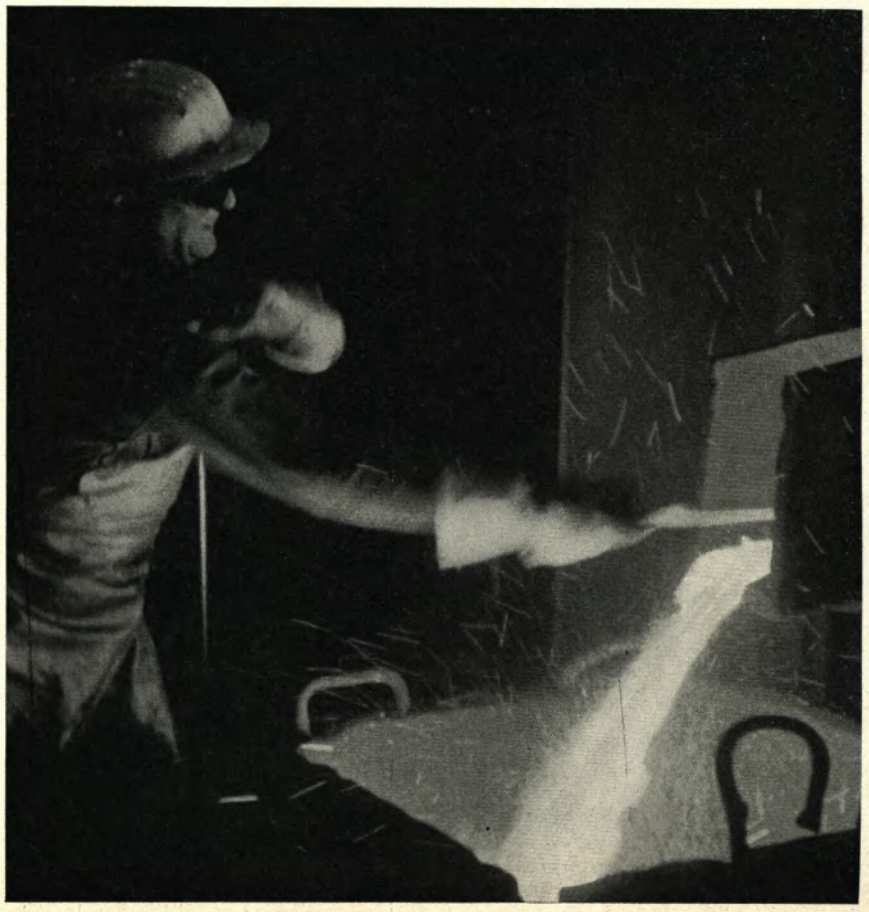
Vizepräsident Schoettle: Das Wort hat der Abgeordnete Geiger.

Im Schweiße deines Angesichtes . . .

Obwohl die schwere körperliche Arbeit, die früher einmal die Tätigkeit der Hüttenwerker kennzeichnete, durch Technisierung und Mechanisierung weitgehend ersetzt worden ist, gibt es auch heute noch eine Reihe Arbeitsplätze, die Muskelkraft und Körpereinsatz erfordern. „Im Schweiße deines Angesichtes sollst du dein Brot essen . . ." An diesen Bibelspruch mußten wir denken, als wir den Mitarbeiter Bruno Dohle völlig durchschwitzt und außer Atem von seiner Arbeit im „Fuchsbau" unter den Tieföfen 2/3 kommen sahen. Zunächst mußte er sich hinsetzen und einen Augenblick verschnaufen, bevor er nach einem Schluck Tee — nicht zu kalt, denn das würde dem erhitzten Körper schlecht bekommen! — sich mit uns unterhalten konnte.

Bruno Dohle ist „Fuchsmann", eine Berufsbezeichnung, die auf edles Waidwerk schließen lassen könnte. Doch sein Revier ist nicht draußen in Gottes freier Natur, sondern im „Fuchsbau" unter den Tieföfen bei einer Temperatur um 90 Grad Celsius. Dort unten sorgt er dafür, daß die Schlacke, die sich im Tiefofen absetzt, durch die „Fuchslöcher" abfließen kann.

Als wir uns in Bruno Dohles „Fuchsbau" umsahen, war es uns, als habe man uns in einen Backofen gesteckt. Wer schon mal in einer Sauna war, der kann ermessen, was 90 Grad sind. Ruhig und sicher begann Kollege Dohle mit dem Reinigen der „Fuchslöcher". Nachdem wir aus seinem „Bau" wieder hervorgekommen waren, hatten wir kaum noch einen trockenen Faden am Leibe, dafür eine um so trockenere Kehle. Verständnisvoll bot Bruno Dohle uns seine Teeflasche an.



thyssenkrupp Corporate Archives

Geiger (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es hat eigentlich nicht allzuviel Scharfsinn dazu gehört, schon vorher zu wissen, daß Sie, Herr Kollege Dr. Franz, das Problem der Rückgewährung eines Beitragsanteils zur bewußten Verantwortlichmachung bei Betriebsunfällen aufgreifen und mit der Krankenversicherung verknüpfen. Das war fast selbstverständlich; ohne Gedanken lesen zu können, hätte man das von vornherein sagen können.

Aber das zeigt auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie Sie die Dinge verwechseln und wie Sie sie immer wieder im falschen Augenblick behandeln. Es ist doch längst auch Ihnen aufgegangen, daß es ein Unterschied ist, ob es sich um Sachen handelt wie bei der Unfallverhütung und bei der Unfallversicherung oder ob es sich um Menschen, die in der Krankenversicherung sind, und ihr körperliches Wohlbefinden handelt. Während das eine ein objektiver Tatbestand ist, den man verändern kann, sind die anderen Voraussetzungen subjektiver Natur, und der einzelne kann zu den Dingen gar nicht das Notwendige beitragen. Hier geht es um die Gesundheit der Menschen und dort um sachliche Notwendigkeiten und Voraussetzungen.

Meine Damen und Herren, wir haben unsere Vorschläge gemacht, weil wir ein Mißtrauen gegenüber den Berufsgenossenschaften haben. Wir haben sie gemacht, weil die bisherigen Leistungen auf diesem Gebiet für die Gesamtheit einfach nicht befriedigend sind und weil es darauf ankommt, bei den mehr und mehr steigenden Unfallzahlen und den immer noch steigenden Zahlen tödlicher Unfälle alle Kräfte zusammenzufassen und in gemeinsamen Überlegungen neue Wege zu suchen. Das Kuratorium wäre hierfür ein Anfang, das all die von Ihnen erwähnten psychologischen Voraussetzungen schaffen, das Forschung betreiben und uns allen miteinander helfen könnte, dieses große und schwierige Problem der Unfallverhütung zu lösen.

Daß hier Erfolge möglich sind, zeigen die Ergebnisse der Betriebe, die sich dieser Aufgabe besonders verschrieben haben. Ich könnte Ihnen Beispiele nennen von der Gutehoffnungshütte über die Hüttenwerke Oberhausen und eine ganze Reihe anderer Firmen bis zu der Aktion Unfallverhütung die in Baden-Württemberg durchgeführt worden ist. Es gibt doch eine Fülle von Voraussetzungen, deren Erfüllung man mit dem Bekenntnis des Glaubens, daß alles Notwendige und Mögliche getan werde, nicht näherkommt. Es kommt daher darauf an, in einem Gesetz die entsprechenden Regelungen zu schaffen, die dann auch die Privatinitiative anregen und veranlassen, daß man sich mit der Problematik wirklich beschäftigt.

Natürlich, Herr Kollege Ollesch, ist das Entstehen von Unfällen vom Handeln der Menschen abhängig. Aber Ihre Argumentation ist doch schief: daß etwa deshalb, weil man nachher wenig Rente erhält, sich weniger Betriebsunfälle ereignen. Was kann denn der Mensch, der in den heutigen Produktionsprozeß eingerammt ist, der am Band arbeitet und vom Takt der Maschine abhängig ist, noch groß an Überlegungen anstellen, ob er etwa nach einem Betriebsunfall auch eine entsprechende Entschädigung erhalten wird!

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Schoettle: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Geiger (SPD): Bitte.

Rauhaus (CDU/CSU): Herr Abgeordneter, ist Ihnen bekannt, daß wir im Jahre 1959 weniger tödliche Unfälle hatten als im Jahre 1900 bei einer sechsfachen Beschäftigtenzahl?

Geiger (SPD): Es ist mir nicht bekannt, wie ich Ihnen ganz ehrlich sagen will. Meine Studien gingen nicht bis zum Jahre 1900 zurück. Ich will Ihnen aber eine einfache Antwort darauf geben: Wir leben heute, im zweiten Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts, unter völlig anderen technischen Voraussetzungen und mit ganz anderen technischen Möglichkeiten. Heute sind etwa Bergwerkskatastrophen, wie ich sie vorhin genannt habe, erfreulicherweise Ausnahmen, während sie im Jahre 1900 noch an der Tagesordnung waren, eben weil man damals noch nicht die technischen Voraussetzungen für die Verhütung hatte.

Ruf (CDU/CSU): Herr Kollege Geiger, ist Ihnen nicht bekannt, daß in den letzten Jahren die Zahl der tödlichen Unfälle ständig rückläufig ist?

(Zurufe von der SPD.)

— Das läßt sich nicht leugnen.

Geiger (SPD): Herr Kollege Ruf, das trifft nicht zu. Wenn Sie einmal die Statistiken prüfen, werden Sie feststellen, wie widersprechend diese Statistiken sind. Es kommt nämlich darauf an, ob die Statistiken von den Gewerbeaufsichtsämtern oder von den Berufsgenossenschaften selber gemacht werden.

Das ist unser Problem, und dieses Problem wollten wir mit den von uns gemachten Vorschlägen lösen. Alles andere ist nichts als eine Gewissensberuhigung und kein Beitrag zu einer besseren Unfallverhütung in der Zukunft.

(Beifall bei der SPD.)

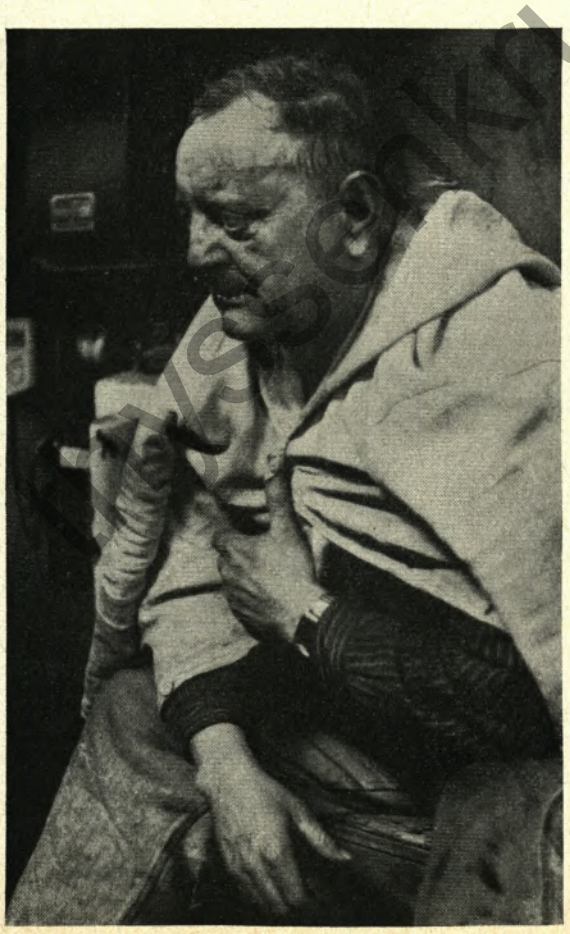


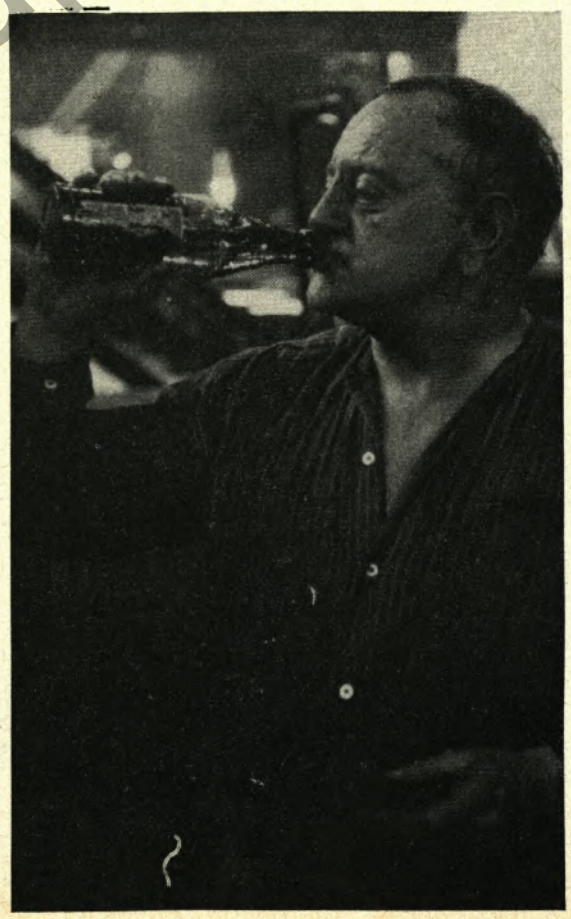
Dank für „geliehene Hände"

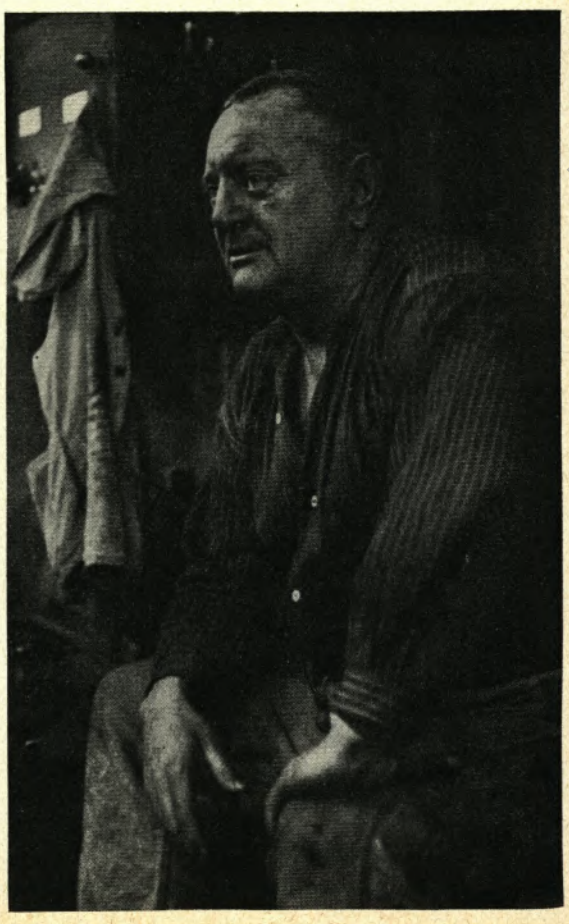
Nichts vergißt man schneller als die unangenehmen Seiten des Lebens. Und das ist gut so. Jetzt, wo die warme Garderobe schon wieder sorgsam ausgebürstet und (mit Mottenkugeln) für die nächsten kalten Tage in der äußersten Schrankecke hängt, denkt man kaum noch an den widerborstig langen Winter — wenn nicht gerade ein Frostaufbruch unliebsame Erinnerungen weckt. Immerhin, es war der kälteste Winter seit vielen Jahren und selbst unsere ältere Generation kann nicht mehr mit Fug und Recht und unwidersprochen behaupten: Ja damals — da gab es noch sibirische Winter in unseren Breiten.

Um so herzlicher ist der Dank, den unsere Wohnungsbaugesellschaft allen Mietern aussprechen möchte für ihre liebevolle Sorge um unsere kleinen Sänger, die den „Zug zum Süden" nicht mitgemacht haben. Der Chronist kann sich auch nicht erinnern, auf seinen einsamen Winterspaziergängen so viele Vogelfutterkästen in Gärten und Balkons gesehen zu haben wie in diesem Jahr.

Gleichzeitig sagt die Wohnungsbaugesellschaft ihren Mietern aber auch Dank für die „geliehenen Hände" bei der Pflege der Grünanlagen. Die bereitwillige Mithilfe gibt ihr den Mut, auch in diesem Jahr wieder zu bitten: Haltet die Grünanlagen, die ja nun einmal die Sauerstoffspender innerhalb unserer Wohnsiedlungen sein sollen, auch in diesem Sommer so gut — oder noch besser — in Ordnung wie im vorigen Jahr.







Frei sein wie die Väter...?

Von Freiheit und „Freiheit"

10. Fortsetzung

Die Bajonette der Sieger sind in jedem Falle ein schlechter Ausgangspunkt für eine Demokratie. Die Revolution von 1918 war in erster Linie die Folge der militärischen Niederlage Deutschlands, mehr das Ergebnis eines Zusammenbruchs als das Pfand einer siegreichen Erhebung. Der Friedensvertrag, zu dessen Abschluß die junge Republik gezwungen wurde, nahm dem Reich ein Achtel seiner Fläche, ein Zehntel seiner Bewohner, neun Zehntel seiner Handelsflotte, 26 Prozent seiner Steinkohlenförderung und 25 Prozent der Stahlerzeugung. Hinzu kamen die Reparationsverpflichtungen, die nach einem ersten Zahlungsplan im Laufe von 42 Jahren die Höhe von 269 Milliarden Goldmark erreichen sollten.

Unter diesen schlimmen nationalen, sozialen und psychologischen Bedingungen wurde zum ersten Mal in der deutschen Geschichte ein freiheitlicher Rechtsstaat aufgebaut: Die neue Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold erschien so vielen nicht als Banner der Freiheit, sondern der nationalen Unfreiheit. Das Odium landesverräterischer Gesinnung lastete auf jenen Männern, die sich zur Verfügung stellten, um Deutschland vor dem Chaos zu bewahren.

Ordnung gegen Chaos

Erhaltung der Ordnung um jeden Preis! Das war nach Eberts Ansicht die Vorbedingung für den Aufbau der Demokratie. Ungefähr gleichen Geistes waren die Männer, die ihm in den neuen Regierungsausschüssen des Reiches und Preußens am nächsten standen: Noske, H. Müller, W. Heine, K. Severing — ehemalige Arbeiter, Handwerker, Angestellte, die von der Pike der Sozialdemokratie gedient hatten und nunmehr fest entschlossen waren, Deutschland vor dem Bolschewismus zu bewahren. Mit allen Mitteln wollten Ebert und seine Freunde verhindern, daß sich in Deutschland wiederholte, was ein Jahr zuvor in St. Petersburg geschehen war. Aber ihre Kraft reichte allein nicht aus, die bewaffneten Aufstände der Kommunisten niederzuschlagen. So hatte Ebert schon am 9. November Fühlung mit Hindenburg und der Obersten Heeresleitung aufgenommen. „Es kann bekanntgegeben werden", telegrafierte Hindenburg am 10. November an die Armeeoberkommandos, „daß die OHL mit dem Reichskanzler Ebert, dem Führer der gemäßigten Sozialdemokratischen Partei, zusammengehen will, um die Ausbreitung des terroristischen Bolschewismus in Deutschland zu verhindern." In voller Ordnung wurde die Armee nach Deutschland zurückgeführt und die kommunistischen Aufstände zerschlagen. Was wäre geschehen, wenn die Truppen, drei Millionen Soldaten allein aus dem Westen, als führerloser Haufen heimgekehrt wären, wenn alle Ordnung zusammengebrochen wäre? Ein blutiger Bürgerkrieg wäre die Folge gewesen. Und wie in Rußland Lenin auf Kerenski folgte, so würde in Deutschland sicherlich der Radikalist Liebknecht auf Ebert gefolgt sein.

Die Weimarer Verfassung

Am 19. Januar 1919 finden im ganzen Reich Wahlen zur Nationalversammlung statt. Um dem deutschen Volk eine republikanische Verfassung zu geben, trat die Versammlung Anfang Februar in Weimar zusammen. Nicht das ruhige Berlin, nicht die Stadt der Paulskirche, sondern die Stadt Goethes und Schillers. Eine wohlgemeinte Geste, durch die sich die Träger des neuen Staates zu der großen Überlieferung deutschen Geistes bekannten. Die neue Verfassung führte die Reformen des Kaiserreiches vom Oktober 1918 zu Ende und machte die Regierung endgültig vom Vertrauen des Reichstags abhängig. Der alte Obrigkeitsstaat war tot, nach langem Ermatten und spätem Erkalten.

Und so lautete der erste Artikel der neuen Verfassung: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus."

Auf dem Papier war die neue Verfassung geradezu mustergültig. Gründlich, wie die Deutschen nun einmal sind, wenn sie eine neue Theorie, eine neue Form von Staat und Gesellschaft festlegen wollen, war auch die Weimarer Verfassung die Verkörperung der reinen Demokratie bis in die letzte Konsequenz. Hier wirkte der Geist Rousseaus und des Freiherrn vom Stein mit. Allerdings — so sollte sich später zeigen — war diese Musterverfassung dem rauhen Klima der politischen Wirklichkeit keineswegs gewachsen. Die Weimarer Verfassung traute dem Volke alles zu, sie wollte endlich ernst machen mit der Regierung des Volkes durch das Volk. Die Mehrheit sollte in jedem Falle entscheiden: Keine Regierung ohne Mehrheit im Reichstag; keine Regierungsmehrheit ohne Mehrheit im Volk; direkte Entscheidung durch das Volk, wenn immer Präsident und Reichstag oder Reichstag und Volk nicht dasselbe wollten. Eine absolute Demokratie also, ein unbeschränkter Parlamentarismus. Verfassungsgrundsätze, die nicht offen und ehrlicher, nicht demokratischer hätten sein können, die sich später dann aber doch höchst verhängnisvoll erweisen sollten.

Auch gab die Weimarer Verfassung den früheren Bundesstaaten — jetzt Länder genannt — weniger Rechte, als es die alte Reichsverfassung getan hatte. Darin zeigte sich ein doktrinärer Zug, der dem wirklichkeitsnahen Denken Bismarcks fremd gewesen war. Den Schöpfern der Weimarer Verfassung lag mehr daran, die Idee der Reichseinheit zu verwirklichen, als zufriedene Mitgliedsländer zu haben. Vor allem die Bayern, von jeher Föderalisten reinsten Geblüts, lehnten diesen Zentralismus ab, der ihrem Willen zum Sonderdasein einfach widersprach. Daraus erwuchsen große Gefahren. So konnte zunächst hinter der Mauer bajuwarischer Verdrossenheit Hitler seine Bewegung aufbauen, durch die er vierzehn Jahre später dem Weimarer Staat und der Demokratie den Garaus machte.

Schöpfer der Weimarer Verfassung war der Berliner Rechtsprofessor Hugo Preuss (1860—1925), Sohn eines jüdischen Kaufmanns, der schon in jungen Jahren durch mutige staatsrechtliche Schriften Aufsehen erregt hatte. Politisch gehörte er den Liberalen an und war nach der Novemberrevolution zunächst Reichsinnenminister. Wegen Annahme des Versailler Vertrages trat er zurück. Ihn hatte Friedrich Ebert, der Reichskanzler, mit der Ausarbeitung einer neuen Reichsverfassung betraut, in der er seine Ideen von Demokratie, Staat und Volk Wirklichkeit werden ließ.

Staatsoberhaupt: ein Sattler

Mit 165 Abgeordneten waren die Sozialdemokraten die bei weitem stärkste Partei im Reichstag. Mit Demokraten und Zentrum bildeten sie die sogenannte Weimarer Koalition, die erste aus freien Wahlen hervorgegangene republikanische Reichsregierung. Reichspräsident — Staatsoberhaupt der Republik — wurde Friedrich Ebert. Er entstammte einer Handwerkerfamilie, sein Vater war Schneidermeister. 1871 wurde er in Heidelberg geboren, wo er auch begraben liegt. Das Leben in der Universitätsstadt erweckte in ihm den Wunsch, selbst einmal zu studieren. Doch die Ärmlichkeit des Elternhauses ließ solcherart Höhenflüge nicht zu. Mehr als die Volksschule war für Friedrich Ebert nicht möglich. So verlegte er sich darauf, wenigstens in der Klasse, der er angehörte, aufzusteigen. Was an Ehrgeiz in ihm schlummerte, setzte der junge Sattler ein, um durch die Arbeiterbewegung — er war Mitglied der SPD und der Gewerkschaft — über die Welt des Elternhauses hinauszukommen.

Als Handwerksbursch durchwanderte er fast ganz Deutschland. Von einigen Städten, in denen er dann später Staatsbesuche machte, konnte er sagen, daß er jeden Pflasterstein im wörtlichen Sinne kenne, weil damals die Polizei das Straßenkehren als ein Erziehungsmittel ansah für Wandergesellen mit einer politischen Gesinnung, die der herrschenden nicht entsprach.

Schließlich ließ sich Ebert als selbständiger Sattlermeister in Bremen nieder. Doch der sozialdemokratische Agitator bekam kaum Aufträge, die Arbeiterschaft brauchte einen Sattler kaum. Freunde überredeten ihn, eine Gastwirtschaft zu übernehmen. So teilte Ebert am 6. Mai 1894 in der „Bremer Bürgerzeitung" mit, daß er in der Brautstraße, Ecke Westernstraße, eine Restaurationswirtschaft und Bierhalle übernommen habe. Drei Tage später heiratete er die Arbeiterin Luise Rumpp. Zum Gastwirt aber war Friedrich Ebert gar nicht geschaffen, er, der nicht mit den Gästen trank, derben und oberflächlichen Gesprächen aus dem Wege ging und keine Betrunkenen duldete. Immerhin fand die Partei in seinem Lokal ein Heim. Ebert selbst widmete sich immer mehr seiner Arbeit als Arbeitersekretär und Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung". 1900 wurde er in das Bremer Stadtparlament und 1905 zum Sekretär des Parteivorstandes in Berlin gewählt. Im Reichstag vertrat er seit 1912 den Wahlkreis Barmen-Elberfeld. 1913 berief ihn die SPD als Nachfolger Bebels zum Parteivorsitzenden. 1905, nach seiner Wahl zum Sekretär des Parteivorstandes, war Ebert nach Berlin übergesiedelt. Zwanzig Jahre hat er dort gelebt, zwei Jahrzehnte, in denen sich die Welt so sehr veränderte, daß ein Schneidersohn und Sattler an Stelle des Hohenzollernkaisers Oberhaupt des Deutschen Reiches werden konnte.



Nationalversammlung in Weimar 1919. Mitglieder der Nationalversammlung auf dem Balkon des Nationaltheaters. In der Mitte (Pfeil): Ebert. Der erste Reichspräsident der jungen Republik machte Geschichte durch seine stets unbeirrbare und menschlich-rechtschaffene Haltung. Er zeigte sich jederzeit umsichtig und fest, sein Blick war durch kein Parteidogma getrübt.

Friedrich Ebert am 21. 8. 1919 in Weimar, nach seiner Wahl zum Reichspräsidenten:

„Mein erstes Wort an das deutsche Volk nach dem 9. November ging dahin, daß bald eine Verfassunggebende Nationalversammlung berufen werden solle. Was damals Zukunftsmusik schien, heute ist es schon geschichtliche Vergangenheit, ist es Tat und Wirkung geworden. Die deutsche Verfassunggebende Nationalversammlung hat das Werk vollendet, das ihr den Namen gegeben hat. Die Verfassung ist in Kraft getreten. Als erster habe ich heute auf sie und in die Hände des Nationalversammlungs-Präsidenten den Eid geleistet. Zum ersten Male hat heute das Volk sich selbst in Pflicht und Eid genommen; kein Auftrag von unverantwortlicher Stelle, keine Berufung von oben her ist durch seinen Schwur auf die Verfassung bekräftigt worden, sondern in die Hand des ersten Mannes der Volksvertretung habe ich Treue gelobt, in dem Amt, das mir diese Volksvertretung anvertraut hat. Ein Volk, gleich und gleichberechtigt an Haupt und Gliedern: das soll der heutige Tag vor allen Deutschen bezeugen!

Vor uns steht das Wahrzeichen Weimars: das Doppelstandbild der zwei Weimarer Großen. Für uns, die wir den Traum langer Jahrzehnte, die deutsche Demokratie, vollenden durften, gesellt sich zu diesen zwei erlauchten Häuptern ein drittes, das Haupt Ludwig Uhlands. Von ihm, dem unsterblichen Redner der Frankfurter Paulskirche, stammen die mannhaften, unerschrockenen Verse vom guten, alten Recht, für dessen Wiederherstellung er gegen Willkür und Rechtsbruch kämpfte! Kein neues, willkürliches, nach Parteigründen zugeschnittenes Recht haben wir in der Verfassung geschaffen. Wir sind vielmehr aufs neue vom alten Recht ausgegangen, das verschüttet lag, vom Rechte, das mit uns geboren, vom Rechte, das dem Volke vorenthalten war und nun vom Volke selbst errungen und gesichert worden ist. Darum sagen wir mit Ludwig Uhland: Das gute alte Recht, das aller Verfälschung und Erzwungenheit entkleidet, ist heute Allgemeingut, und Erbe der Deutschen soll es bleiben für immer."

Das Gift der Verleumdung

Eberts letztes Lebensjahr war überschattet von einer Verleumdungskampagne gegen ihn. Die tragische Stellung der demokratischen Kräfte in der Weimarer Republik wird kraß beleuchtet durch die Tatsache, daß sich Ebert als Reichspräsident einen Landesverratsprozeß gefallen lassen mußte, den ein Landgericht gegen ihn anstrengte, und der sich auf Eberts Haltung während der Kriegszeit bezog. Ebert, der zwei Söhne im Krieg verlor, und der sich geweigert hatte, seinen dritten und letzten Sohn vom Frontdienst freistellen zu lassen, wurde vorgeworfen, durch eine angebliche Förderung des Streiks vom Januar 1918 zur Lähmung des deutschen Kampfwillens beigetragen zu haben. Theodor Heuss, der ihn in dieser Zeit mehrfach sah, berichtet, daß das schlechte Aussehen des Präsidenten ihn beängstigt habe. Ebert litt an einer Bauchfellentzündung und am Gift der Verleumdung. Er weigerte sich, sich in Krankenhausbehandlung zu begeben. Erst wenn der Prozeß sei, wolle er in eine Klinik gehen. Doch es war bereits zu spät. In der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1925 mußte Ebert operiert werden, wenige Stunden später war er tot.

Es war Friedrich Ebert gelungen, den Zerfall des Reiches in den Wirren des Zusammenbruchs zu verhindern. Doch starb er zu früh, um die demokratischen Kräfte

→

Unsere Kinder Copyright

der jungen Republik so zu stärken, daß sie dem vereinten Ansturm ihrer Widersacher, der Kommunisten und der Nationalsozialisten, standhalten konnten. Ebert war gewiß kein „großer Mann", wenn man darunter ein Genie versteht oder wenigstens eine mitreißende, glanzvolle Persönlichkeit. Er hat Geschichte gemacht vor allem durch seine unbeirrbare menschlich rechtschaffene Haltung.

Generalstreik gegen Kapp

Überhaupt, das Odium landesverräterischer Gesinnung belastete die Parteien und Männer, die Verständigung statt Haß, Demokratie an Stelle kritikloser Unterordnung predigten. Die schwerste Last für die junge Republik blieb der Friedensvertrag. Diejenigen Politiker, die sich bemühten, die Forderungen des Versailler Diktats zu erfüllen oder mit den Alliierten darüber zu verhandeln, wurden zu Erfüllungspolitikern und Landesverrätern abgestempelt. Die „Dolchstoß-Legende" kam auf. Ihre Vertreter verkündeten entgegen der geschichtlichen Wahrheit, daß nicht die militärische Niederlage zum Waffenstillstand geführt habe, sondern daß die Vorgänge in der Heimat der Front den Dolch in den Rücken gestoßen und sie dadurch zu Fall gebracht habe. Am meisten für die Verbreitung dieser Legende tat der Mann, der am ehesten die Wahrheit hätte kennen müssen, der Generalfeldmarschall von Hindenburg.

Im März 1920 erhoben sich Teile der Reichswehr unter Führung des Generals von Lüttwitz und des Korvettenkapitäns Ehrhardt. Ihr Ziel war die Bildung einer konservativen Regierung unter Führung des ostpreußischen Landschaftsdirektors Kapp. Sie haßten das zivile Regime, sie fürchteten auch die Auflösung zahlreicher Truppenverbände, die durch den Friedensvertrag notwendig geworden war. Es gelang Kapp, Berlin zu besetzen, die Reichsregierung zu einer eiligen Flucht nach Süddeutschland zu nötigen und sich ein paar Tage lang als Kanzler zu gebärden. Doch das Volk machte nicht mit. Der Generalstreik, zu dem die Gewerkschaften aufgerufen hatten, ließ den Putsch scheitern. Die Regierung konnte nach Berlin zurückkehren. Der Wille des Volkes hatte Freiheit und Demokratie wenigstens fürs erste gerettet.

Gustav Stresemann

Derjenige Politiker, der in den zwanziger Jahren am meisten tat, um Deutschlands Ansehen in der Welt wiederherzustellen, der Freundschaftsverträge mit den Siegermächten abschloß und Deutschland schließlich in den Völkerbund führte, war Gustav Stresemann (1878—1929). Er kam aus derselben Gesellschaftsschicht wie Ebert. Er war der Sohn eines Gastwirts aus der Köpenicker Straße in Berlin. Aber er hatte studieren können. Als einzelner stieg er über die Klasse empor, der er entstammte. Er war liberal gesinnt, doch hatte er alle Sünden des Imperialismus mitgemacht. Als Syndikus eines sächsischen Industrieverbandes war er hervorgetreten durch seine Befürwortung der deutschen Annexionspolitik im Kriege und ein Verehrer Ludendorffs gewesen. Nach dem Zusammenbruch wurde aus dem Saulus ein Paulus, ein Demokrat. Als Reichskanzler bereitete er in mühevollen Verhandlungen das Dawes-Abkommen von 1924 mit den Alliierten vor, das die deutschen Reparationsleistungen wenigstens milderte, wenn auch noch nicht erträglich machte. Stresemann ging seinen Weg der Völkerverständigung unbeirrbar fort, auch als der unversöhnliche Poincaré in Frankreich die Regierungsgeschäfte übernahm und ihm jede nur mögliche Schwierigkeit bereitete, als Deutschnationale und Nationalsozialisten eine wüste Pressekampagne gegen ihn starteten und letztlich sogar die Sozialdemokraten seinen Rücktritt als Reichskanzler erzwangen. Von Ende 1923 bis zu seinem Tode 1929 war Stresemann dann als Außenminister der führende Kopf des Reiches. In einer Atmosphäre, die nach seinen eigenen Worten „jeder demokratischen deutschen Regierung die Arbeit unmöglich" machte, hat er sich als ein Vorkämpfer eines vereinten Europas verausgabt und aufgerieben, bis er am Morgen des 10. Oktober 1929 tot umsank, als er sich anschickte, in sein Amt zu gehen: das Auswärtige Amt, dessen Leiter wenige Jahre später ein Herr von Ribbentrop übernehmen sollte.

Immer neue Belastungsproben hatte die junge Republik in diesen Jahren zu bestehen. Nationale und wirtschaftliche Not, der



Gustav Stresemann, der als Reichskanzler und später als Außenminister eine Aussöhnung Deutschlands mit den Siegermächten anstrebte, gilt als der hervorragendste Politiker der Weimarer Zeit. Er starb 1929, 51jährig, ohne daß sein politisches Testament Erfüllung fand. Sein Geist lebt in dem europäischen Einigungsgedanken fort.

französische Einmarsch ins Ruhrgebiet, das Elend der Arbeitslosen und der durch die Inflation um ihr Vermögen betrogenen Sparer, das alles gab den Nährboden für die Unruhen und bewaffnete Erhebung ab. Die gefährlichste davon war 1923 der Versuch Hitlers, des Führers der wenige Jahre zuvor gegründeten NSDAP, sich in München der Herrschaft zu bemächtigen, um — ähnlich wie der italienische Faschistenführer Mussolini 1922 den „Marsch nach Rom" — den Marsch nach Berlin anzutreten. Der bayerischen Regierung gelang es am 9. November, des Aufstandes Herr zu werden. Für einige Jahre aber waren Reichseinheit und staatsbürgerliche Freiheit gefährdet wie in den trüben Wintertagen des Jahres 1918.

Hitler selbst, der nach dem Putschversuch zu einer milden Festungshaft verurteilt wurde, verachtete Freiheit und Menschenwürde. In seinem während der Festungshaft in Landsberg am Lech geschriebenen Buch „Mein Kampf" äußert er sich auf Seite 40 zu dem Anspruch des Volkes auf Demokratie: „Die Psyche der breiten Masse ist nicht empfänglich für alles Halbe und Schwache. Gleich dem Weibe, dessen seelisches Empfinden weniger durch Gründe abstrakter Vernunft bestimmt wird als durch solche einer undefinierbaren gefühlsmäßigen Sehnsucht nach ergänzender Kraft und das sich deshalb lieber dem Starken beugt als den Schwächling beherrscht, liebt auch die Masse mehr den Herrscher als den Bittenden und fühlt sich im Innern mehr befriedigt durch seine Lehre, die keine andere neben sich duldet als durch die Genehmigung liberaler Freiheit; sie weiß mit ihr auch meist nur wenig anzufangen und fühlt sich sogar leicht verlassen." Ein makabrer Vergleich, dessen ganze Tragweite das deutsche Volk bald zu spüren bekommen sollte.

„Novemberverbrecher und Erfüllungspolitiker"

Tatsache ist, daß das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit es damals und auch später ablehnte, die auf dem Schlachtfeld erlittene Niederlage anzuerkennen. So gehörte die Legende vom unbesiegten Heer und vom „Dolchstoß der Heimat" zu den wichtigsten Requisiten, mit denen Hitler seinen Kampf um die Macht führte. Er usurpierte hierbei die Rolle des „unbekannten Soldaten des Weltkrieges". Und dieser langjährige Stammgast in Obdachlosenasylen, der niemals einer geregelten Arbeit nachgekommen war, bezeichnete sich als einen Mann aus der breiten werktätigen Masse. Er nannte sich einen „Arbeiter, der auf dem Bau sein Geld verdiente", obschon er nur vorübergehend als Helfer auf Baustellen gelandet war. Dieser 1889 in Braunau geborene und weder in Österreich noch in Deutschland wirklich heimische Mann, der durch den Krieg vollends entwurzelt worden war, erkannte seine große Chance im deutschen Zusammenbruch. So schloß er seinen Bund mit der Apokalypse, schickte sich an, die Enttäuschten und Verzweifelten hinter sich zu bringen, beschloß damals „Politiker zu werden", und begann seinen Kampf gegen die „Novemberverbrecher" und „Erfüllungspolitiker".

Anfang vom Ende: 30. 1. 1933

In Wahrheit ging dieser Kampf gegen die menschliche Gesellschaft und ihre bewährten Einrichtungen. Haß, Illusion und Lüge in der Form hemmungsloser Propaganda waren die Waffen dieses Demagogen. Das deutsche Volk, „von Reaktionären, Sozialdemokraten und Juden verführt und verdorben", sollte von ihm „befreit" und einer herrlichen Zukunft entgegengeführt werden. Einen mächtigen Verbündeten hatte Hitler in den Siegermächten. Sie taten alles, die Freunde der Freiheit und der Verständigung in Deutschland zu entmutigen, sie gaben immer neuen Stoff für die haßerfüllte Agitation der Nationalsozialisten. Bis Ende der zwanziger Jahre war der Nationalsozialismus eigentlich eine rein bayerische Angelegenheit. Außerhalb der bayerischen Landesgrenze vermochten die Nazis nur schwer Fuß zu fassen. Das lag vor allem an der Normalisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die nach der Überwindung der Inflation eingesetzt hatte, der allmählich sich abzeichnende Aufstieg bot den Radikalen nur wenig Ansatzpunkte.

Als dann aber die Weltwirtschaftskrise hereinbrach, die Arbeitslosenzahl in Deutschland 1930 auf 3 Millionen stieg, 1931 auf 4,3 Millionen und schließlich 1932 mit 6 Millionen ihren höchsten Stand erreichte, war die Stunde für die Nazis gekommen. Es war die Zeit der ewigen Wahlen in Reich und Ländern. Regiert wurde, da sich keine feste parlamentarische Mehrheit fand, im Reich nur noch durch Präsidialverordnungen. Jetzt zeigte sich, daß die so gutgemeinte Weimarer Verfassung der rauhen politischen Praxis nicht gewachsen war. Die Selbstausschaltung der demokratischen Parteien des Reichstages führte darüber hinaus dazu, daß die Demokratie unterhöhlt wurde. Ihren ersten großen Wahlerfolg errangen die Nationalsozialisten 1931 bei den Preußischen Landtagswahlen. Mit acht Millionen Stimmen und mehr als einem Drittel aller Landtagssitze wurden sie stärkste Partei in Preußen, das bis dahin Hochburg der SPD war. Die Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 machten die NSDAP mit 13,7 Millionen Stimmen — einer Verdoppelung gegenüber der letzten Wahl — zur stärksten deutschen Partei. Aber noch weigerte sich Reichspräsident von Hindenburg, der 1925 auf Ebert gefolgt war, beharrlich, den „böhmischen Gefreiten", wie er Hitler einmal nannte, mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Die absolute Mehrheit im Reichstag blieb den Nationalsozialisten trotz aller Wahlerfolge jedenfalls immer versagt.

Unbestreitbare Tatsache ist aber, daß die Entscheidung über das Ende des Weimarer Staates nicht darin lag, daß einige Politiker Irrtümer begingen, sondern daß das deutsche Volk sich in den Wahllokalen von der Demokratie lossagte. Von fünf Deutschen entschieden sich zuletzt drei für die Kommunisten und für die Nationalsozialisten, also für die Tyrannei. Angesichts der grenzenlosen Not war der Ruf nach einem starken Mann lauter als das Freiheitsbewußtsein des Volkes. Wie anders sind sonst die Wahlsiege Hitlers zu erklären, der offen aussprach, er werde die Demokratie beseitigen und die staatsbürgerlichen Rechte des einzelnen nicht mehr anerkennen.

Als am 30. Januar 1933 der Reichspräsident nun doch die Macht in die Hände Hitlers legte, war die letzte Chance, Freiheit und Recht zu retten, vertan. Am Abend dieses schicksalschweren Tages zog ein endloser Fackelzug der SA, der Straßenarmee Hitlers, durch das Brandenburger Tor zur Reichskanzlei, wo man den greisen Reichspräsidenten, auf einen Stock gestützt, am Fenster stehen sah, während Hitler von einem anderen Fenster aus auf das Meer der Fackeln herunterblickte. Noch wußte niemand, daß es das gleiche Feuer war, in dessen Flammen das Deutsche Reich zwölf Jahre später versinken würde. Und die es ahnten, hatten es nicht verhindert, weil sie nicht vermocht hatten, zusammenzuwirken.

Unfreiheit überall in Deutschland

Hitler verachtete Freiheit und Menschenwürde. Er wollte den totalen Staat, er wollte die Herrschaft einer einzigen Partei, das heißt, seine eigene Herrschaft über alle Bereiche menschlichen Lebens. Schon wenige Wochen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurden alle anderen politischen Parteien und auch die Gewerkschaften verboten. Hitler besaß die volle, uneingeschränkte Macht über Deutschland.

Im Sommer 1934 starb der Reichspräsident von Hindenburg. Das Amt des Staatsoberhauptes ging auf Hitler über. Immer drückender wurde sein Machtregime. In den Konzentrationslagern wurden Juden, Kommunisten, Sozialisten und Demokraten gefangengehalten, die meisten mißhandelt, viele auch ermordet. Allmählich kamen auch gläubige Christen, Konservative, Offiziere hinzu. Wer gegen Hitler war, wurde erbarmungslos vernichtet. Ohne Gerichtsverfahren wurden wehrlose Menschen, treue Staatsbürger, lange Jahre in Lagern und Gefängnissen eingekerkert. Beseitigt wurden Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit, verschwunden war auch die Möglichkeit, der eigenen Meinung im Gespräch Ausdruck zu geben, wenn man nicht des Gesprächspartners sicher war. Die Geheime Staatspolizei hatte ihre Spitzel überall. Ein unvorsichtiges Wort, im Kriege schon das Abhören eines feindlichen Senders, genügten für Zuchthaus, KZ oder Henker. In Deutschland herrschte die totale Unfreiheit.

(Fortsetzung folgt)

So fing es gleich nach Hitlers Machtübernahme an: SA verbrennt „artfremdes" Schrifttum auf einem symbolischen Scheiterhaufen. Den Flammen überliefert wurden die Werke von Heinrich Heine, Thomas Mann, Hermann Hesse, Franz Werfel, Kurt Tucholsky, Bert Brecht, Erich Kästner, Karl Zuckmayer und vielen anderen. Schlag auf Schlag wurde die „geistige Gleichschaltung" verwirklicht.



Copyright Archives

HOAG-Chronik

WERK OBERHAUSEN

Geburten:

20. 1.:
Juan Torres Perez, Sohn Gaudencio
28. 1.:
Theodor Hoffmann, Sohn Hans Peter
1. 2.:
Dieter Wagner, Tochter Andrea
2. 2.:
Dr. Hans-Joachim Franz, Sohn Christopher
4. 2.:
Dipl.-Ing. Werner Schubert, Sohn Jürgen
6. 2.:
Leo Rasch, Tochter Patricia Gerda
14. 2.:
Heinz Oemkes, Sohn Günter; Paul Ossyra, Tochter Barbara
15. 2.:
Hans-Dieter Awater, Sohn Michael; Manfred Donk, Sohn Ralf; Wilhelm Tenbusch, Sohn Christoph
16. 2.:
Willi Poell, Tochter Ute
18. 2.:
Wilhelm Röhl, Tochter Karin
19. 2.:
Willi Agte, Tochter Andrea; Johannes Bargatzky, Tochter Susanne; Herbert Dreyer, Sohn Bodo; Karl-Heinz Gerhards, Sohn Andreas; Josef Reifenberg, Tochter Bärbel; Heinz Roesler, Tochter Iris
20. 2.:
Werner Antwerpen, Tochter Birgit; Hans Kolodzie, Tochter Sabine; Felix Mallmann, Sohn Klaus; Hermann Spielmann, Sohn Udo
21. 2.:
Alfred Grabowski, Sohn Thomas
22. 2.:
Helmut Kenzler, Tochter Christel; Walter Strehlke, Tochter Andrea; Manfred Thomas, Tochter Birgit
23. 2.:
Herbert Diendorf, Tochter Christiane; Fritz Esser, Tochter Michaela; Dieter Grüter, Sohn Jörg; Klaus Menke, Sohn Thomas
24. 2.:
Otto Bork, Tochter Marion
25. 2.:
Helmut Scheibe, Tochter Marion
26. 2.:
Theodor Gilles, Sohn Andreas; Alfred Gräsel, Tochter Beate
27. 2.:
Willibald Brencic, Tochter Doris; Heinz Fricke, Sohn Rainer
1. 3.:
Hans-Dieter Nalleweg, Tochter Claudia
3. 3.:
Günter Emsing, Sohn Peter; Wilhelm Weiser, Sohn Frank
4. 3.:
Siegfried Schiek, Sohn Martin
5. 3.:
Jakob Brand, Tochter Claudia; Heinz Petry, Sohn Ulrich; Herbert Todten, Tochter Martina; Egon Wendt, Tochter Bettina
6. 3.:
Gerhard Schild, Sohn Gerhard
7. 3.:
Johann Schumacher, Sohn Norbert
8. 3.:
Heinz Beresewski, Sohn Uwe
9. 3.:
Tilo Rettich, Tochter Manuela; Theodor Steck, Tochter Andrea; Heinz Tünnessen, Sohn Ralf
10. 3.:
Wolfgang Frintrop, Tochter Petra; Johannes Klippel, Sohn Thomas; Dieter Konradt, Sohn Dieter; Erich Pfeifer, Sohn Klaus; Heinz Wallmann, Sohn Michael
13. 3.:
Gerhard Frase, Tochter Sabine
20. 3.:
Franz Sander, Sohn Ulrich

Eheschließungen:

5. 2.:
Franz Jansen mit Sieglinde Kaminski
8. 2.:
Friedrich Döhring mit Rosa Pergler
10. 2.:
Emilio Ortega Infante mit Dolores Lopez Valle
12. 2.:
Reinhold Brötz mit Christel Wagemakers
14. 2.:
Helmut Brinkmann mit Jutta Kober; Günter Twardy mit Renate Kaczmarek
15. 2.:
Norbert Ackermann mit Siegried Espei; Hans-Günter Heselmann mit Ingrid Burgsmüller; Horst Hümmerich mit Ellen Sonnenschein; Jürgen Meisters mit Gerda Brock
21. 2.:
Manfred Bock mit Christel Kurschat; Franz-Josef Maciejewski mit Elke Welke
22. 2.:
Rudi Hildebrandt mit Edith Sonnenberg; Ernst Neuhardt mit Klara Plein
26. 2.:
Heinz Mühlberger mit Hanni Röhlig
1. 3.:
Paul Arold mit Christel Bach; Walter Bleckmann mit Marie-Luise Deflieze; Gerd Endrigkeit mit Inge Rutkowski; Friedhelm Radtke mit Martha Szymczak; Karl-Heinz Vogt mit Hannelore Lang
5. 3.:
Emil Funke mit Christa Müller; Ferdinand Gies mit Ursula Marowitz; Herbert Horwat mit Ingeburg Telge; Werner Thiel mit Agnes Klette
8. 3.:
Engelbert Schubert mit Marianne Basener

WERK GELSENKIRCHEN

Geburten:

13. 1.:
Johann Straßl, Tochter Beate
23. 1.:
Siegfried Leu, Tochter Regina
28. 1.:
Otto Fox, Tochter Ulrike
2. 2.:
Siegfried Heckmann, Sohn Bernd
14. 2.:
Reinhold Reiß, Tochter Birgit

Eheschließungen:

15. 2.:
Hans-Wilhelm Awater mit Marlene Kurze; Mathilde Theisges mit Egon Hagen

Neueinstellungen und Ernennungen

Neueinstellungen:

WERK OBERHAUSEN

1. 2.:
Dipl.-Ing. Friedhelm Schmeling, Betriebsassistent, Block- und Profilwalzwerke
1. 3.:
Dr. Rudolf Oßwald, Assistent, Finanzleitung
4. 3.:
Dipl.-Ing. Konrad Reese, Betriebsassistent, Betriebswirtschaft

WERK GELSENKIRCHEN

1. 2.:
Dipl.-Ing. Heinrich Kolle, Betriebsleiter, Verzinkerei, Kaltwalzwerk, Stacheldraht-, Stifte- und Schienennägelfabrik

Ernennungen:

WERK OBERHAUSEN

5. 2.:
Dipl.-Ing. Hermann Pielke, Leiter, Schwere Profilstraßen

Jubilare in den Monaten März und April

WERK OBERHAUSEN

50jähriges Dienstjubiläum:

Jakob Drießen, Abt. Verkehr
Wilhelm Engelhard, Maschinen- und Baubetriebe
Wilhelm Lendzion, Versuchsanstalt
Gustav Schmidt, Abt. Verkehr
Friedrich Volkenborn, Walzwerk/Betriebsbüro

40jähriges Dienstjubiläum:

Bruno Begert, Block- und Profilwalzwerk
Nikolaus Federspiel, Maschinenbetriebe
Walter Kemper, Abt. Verkehr
Karl Maier, Elektr. Betr. Stahl- und Walzwerke
Eduard Matuschek, Abt. Verkehr
Johann Meuskens, Walzendreherei
Heinrich Paßmann, Betriebsabrechnung
Heinrich Schaffeld, Abt. Verkehr
Josef Wientgens, Neu Oberhausen

25jähriges Dienstjubiläum:

Erwin Bausch, Personalabteilung
Josef Bayertz, Lochkartenabteilung
Theo Becker, Einkauf Rohstoffe
August Bengelsdorf, Block- und Profilwalzwerk
Wilhelm Bock, Baubetrieb/Hochöfen
Heinrich Bosbach, Maschinenbetrieb
Wilhelm Brandt, Baubetrieb Stahl- und Walzwerke
Heinrich Daams, Elektr. Betr. Stahl- und Walzwerke
Friedrich Dicke, Block- und Profilwalzwerke
Heinrich Flanz, Baubetrieb Blechwalzwerk
Eduard Frieske, Kraftbetrieb
Johann Furchert, Baubetrieb Stahl- und Walzwerke
Walter Gropengießer, Baubetrieb Hochöfen
Friedel Heinz, Arbeitsschutz
Erich Helmes, Baubetrieb Stahl- und Walzwerke
Günther Hoppe, Maschinenbetriebe
Hermann Hoyer, Hochöfen
Wilhelm Hüstegge, Baubetrieb Stahl- und Walzwerke
Franz Jäger, Maschinenbetriebe
Stanislaus Kalka, Werkstatt
Elisabeth Kantelberg, Bücherei
Jakob Kill, Reparaturbetrieb
Friedrich Klein, Fernsprechzentrale
Wilhelm Kramer, Termin- und Planungsbüro
Franz Krengel, Betriebsabrechnung
Ewald Kürten, Lohnrechnung
Otto Kuhn, Versuchsanstalt
Walter Kulewei, Betriebskrankenkasse
Heinrich Laakes, Abt. Verkehr
Jakob Link, Hochöfen
Hermann Lüer, Baubetrieb Stahl- und Walzwerke
Erwin Macpohl, Maschinenbetriebe
Ernst Mater, Maschinenbetriebe
Heinz Matern, Betriebswirtschaft
Friedrich Mosel, Thomaswerk
Paul Mosler, Maschinenbetriebe
Edmund Müller, Zement- und Schlackensteinfabrik
Stefan Musialowski, Hochöfen
Heinrich Neuhaus, Hochöfen
Fritz Nikolayzik, Schwachstrombetrieb
Paul Oppermann, Blechwalzwerk
Michael Pitsch, Versuchsanstalt
Erich Refflinghaus, Versuchsanstalt
Edmund Reinhard, Versuchsanstalt
Wilhelm Renz, Hauptlagerhaus
Johannes Röhse, Versuchsanstalt
Friedrich Rudies, Blechwalzwerk
Gerhard Schmidt, Versuchsanstalt
Karl Schmidt, Abt. Verkehr
Nikolaus Schmidt, Zement- und Schlackensteinfabrik
Peter Schmitz, Kraftwagenbetrieb
Werner Schwentker, Stahlwerke / Betriebsbüro
Konrad Schwichtenberg, Baubetrieb Stahl- und Walzwerke
Erich van Stegen, Betriebsabrechnung
Wilhelm Steinhoff, Block- und Profilwalzwerke
Matthias Stoll, Elektr. Betr. Stahl- und Walzwerk
Friedrich Stolte, Masch. Betr. / Hochofenwerkstatt
Otto Stumm, Reparaturbetriebe
Johann Vogt, Baubetr. / Hochöfen
Peter Walczak, Block- und Profilwalzwerk
Karl Weihe, Abt. Verkehr
Franz Wolters, Masch. Betr. / Hochofenwerkstatt

WERK GELSENKIRCHEN

50jähriges Dienstjubiläum:

August Schulze, Verzinkerei

40jähriges Dienstjubiläum:

Karl Schnauber, Mehrfachzug

25jähriges Dienstjubiläum:

Albert Barthelmes, Seilerei
Wilhelm Domer, Verzinkerei
Gottfried Schipper, Ölhärterei
Clemens v. Truszczynski, Arbeitsvorbereitung.

Sie gingen von uns

WERK OBERHAUSEN

24. 1.:
Eduard Phler, Pensionär
27. 1.:
Eduard Heiligers, Pensionär; Friedrich Kowalewski, Pensionär; Fritz Schöntaube, Pensionär
30. 1.:
Josef Huppert, Pensionär
1. 2.:
Rudolf Luft, Pensionär
2. 2.:
Adolf Dingerdissen, Pensionär
3. 2.:
Franz Erlhofer, Pensionär; Stanislaus Rogacki, Pensionär
4. 2.:
Josef Riefer, Pensionär
7. 2.:
Wilhelm Passgang, Pensionär; Ernst Schreiber, Thomaswerk
9. 2.:
Heinrich Cossmann, Pensionär; Josef van Gemmern, Pensionär; Bruno Harke, Pensionär
11. 2.:
Johannes Jung, Pensionär; Franz Rauhut, Thomaswerk; Josef Schweitzer, Wärmeabteilung
14. 2.:
Nikolaus Kremer, SM-Stahlwerk
16. 2.:
Friedrich Baeslack, Pensionär
18. 2.:
Eduard Mietzner, Pensionär
22. 2.:
Theodor Bliso, Pensionär
23. 2.:
Aloys Theisen, Pensionär
26. 2.:
Karl Brinkmann, Pensionär
27. 2.:
Adam Dömges, Pensionär
28. 2.
August Baß, Zement- und Schlackensteinfabrik
7. 3.:
Rudolf Weitz, Masch.-Betr. / Hochöfen
12. 3.:
Karl Matthäus, Pensionär
18. 3.:
Richard Borowski, Pensionär

WERK GELSENKIRCHEN

13. 2.:
Wilhelm Kracht, Baustahlgewebefabrik

thyssenkrupp Corporate Archives

Die Welt wird schöner mit jedem Tag



„Die Welt wird schöner mit jedem Tag" — so besingt der Schwabe Ludwig Uhland den Frühling. Nun, seit Jahren haben wir die Kraft des Frühlings nicht mehr so stark empfunden wie nach diesem harten und langen Winter. Goethes Faustzitat: „...vom Eise befreit sind Strom und Bäche..." hat wieder Bildkraft vor unseren Augen bekommen, und nach dem vielen Eis und Schnee der letzten Monate beginnen wir wieder die Freude unserer bäuerlichen Ahnen zu verstehen, die in Liedern, Spielen und Tänzen aufjubelten: Der Winter ist vergangen.

Der Frühling, der mit Sonnengefunkel und einer Fülle von Licht nunmehr endgültig und nicht mehr zu übersehen seinen Einzug gehalten hat, ist unbestreitbar die schönste Jahreszeit. Wenn der Frühlingshimmel — hell, beinahe farblos, unendlich, alles erfüllend — mit seinem flimmernden Licht über dem zarten Grün liegt, schöpfen Mensch und Natur neue Kraft. Vor einiger Zeit schon haben in den Vorgärten Schneeglöckchen und Krokus den Lenz eingeläutet, und wer immer noch an dem großen Erwachen zweifelt, den müßten die auf Bäumen und Dächern jubilierenden und flügelschlagenden Stare unbedingt überzeugen.

Draußen in den Gärten, in Wald und Feld, wo noch vor kurzem alles rotbraun verdorrt und winterlich kahl erschien, zeigt sich tausendfältiges Blühen. Noch klein, wie mattweiße aufgereihte Perlen; verwundert, wie eben erwacht, schauten zuerst die Weidenkätzchen aus nebeltropfendem Gebüsch. Vorsichtig lugten aus verschlungenem, dürrem Rankengewirr die zartgrünen Spitzen der Winden hervor zu den Tollkirschen, ob sie schon die prallen Knospen gesprengt, und der Haselstrauch und Birken wiegen im zarten Frühlingshauch ihre gelben Trotteln unablässig hin und her, als ob sie allen kundtun wollten: „Sputet auch ein wenig, verschlafene Gesellschaft — der Mai steht vor der Tür!"

So klar ist das Licht, daß selbst die bizarren und mächtigen Aufbauten der Industrie beinahe zierlich und wie aus dunkelblauem Papier geschnitten darin stehen. Und ein Aufatmen erfüllt die Menschen, daß nach langem Kampf nun endlich die Sonne den Winter bezwungen hat.

Keine andere Jahreszeit zeigt so nah die Verbundenheit der Menschen mit der Natur wie der Frühling. Hier wird an die Kraft gerührt, die das Universum geschaffen hat. Und obwohl das Frühlingswunder, dieses Grünen und Blühen, jubilierender Lerchentriller und fröhlicher Finkenschlag, sich doch in jedem Jahr wiederholt, so verfallen wir doch immer wieder aufs neue seinem Zauber.

Nirgends aber ist der Frühling rührender als in den sonst grauen Städten. Wenn er — von Süden her — aus der burgundischen Pforte in die Rheinebene hineinstürmt, seine Siegesstraße, unaufhaltsam den Vormarsch nach Norden fortsetzt, ist er in seinem eigensten Reich. Alles scheint für ihn gemacht, die Gärten, die Obsthöfe, die Landstraßen, an die er Stamm für Stamm seine blühenden Fackeln steckt. Indes hier — was will er neben Schächten und Eisenhütten, deren heißer Atem die zarten Blüten zu versengen scheint? Auch die Menschen im Revier haben ein Recht auf den Frühling, sie sehnen ihn vielleicht heißer herbei als anderswo. Wohl nirgends wird ein knospender Baum, ein blühender Forsythienstrauch oder eine sich entfaltende Blume mit mehr Andacht betrachtet als zwischen den Häuserzeilen der Großstadt, umgeben von Fabriken und rauchenden Schloten. Das Jubilate der Schöpfung wird hier sicherlich mit den stärksten Gefühlen aufgenommen.

Der Frühling, ein unbeschreibliches Beispiel verschwenderischer Güte, beschenkt gleichermaßen alle Menschen. Wer wollte da nicht mit Goethe sagen:

Erfreue dich der gottverliehenen Gaben!
Froh, wie er dich schuf, will er dich haben.

Frühling

Lange waren meine Augen müd
Und vom Rauch der Städte bang
verschleiert,
Nun erwacht' ich schaudernd.
Feste feiert
Jeder Baum und jeder Garten blüht.

Wieder wie ich einst als Knabe sah,
Seh ich fröhlich durch die sanften
Weiten
Engel ihre weißen Flügel breiten
und die Augen Gottes blau und nah.

Hermann Hesse

Krupp Archives

